

# KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind  
Österreich

9 · 2011

## THEMA

Gebührenerhöhung um 33 Prozent:  
Ist ein Preisstopp gerechtfertigt? ▶ 20

## PRAXIS

Budgets: Steigendes Wirtschaftswachstum prognostiziert ▶ 49

## CHRONIK

Bürgermeisterinnentreffen 2011:  
„Frauen an die Macht“ ▶ 78

## THEMA

# Feuerwehr: Eine Grenze muss sein

Die Gemeinden als Ausstatter der Feuerwehren nehmen die Aufgabe ernst, geht es doch immerhin um die Sicherheit der Menschen. Aber der Spaß hört dort auf, wo die Begehrlichkeiten überzogen sind.

SEITE 10





PREISTRÄGER 2010  
Großer Preis des  
MITTELSTANDES

espas  <sup>®</sup>  
SPIELGERÄTE & STADTMOBILIAR

espas bietet Ihnen qualitativ hochwertige Produkte zu günstigen Preisen!



Zudem investieren wir in Ihre Sicherheit! Wir produzieren in unserem Werk in Kassel und lassen alle unsere espas-Spielgeräte TÜV-zertifizieren.

Unsere **wartungsarmen Produkte** werden **komplett vormontiert** und mit unserem eigenen espas-Fuhrpark dort angeliefert, wo Sie es wünschen!



**Fordern Sie Ihr kostenloses Frühlingsangebot 2011 an und lassen Sie sich von unserem Team beraten!**



Sie haben noch Fragen? Wir helfen Ihnen gerne und finden die passende Lösung für Ihre Ansprüche! Unser Team ist montags bis freitags von 8 Uhr bis 17 Uhr telefonisch unter **+49 (0) 561 / 574 63 90** und rund um die Uhr unter **info@espas.de** für Sie erreichbar.

Ihr espas Team

**Besuchen Sie uns auch im Internet auf [www.espas.at](http://www.espas.at)!**



Das Vertrauen der Bürger in die Politik ist zutiefst erschüttert

## Gemeinde als letzte Bastion

Fast täglich werden die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mit einem neuen Skandal konfrontiert. Und was die Meinungsforscher jetzt kundtun, wissen die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker längst: Das Vertrauen der Menschen in die Politik ist an einem Tiefpunkt angelangt. Der Frust ist nicht nur am Stammtisch, sondern bei jedem Gespräch spürbar. Und wer glaubt, dass die Gemeindepolitik aus dieser Abwärtsspirale des Vertrauensbarometers ausgenommen bleibt, der irrt. Es verfestigt sich immer mehr die Meinung, dass alle in der Politik engagierten Menschen Gauner seien und es sich richten könnten. Je kleiner und überschaubarer die Gemeinde ist, umso mehr kennen die Bürgerinnen und Bürger ihre Verantwortungsträger und schätzen sie und ihre Arbeit. Auch das bestätigen die Umfragen. Wir freuen uns darüber, haben aber auch mit aller Kraft daran zu arbeiten, dass dieses Vertrauensverhältnis erhalten bleibt.

Das ist nicht leicht, denn das Verhalten der Bundespolitik trägt nicht gerade dazu bei, dass das Ansehen der Politik gesteigert wird. Das beginnt beim mangelnden Willen, längst fällige Reformen einzuleiten, geht weiter im Ankündigen von neuen Steuerideen und somit Belastungen der Menschen und endet im parteipolitischen Gezänk. Dabei weiß die Bevölkerung sehr genau, dass die bisherige Politik des Schuldens machens rasch beendet werden muss, dass an vielen Ecken und Enden gespart werden muss, dass man nicht immer etwas Neues versprechen kann und es in gewissen Bereichen auch schmerzhaft Einschnitte geben muss, um den hohen Standard, den wir in Österreich haben, auch erhalten zu können. Sie erwartet, dass sich die Verantwortungsträger zusammensetzen,

ihre Vorschläge einbringen, zu einem Ergebnis kommen und dann die Umsetzung einleiten. Aber derzeit ist man meilenweit davon weg, im Gegenteil: Fast jeden Tag gibt es eine neue Idee, einen neuen Vorschlag, eine politische Ankündigung, die morgen schon wieder Schall und Rauch ist. Das verunsichert die Menschen und treibt sie in die Politik-Verdrossenheit.

Die Gemeinden sind für viele Menschen die letzte Bastion, die funktioniert, die überschaubar und kontrollierbar ist, in der die Sacharbeit vor der Parteipolitik kommt und die auch das Gefühl der Geborgenheit vermittelt. Umso ärgerlicher und unverständlicher ist es, dass nach wie vor gewisse Kräfte versuchen, diese funktionierenden Einheiten zu zerschlagen. So nach dem Motto „Nur was groß ist, ist interessant“. Da werden sogar wissenschaftliche Untersuchungen auf den Tisch gelegt, die nachweislich falsch sind, da werden neue Gebilde erfunden und das Blaue vom Himmel versprochen. Hütet euch vor diesen falschen Propheten, sie haben offensichtlich nicht das Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Sinn! Was nicht heißt, dass wir nicht ständig an Verbesserungen und Veränderungen arbeiten müssen, aber mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und nicht ohne sie oder gegen sie. Das ist nämlich unser Auftrag, den die Gemeindepolitikerinnen und Gemeindepolitiker in Österreich zur großen Zufriedenheit und mit hohem Einsatz erfüllen.

*Helmut Mödlhammer*



Helmut Mödlhammer  
Präsident des Österreichischen  
Gemeindebundes

Die Gemeinden sind für viele Menschen die letzte Bastion, die funktioniert, die überschaubar und kontrollierbar ist, in der die Sacharbeit vor der Parteipolitik kommt und die auch das Gefühl der Geborgenheit vermittelt.





## THEMEN

### Gemeindebund

- 10 Wie weit müssen die Gemeinden die Kosten für die Feuerwehr-Ausrüstung tragen? Heißes Eisen 2011
- 12 Sparen ist die Devise: Die Feuerwehren können das auch
- 15 Feuerwehrpräsident Buchta im Interview: „Es wird nur gemeinsam gehen“
- 26 Gemeindeautonomie: 1962 wurde Österreich zum Vorreiter der kommunalen Selbstverwaltung

### Recht & Verwaltung

- 20 Gebührenerhöhung durch Kommunen: Ist ein Preisstopp bei Gebühren gerechtfertigt?
- 22 Stabilitätspakt: Neue Meldepflichten für Gemeinden
- 23 VwGH-Judikatur zur Bürgermeisterhaftung: Strafe wegen nicht geeichter Wasserzähler
- 24 Kinderbetreuung: Es geht um die Quadratur des Kreises

### Finanzen

- 16 Getränkesteuer: „Diese Steuer macht uns teuer“

### Europapolitik

- 28 EU-Förderungen: Auf einen heißen Sommer folgt ein heißer Herbst
- 30 Das „europäische Semester“: Europas Institutionen haben die Zeichen der Zeit erkannt

## Impressum

### Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,  
Löwelstraße 6, 1010 Wien

### Medieninhaber:

Österreichischer  
Kommunal-Verlag GmbH.,  
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,  
Tel. 01/532 23 88,  
Fax 01/532 23 77,  
E-Mail:  
[kommunalverlag@kommunal.at](mailto:kommunalverlag@kommunal.at)

### Geschäftsführung:

Mag. Michael Zipmer

### www.kommunal.at

### Redaktion:

Tel.: 01/ 532 23 88  
Mag. Hans Braun - DW 16  
(Chefredaktion & Layout)  
[hans.braun@kommunal.at](mailto:hans.braun@kommunal.at)  
Mag. Helmut Reindl - DW 15  
[helmut.reindl@kommunal.at](mailto:helmut.reindl@kommunal.at)  
Julya Pollak - DW 37  
[julya.pollak@kommunal.at](mailto:julya.pollak@kommunal.at)

### Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88  
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12  
[sabine.brueggemann@kommunal.at](mailto:sabine.brueggemann@kommunal.at)

Mag. Alexander Palaschke - DW 14  
[alexander.palaschke@kommunal.at](mailto:alexander.palaschke@kommunal.at)

### DTP & Grafik:

Ernst Horvath  
[ernst.horvath@kommunal.at](mailto:ernst.horvath@kommunal.at)  
**Fotos:**  
[www.bilderbox.at](http://www.bilderbox.at); [www.photos.com](http://www.photos.com)

### Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter  
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)  
Mag. Nicolaus Drimmel  
(Österreichischer Gemeindebund)  
Dr. Gustav Fischer  
(BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)  
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)  
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)  
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)  
Dr. Walter Leiss (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes)  
Robert Lender (BM für Wirtschaft, Familie & Jugend)  
Mag. Alexander Marakovits (BM.I)  
Mag. Susanne Metzger (BM für Verkehr, Innovation und Technik)

Bgm. Helmut Mödlhammer  
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl  
(BM für Wirtschaft, Familie & Jugend)

Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali  
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Christian Rupp  
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer  
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider  
(Landesgeschäftsführer des GVV der VP-NÖ)

Dagmar Strobel (Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst)

Mag. Andreas Wallner (BM für Inneres)

Mag. Michael Zipmer (Geschäftsführer Österreichischer Kommunalverlag)

Hinweis zu Gender-Formulierung:  
Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichten Lesbarkeit die männliche Form steht.

### Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel



PEFC zertifiziert:  
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – [www.pefc.at](http://www.pefc.at)



Druckauflage: **35.900**  
(Durchschnitt  
1. Halbjahr 2011)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

## PRAXIS

### Kommunale Budgets 2012

- 49 Wirtschaftsforscher erwarten für 2012 anhaltend steigendes Wirtschaftswachstum – wenn auch mit geringer Dynamik

### Interkommunale Zusammenarbeit

- 56 IKZ: Die Organisationsform entscheidet über den Erfolg  
67 IKZ: Zusammenarbeit bei Bauhof auf kommunaler „Wunschliste“ ganz oben



## CHRONIK

- 78 Bürgermeisterinnentreffen 2011 im Salzkammergut: Frauen an die Macht  
81 Leserbrief: Reaktionen erwünscht ...  
83 Mödlings Gemeindefverwaltung reformiert: Mehr Bürgernähe, straffe Verwaltungsabläufe  
84 700 Kilometer Radstaffel Via Claudia Augusta  
85 Kaltenberg: „Ohne Freiwillige läuft gar nix“  
86 Aus den Bundesländern  
90 Südtirol, Personalia, Buch-Tipps & Termine  
94 Service & Vorschau



## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die wichtigste Meldung zuerst: Nach Meinung der Wirtschaftsforscher wird das Wirtschaftswachstum auch 2012 anhalten, wenn auch mit geringerer Dynamik als bisher. Die Vorschau auf die kommunalen Ertragsanteile für 2012 bietet – verglichen mit 2011 – folgerichtig auch ein erfreuliches Bild: Die Summe aller gemeinschaftlicher Ausgaben soll um 5,7 Prozent (im Vergleich zu 2011) steigen. KOMMUNAL berichtet ab Seite 48 über diese erfreuliche Entwicklung.

Natürlich ist das nicht das einzige Thema, das die Gemeinden dieser Tage bewegt. Seit den Kommunalen Sommergesprächen ist beispielsweise die Diskussion um die Ausstattung



Michael Zipper  
Geschäftsführer

der Freiwilligen Feuerwehren nicht verstummt – ein heißes Eisen für jeden Gemeindevorstand. Aber die Vernunft und die jahrzehntelange gute Kooperation zwischen Gemeinden und Feuerwehren wird auch diese Herausforderung meistern, wie beide Seiten auch in unserer Coverstory ab Seite 10 dieser Ausgabe immer wieder betonen.

Das Thema Kooperation wird in den Gemeinden generell sehr groß geschrieben. Vor allem der

kostenintensive Bauhof mit seinen Geräten ist, was Möglichkeiten zur Zusammenarbeit betrifft, auf der kommunalen Wunschliste ganz oben. Ab Seite 66 haben wir dokumentiert, wie die Gemeinden bei solchen Kooperationen vorgehen können.

Das ist nur ein kurzer Auszug aus den Themen dieser Ausgabe, aber damit stellen wir wieder den Anspruch von KOMMUNAL unter Beweis, Österreichs führendes Magazin für Gemeindepolitik zu sein.

Schreiben Sie mir ihre Meinung:  
[michael.zipper@kommunal.at](mailto:michael.zipper@kommunal.at)

**Wasserstraßen:** Liegenschaften an Donau betroffen

## „via donau“ erhielt Recht auf Fruchtgenuss

Im Zuge der Novelle des Wasserstraßengesetzes (BGBl I 111/2010) Ende letzten Jahres wurde dem Verkehrsministerium die Möglichkeit eingeräumt, der „via donau – Österreichische Wasserstraßen-Gesellschaft m.b.H.“ gegen jederzeitigen Widerruf das Recht der Fruchtnießung an Liegenschaften an der Donau einzuräumen. Mit der Übertragung des Fruchtgenussrechtes tritt die „via donau“ in alle diese Liegenschaften betreffende Rechtsverhältnisse des Bundes mit Dritten ein, ohne dass es deren Zustimmung bedarf.

Bei den von einer allfälligen Fruchtgenussübertragung betroffenen Liegenschaften handelt es sich zum einen um Grundstücke des Donauflusses, des Ufergrundes, der Treppelwege sowie um Grundstücke im Hinterland, zum anderen um Infrastruktureinrichtungen, wie etwa Bootsanlegestellen, Stege, Häfen, Superädi-fikate und Freizeitparks. Die „via donau“ hat mehreren Bürgermeistern im Donauraum bereits mitgeteilt, dass ihr seitens des Bundes der Fruchtgenuss an den Bundesliegenschaften im Bereich der Wasserstraße Donau und March einge-



Gemeinden an Donau und March befürchten massive Verteuerungen zu Lasten der Mieter, Pächter, sonstiger Rechteinhaber sowie der Erholung suchenden Bevölkerung.

räumt werde. Einige Gemeinden hegen dagegen grobe Bedenken und befürchten massive Verteuerungen zu Lasten der Mieter, Pächter, sonstiger Rechteinhabern sowie der Erholung suchenden Bevölkerung.

Bestärkt wird diese Befürchtung dadurch, dass in die oben genannte Novelle im Zusammenhang mit der Verwertung dieser Liegenschaften Begriffe wie „Marktorientierung“ und „Wirtschaftlichkeit“ aufgenommen wurden.

**Förderungsprogramm:** Chancenungleichheiten beseitigen

## Caritas fordert Gesamtschule

Die Caritas spricht sich für eine gemeinsame Schule bis zum Ende der Pflichtschulzeit, gratis Kindergarten ab dem dem vierten Lebensjahr und gebündelte Schulkompetenz beim Bund aus. „Mangelnde Bildung geht oft mit materieller und in der Folge auch seelischer Not einher“, so Caritas-Präsident Franz Küberl. „Das Schulsystem, das wir jetzt haben, differenziert nach Herkunft, Bildungsstand

und Familieneinkommen, dabei hat jedes Kind und jeder Mensch ein Recht auf Zukunftsperspektiven.“ Je geringer die Bildung, desto höher die Armutsgefahr, so Küberl. Um die Chancengerechtigkeit, die bereits bei der Schulentscheidung mit dem zehnten Lebensjahr passiert, auszugleichen, fordert Küberl die Einführung einer gemeinsamen Mittelstufe der 10- bis 14-Jährigen.

**IMAS-Umfrage**

## Politiker interessieren nicht mehr

Dass Politiker bei den Österreichern nicht besonders hoch im Kurs stehen, ist nicht erst so seit dem Bekanntwerden der jüngsten Skandale rund um die Telekom, den Blaufunk und die Buwog. Neu ist, dass sich die Bevölkerung noch nie so wenig wie heute für das interessiert, was Politiker machen (sollten) – für Politik. Das geht aus einer aktuellen IMAS-Umfrage hervor.



Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

Die Caritas will eine gemeinsame Mittelstufe der 10- bis 14-Jährigen.

**Heizstatistik:** Fernwärme in Österreich schon auf Platz 2, knapp hinter Erdgas

## Nur noch Erdgas hat größeren Anteil – Wien ist führend

Der Aufwärtstrend der Fernwärme ist in ganz Österreich zu beobachten – bundesweit liegt sie mit einem Anteil von 23 Prozent auf dem zweiten Platz. Hinter Erdgas, das österreichweit mit einem Anteil von 26,1 Prozent erstmals

auf Rang eins liegt – vor allem wegen des hohen Anteils von fast 50 Prozent in Wien.

Die noch 2007/08 in Oberösterreich beliebteste Heizform, nämlich Flüssigbrennstoffe wie Heizöl oder Flüssiggas, ist nur mehr auf

Rang vier und liegt noch hinter Gas und Holzheizungen.

Nur noch 18,6 Prozent der oberösterreichischen Haushalte heizen mit Öl – acht Jahre zuvor waren es knapp 28 Prozent gewesen.

**TERMINAVISO - BITTE VORMERKEN!**

Familienpolitische Fachtagung 2011  
Familienpolitik schafft zukunftsfähige Gemeinden

Do 3. November 2011, ab 17.00 Uhr  
Fr 4. November 2011, 9.00 – 17.00 Uhr  
SPEZ Familien-Akademie, Schwarzbach

bmw FamilienBeruf Österreichische Anwaltschaft



**Energieeffizienzrichtlinie:** Ablehnung bei Gemeinden

## Sanierungsvorleistungen nicht angerechnet

Am 22. Juni legte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Energieeffizienzrichtlinie vor, die auch einige Vorgaben für die kommunale Ebene enthält. Aus kommunaler Sicht sind insbesondere die Vorgaben zur Gebäuderenovierung abzulehnen, da sie die öffentliche Hand einseitig belasten. Für viel Wirbel sorgt dabei die verpflichtende jährliche Sanierungsquote von drei Prozent des öffentlichen Gebäudebestandes ab einer Nutzfläche von mehr als 250 m<sup>2</sup>. Hinzu kommt, dass die Richtlinie keinerlei Bestimmungen über die Anrechnung von Vorleistungen enthält. Gerade österreichische Gemeinden sind Vorreiter in Sachen energieeffizienter Gebäudebestand, doch vor dem 1. Jänner 2012 verwirklichte Sanie-



Aus kommunaler Sicht sind insbesondere die Vorgaben zur Gebäuderenovierung abzulehnen.

rungsprojekte sollen nicht in die Berechnung des Drei-Prozent-Ziels einfließen. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die umfangreiche Erstellung eines Gebäudeinventars, das sowohl Informationen über die Nutzfläche als auch die Energieeffizienz der öffentlichen

Gebäude enthalten soll. Neben den Sanierungsmaßnahmen sieht die Richtlinie zudem eine verbindliche (öffentliche) Beschaffung von Produkten der höchsten Energieeffizienzklasse vor; dies betrifft Güter, Dienstleistungen, aber auch Gebäude.

**Rechnungshof:** Kosten explodieren weiter

## Treiber sind Zinsen und Pensionen

Ein schonungsloses Bild der Staatsfinanzen zeichnet der Rechnungshof im Bundesrechnungsabschluss 2010. Die Ausgaben für Pensionen und Zinsen werden, so der Bericht von Mitte September, bis ins Jahr 2015 auf 40 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes steigen. Im

Vorjahr machten sie noch 33,9 Prozent der Gesamtausgaben aus. In absoluten Zahlen betragen die Ausgaben für Zinsen und Pensionen im Vorjahr 22,8 Milliarden Euro. Bis 2015 steigen diese Ausgaben gemäß Bundesfinanzrahmengesetz auf 30,2 Milliarden Euro an.

**Pflege:** Städtische will Förderung

## Versicherung statt Regress

Der Chef der Wiener Städtischen Versicherung, Robert Lasshofer, bestätigte Mitte September gegenüber dem „Standard“ Gespräche mit dem Bund, die geförderte Zukunftsvorsorge „auch auf den Pflegebereich auszuweiten“. In einer von der Städtischen im Auftrag gegebenen Umfrage wäre die

Hälfte der Bevölkerung bereit, eine Pflegeversicherung mit staatlicher Unterstützung abzuschließen. Derzeit gibt es in Österreich 440.000 Pflegegeldbezieher, bis 2030 sollen es 623.000 sein. In den vergangenen zehn Jahren stieg der Pflegeaufwand von Bund und Ländern um 43 Prozent.

**OÖ:** Gratiskindergarten

## Weiter Wirbel um Mehrkosten

Die Diskussion um den Gratiskindergarten und die dadurch verursachten Mehrkosten wird laut einem Bericht auf ORF-OÖ lauter. So ließ Josef Buchner, Bürgermeister von Steyregg, erheben, um wieviel sich der Abgang der Gemeinden seit der Einführung gesteigert hat. Von 359 Gemeinden, die ihre Zahlen offengelegt haben, hatten rund 240 Steigerungen zwischen 40 und 400 Prozent. Landeshauptmann Josef Pühringer will dennoch vom Gratiskindergarten nicht abrücken. Man werde die Situation der Gemeinden bis zum Jahresende erörtern, sagt er, betont aber gleich, dass eine Wiedereinführung sozial gestaffelter Elternbeiträge derzeit kein Verhandlungsthema sei.

**Öffentlicher Dienst:** Mehr Vertragsbedienstete

## Immer weniger Beamte

Es gibt immer weniger Beamte. Das zeigt das Personaljahrbuch 2011 für den Bundesdienst. Demnach gab es Ende 2010 im Bundesdienst 132.804 Mitarbeiter. Davon waren 81.312 Beamte und 51.492 Vertragsbedienstete. Im Jahr 2003 hatte es noch knapp 100.000 Beamte gegeben, also um fast 20.000 mehr. Durch den weitgehenden Stopp von Pragmatisierungen in den letzten Jahren sind die Beamten bei jüngeren Jahrgängen mittlerweile bereits in der Minderheit: Bei den Unter-40-Jährigen liegt der Anteil mittlerweile bei nur mehr 41,7 Prozent. Von den über 50-Jährigen sind noch über drei Viertel im unkündbaren Beamtensta-



Ende 2010 gab es rund 81.000 Beamte im Bundesdienst.

tus. Das durchschnittliche Pensionsantrittsalter im Bundesdienst betrug 60,6 Jahre. Die meisten Bundesbediensteten, nämlich 46.690, arbeiten im Verwaltungsdienst, davon rund 8000 in den Ministerien. Der Frauenanteil ist im Bundesdienst im Vorjahr auf 40,3 Prozent gestiegen (2009: 39,8 Prozent; 1995: 35,9 Prozent).

**Zusammenlegung:** Ab 1. Jänner werden Knittelfeld und Judenburg zu „Murtal“

## Feuerwehr skeptisch, Ortschefs vorsichtig

Offiziell ist es ein Geheimnis, Insider wissen aber laut „Kleiner Zeitung“ vom 8. September schon, wie der neue Bezirk nach der Zusammenlegung von Knittelfeld und Judenburg heißen wird. Der neue Name lautet Murtal, auf den Autokennzeichen wird statt JU und KF in Zukunft MT stehen. Ob Kennzeichen gleich gewechselt werden müssen oder die bestehenden auslaufen, steht noch nicht fest.

Die Zusammenlegung erfolgt mit 1. Jänner. Das löst viele Diskussionen aus, etwa bei Organisationen wie der Feuerwehr. Der Knittelfelder Bezirkskommandant Josef Haberl drückt seinen Protest gegen eine Zusammenlegung der Bezirksfeuerwehrverbände

Knittelfeld und Judenburg klar aus. Er sieht nicht ein, dass sich der Verwaltungsreform auch freiwillige Organisationen „unterwerfen müssen“. Eine Zusammenlegung der Feuerwehrverbände soll ab dem Frühjahr 2013, also bis zur nächsten Wahl der Bezirkskommandanten, erfolgen, hieß es ursprünglich. Nach neuesten Informationen wird die Zusammenlegung jedoch nicht verordnet, son-

dern die Verbände sollen sich untereinander einigen, wie es künftig weitergeht. Auch die 14 Bürgermeister des Bezirkes Knittelfeld können sich mit der Zusammenlegung nicht anfreunden. Sie fordern eine Fristerstreckung bis Jahresbeginn 2013. Außerdem wollen sie unter anderem eine „gerechte und bürgersfreundliche Aufteilung von Personal- und Referatsstrukturen“.

**Ausseerland:** Proteste

### Kennzeichen „BA“ bleibt

Als im Frühjahr klar wurde, dass mit dem Ende der eigenständigen Politischen Expositur (Pensionierung des Expositurchefs Detlef Hischenhuber) in Bad Aussee auch das geliebte BA-Kennzeichen der Vergangenheit angehören könnte, kochte der Volkszorn. Jetzt darf „BA“ bleiben.

**Heer:** Pro und Contra

### Haslauer für Volksbefragung

Gemischtes Echo hat die Idee von Salzbugrs LHstv. Wilfried Haslauer für eine rasche Volksbefragung zur Heeresreform ausgelöst. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer ist für eine Volksbefragung: „Das betrifft alle Bürger beim Katastrophenschutz und auch beim Zivildienst.“

**Finanzwelt:** Schweizer Währung weiter unter Druck

## Schweizer koppeln Franken an Euro

Seit Monaten stöhnen die Schweizer unter der Aufwertung ihrer Landeswährung. Die Schuldenkrisen auf beiden Seiten des Atlantiks treiben immer mehr Investoren in sichere Häfen, zu denen auch der Franken zählt. Mit Null-Zinspolitik und zusätzlicher, aber sanfter, Liquiditätsausweitung am Geldmarkt versuchten die Eidgenossen den Höhenflug des Franken zu stoppen. Vergeblich. Anfang September zog die

Schweizer Nationalbank (SNB) im Alleingang, ohne Absprache mit der Europäischen Zentralbank, die Reißleine und setzte ein unteres Wechselkursziel zum Euro fest. Die Währungshüter in Zürich wollen künftig keinen Euro-Kurs unterhalb von 1,20 Franken pro Euro tolerieren. Laut Experten werde der Devisenmarkt nun sicher versuchen, die 1,20-Marke „anzutesten“, wie es im Finanz-Jargon so schön heißt.

Foto: Bilderbox, Montage: KOMMUNAL



So könnte eine neue Ortstafel aussehen.



## Europäische Integration

Speziallehrgang für EU-Gemeinderäte/innen

Dauer: 1 Semester, berufsbegleitend in Modulen  
Abschluss: Universitätszertifikat in Europäischer Integration  
Start: 20. Oktober 2011

Information und Anmeldung:  
Department für Europäische Integration und Wirtschaftsrecht  
Tel: +43 (0)2732 893-2403, Fax: +43 (0)2732 893-4400  
[www.donau-uni.ac.at/integration](http://www.donau-uni.ac.at/integration)

**Donau-Universität Krems**  
Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30, 3500 Krems, Austria  
[www.donau-uni.ac.at](http://www.donau-uni.ac.at)





# Österreichs Gemeinden machen fit!



Mitmachen und anmelden:  
Ab sofort unter  
[www.bummbumm.at](http://www.bummbumm.at)

26.  ktober  
„Gemeinsam gesund bewegen“ Tag

Nach dem großen Erfolg im Jahr 2009 und 2010 freuen sich der Fonds Gesundes Österreich und Fit für Österreich, auch heuer wieder den „Gemeinsam gesund bewegen“ Tag zu veranstalten.

Wir laden alle Gemeinden, Sportvereine und interessierte Organisationen dazu ein, aktiv zu werden und die Veranstaltung wieder zum größten bundesweiten Bewegungsevent zu machen. Auch jene, die sich schon voriges Jahr mit großem Engagement eingebracht haben, laden wir ein, das heuer wieder zu tun.

**Machen Sie mit beim größten Gesundheits- und Bewegungstag für Groß und Klein am 26. Oktober 2011! Tragen Sie Ihre Veranstaltung ein. Anmeldung und weitere Infos unter [www.bummbumm.at](http://www.bummbumm.at)**

**Als besonderes Service bieten wir Ihnen das Aktivpaket für Veranstalter/innen an:**

- **Einfache Anmeldung** über die Website [www.bummbumm.at](http://www.bummbumm.at) – ab sofort möglich.
- **Gratis-PR-Paket** für die Veranstaltung (Plakate, Presstexte, Grafiken, Powerpointunterlagen, Anzeigen etc.).
- Unterstützung bei der Veranstaltung mit kostenlosen **Give aways**.
- **Gewinnspiel** für Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Gemeinsam gesund bewegen“ Tages.



Gesundheit Österreich  
GmbH





Die Mindestausrüstungsverordnung stellt ein Mindestanforderung der österreichischen Freiwilligen Feuerwehren dar. Sie sind Verordnungen der einzelnen Bundesländer, in denen festgelegt wird, welche Ausrüstung die einzelne Feuerwehr abhängig von der Ortsgröße und den Gefährdungspotenzialen mindestens haben muss.



Sicherheit in der Gemeinden ist kommunale Kernaufgabe

# Feuerwehr-Ausrüstung: Das heißeste Eisen 2011

Eines gleich vorweg: Niemand in den Gemeinden bestreitet die Bedeutung und die Wichtigkeit der Freiwilligen Feuerwehren in und für die Gemeinden.

Zum einen sind sie ein Zeichen gelebter Solidarität in der Gemeinde, zum anderen sorgen sie für ein lebendiges Vereinsleben und zu guter Letzt setzen ihre Mitglieder das eine oder andere Mal sogar ihr Leben aufs Spiel, um Mitbürger zu retten. Und doch muss sich eine Gemeinde die Frage stellen, wie weit die „Ausrüstungs-Aufrüstung“ gehen darf.

Hans Braun

Aus Sicht der Gemeinden gehören die Feuerwehren zur kommunalen Kernaufgabe. Die Einschätzung wurde erst kürzlich wieder durch eine Umfrage des ober-österreichischen Gemeindebundes bestätigt, die nach den wichtigsten Kernaufgaben der Gemeinden in Zukunft gefragt wurden – Sicherheit und Feuerwehr (*siehe auch Beitrag auf Seite 41 dieser Ausgabe*). Die Oberösterreicher gaben sich dabei keinen Illusionen hin. Ihre Einschätzung, dass sie trotz Sparzwang und Wirtschaftskrise vor allem bei eben diesen zentralen Kernaufgaben sogar noch

eine Steigerung des Leistungsumfangs erwarten, dürfte der Realität entsprechen. Trotz dieses enormen Preisdrucks wagen die Bürgermeister praktisch nie, von den Feuerwehren Kostenbewusstsein einzufordern. Natürlich sind es auch hier meist nur einige wenige, die nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass die Gemeinden nicht in Geld schwimmen. Tatsache ist, dass ein Löschfahrzeug auch in der Version „Standard“ gut löscht. Es muss nicht die Version „de Luxe“ sein. Gar nicht erstaunlich sind auch Turbulenzen anderer Art, die es immer wieder gibt – so mutet ein aktueller Streit in der Steiermark in Zeiten wie diesen etwas

Gemeinden müssen sparen und den Gürtel enger schnallen

# Sparen ist die Devise – die Feuerwehren können das auch

Um zu helfen, braucht es auch die richtige Ausrüstung. Wie die Beschaffung bei den Feuerwehren effizient ablaufen kann und welche Möglichkeiten der Kostenreduktion es für Kommunen gibt, zeigen wir in KOMMUNAL auf.

Michael Miggitsch

Das nunmehr seit mehr als 100 Jahren bestehende organisierte Feuerwehrwesen war und ist durch seine Mitglieder immer mit dem Bestreben erfüllt, die bestmögliche Hilfe bei Notfällen jeglicher Art leisten zu können. Die wesentlichsten Ressourcen hiezu sind eine ausreichende Mannschaftsstärke, die entsprechende Ausrüstung und eine ausreichende Ausbildung. Die zunehmende Technisierung und die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Änderungen der letzten Jahrzehnte haben bewirkt, dass die Bereitstellung der genannten Ressourcen immer wieder einer Bewertung nach ihrer Machbarkeit, aber auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unterzogen werden muss. Eine Reihe von Studien hat sich in ganz Europa mit der notwendigen Mannschaftsstärke und Ausrüstung bestehender und zukünftiger Berufsfeuerwehren auseinandergesetzt. Die zunehmende Mobilität, das Tages- und Wochenpendlerwesen lassen eine Bewertung der Verfügbarkeit von Einsatzkräften auch im Wirkungsbereich der Freiwilligen Feuerwehren und damit die Festlegung des jeweiligen, als Mindestsollstärke bezeichneten Mannschaftsstandes notwendig werden. Der hohe technische Ausrüstungsstandard in Österreich lässt auch die Investitionsaufwendungen ständig steigen. Da als Kos-



Doppelkabine in Sonderausstattung (oben) versus serienmäßige Doppelkabine: Kostenunterschied 13.000 Euro!



tensträger in erster Linie die Gemeinden fungieren, ist zur Realisierung auch gerechtfertigter Anschaffungen immer häufiger ein Nachweis über die tatsächliche Notwendigkeit zu erbringen. Zur sinnvollen Abstimmung und zur Gewährleistung der Einsatzeffizienz sind sodann die Faktoren „Mannschaft“ und „Gerät“ durch eine umfassende und zielorientierte Ausbildung zu verknüpfen. Gemäß Landesfeuerwehrgesetz hat sich die Gemeinde zur Besorgung der örtlichen Feuer- und Katastrophenpolizei einer Feuerwehr zu bedienen. Das Landesfeuerwehrgesetz kennt keine direkte Bewertungsgrundlage für



Michael Miggitsch ist Referatsleiter des Landesfeuerwehrrinspektorats Steiermark

die notwendige Ausrüstung der Feuerwehren. Auch nicht darüber, nach welchen Kriterien die Größe, die Leistungsfähigkeit usw. der für den jeweiligen Löschbereich zuständigen Feuerwehr festzulegen ist. Ein Anhaltspunkt kann lediglich im § 26 Abs. 2 hinsichtlich der Beurteilung von Löscharbeitsverträgen gefunden werden; hier ist unter Bedachtnahme auf die Einwohnerzahl, Flächenausdehnung, Besiedlungsdichte, bauliche und industrielle Struktur und Entwicklung und die gefährdete Lage zu entscheiden. 1997 wurde daher die Richtlinie über die Mindestausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren in Steiermark beschlossen. Diese Richtlinie regelt für die Gemeinden aufgrund der örtlichen Gegebenheiten die Zuordnung in eine Ortsklasse bzw. Feuerwehrcategorie und damit verbunden die erforderliche Ausrüstung und soll ein Instrumentarium zur zweckmäßigen Organisation, aber auch Bewirtschaftung für das steirische Feuerwehrwesen sein.

## Die Kostenseite

Nicht zu unrecht werden daher Investitionen hinterfragt, vor allem wenn die Kostenseite die Finanzierungsmöglichkeit einer Gemeinde übersteigt. Die Feuerwehren, insbesondere die freiwilligen Feuerwehren leisten einen wertvollen Beitrag zur Sicherheit für unsere Gesellschaft. Gerade die Katastrophen im heurigen Sommer haben wieder gezeigt, welche enormen Leistungen neben den täglichen Aufgaben zusätzlich im überregionalen Einsatz von den Feuerwehren abgedeckt werden. Dafür brauchen unsere Feuerwehren aber auch die entspre-





Bei einer Kostengegenüberstellung wird das Einsparungspotenzial deutlich: Die Palette allein bei den Fahrgestellen reicht von 323.676 Euro bis hin zu 430.000 (für einen RLF-A 2000 16 t bzw. 18 t). Auch der Unterschied bei den Feuerweherschläuchen ist bedeutend: So kostet der „B-Schlauch Önorm - F 2105“ je nach Hersteller zwischen 84 und 138 Euro.

chende Ausrüstung. Die Masse der Ausrüstung ist auf den einzelnen Feuerwehrfahrzeugen untergebracht bzw. wird damit transportiert. Feuerwehrfahrzeuge kann man nicht so einfach kaufen, weil diese eigentlich maßgeschneidert und einzeln gefertigt werden, und darin liegen auch die enormen Kosten. Das kleinste Feuerwehreinsatzfahrzeug, ausgenommen das Mannschaftstransportfahrzeug, kostet bereits mehr als 100.000 Euro und steigert sich bis zu 450.000 Euro. Sonder- beziehungsweise

Spezialfahrzeuge kosten dann bis zu 750.000 Euro.

Es muss auch gesagt werden, dass die Feuerwehren neben der freiwilligen

und kostenlosen Tätigkeit selbst enorme Mittel für derartige Fahrzeuge und Gerätschaften aufbringen, hier aber auch einen wesentlichen Beitrag für die Motivation finden und daher auch spezielle Anforderungen an die Ausführung haben.

Wo kann aber jetzt gespart werden?

- ▶ die Mindestausrüstungsrichtlinie ist einzuhalten
- ▶ die erforderliche Ausrüstung und das Fahrzeugkonzept ist mit den Nachbarfeuerwehren abzustimmen
- ▶ bei der Ausrüstung bestehen bei gleicher Qualität (genormte Ausrüstung) oft hohe Preisunterschiede (bis zu 7000 Euro bei der Beladung)
- ▶ die Verwendung von Serienfahrzeugen ist gegenüber Einzelanfertigungen günstiger

Bei einem guten Stützpunktkonzept und gleichmäßiger Aufteilung der Ausrüstung, auch bei mehreren Feuerwehren in einer Gemeinde, besteht bei gegenseitiger Unterstützung durchaus Einsparungspotenzial.

- ▶ die Verwendung von Containersystemen und kombinierten Fahrzeugen bringt langfristig Einsparungen
- ▶ aufwendiges Design verursacht zusätzliche Kosten
- ▶ kleinere und kostengünstigere Fahrgestelle wählen.



Differenz: ca. 75.000 Euro

anachronistisch an (zwei Klein-Wehren einer Gemeinde sollten zusammen ein neues Rüsthaus beziehen, eine weigert sich. Das neue Haus ist nun zu groß und zu teuer. Anm. d. Red.). Aber es gibt in der Steiermark auch das genaue Gegenteil, wo sich zwei Wehren ein Zeughaus teilen.

Diese Diskussion wird derzeit gerade in der Steiermark sehr emotional geführt – das Gemisch aus erzwungenen Gemeindefusionen, Verschmelzung von Bezirken und die zu erwartenden Auswirkungen auf die Feuerwehren ist da sehr wirkungsvoll. So heftig wird diskutiert, dass der oberste Katastrophenschutz der Steiermark die Diskutanten warnt, dass bei zuviel Zwang „die Leute den Hut drauf hauen werden“ (siehe Bericht auf Seite 74 dieser Ausgabe).

In dieser aufgeladenen Stimmung sehen sich die Gemeinden mit den Anforderungen der Feuerwehren konfrontiert. Aber was sind diese Anforderungen überhaupt?

## Die Mindestanforderung

Die Mindestausrüstungsverordnung stellt ein Mindestanforderungsprofil der österreichischen Freiwilligen Feuerwehren dar. Sie sind in den einzelnen Bundesländern, in denen festgelegt wird, welche Ausrüstung die einzelne Feuerwehr abhängig von der Ortsgröße und den Gefährdungspotenzialen mindestens haben muss. Faktoren für die einzelnen Beurteilungen sind zum Beispiel die Topografie, die Anzahl und die Bauweise der Häuser, die Art der Betriebe und so weiter. Abhängig von der Mindestausrüstungsverordnung bekommen die Feuerwehren Subventionen durch den jeweiligen Landesfeuerwehrverband für Feuerwehrfahrzeuge, die angeschafft wurden – und natürlich die Erlöse aus eigenen Spendensammlungen, die oft gar nicht unerheblich sind. Sind Fahrzeuge älter als 20 Jahre (nach der neuen niederösterreichischen Mindestausrüstungsverordnung 25 Jahre), fallen sie aus der Verordnung heraus und die Feuerwehr hat wieder Anspruch auf Förderung eines Neufahrzeugs. Absolutes Minimum

an Ausrüstung für jede Feuerwehr ist das Kleinlöschfahrzeug (KLF) oder ein Mannschaftstransportfahrzeug mit Tragkraftspritzen-Anhänger.

Diese Ausrüstungsverordnungen sind einerseits Hilfe für die Feuerwehren gegenüber den Gemeinden, die neue Fahrzeuge finanzieren müssen, andererseits müssen auch die Gemeinden die Feuerwehr darüber hinaus nicht unterstützen.

Diese Verordnungen sind einerseits Hilfe für die Feuerwehren gegenüber den Gemeinden, neue Fahrzeuge zu finanzieren, andererseits müssen auch die Gemeinden die Feuerwehr darüber hinaus nicht unterstützen.

Historisch gesehen, gehen diese Verordnungen auf Vorschriften vom 1. Oktober 1943 zurück, in denen durch die Behörden des Deutschen Reiches ein ausrei-

chender Brandschutz nach Bombenangriffen vorgesorgt werden musste.

### Landesbestimmungen

Die Freiwilligen Feuerwehren unterliegen also Landesrecht. So gab es etwa bis vor kurzem in der Steiermark und in Kärnten eine Bestimmung, dass als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehren nur zugelassen war, wer

„Österreicher“ ist (KOMMUNAL berichtete in Ausgabe 7&8/2011). Diese Bestimmung existiert so nicht mehr oder steht zumindest unmittelbar vor ihrer Abschaffung.

Was allerdings immer noch existiert, sind die verschiedenen landesrechtlichen Bestimmungen, die die Ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren regeln.

So heißt es im Gesetz vom 26. Mai 1994 über die Feuer- und Gefahrenpolizei und das Feuerwehrwesen im **Burgenland** (Burgenländisches Feuerwehrgesetz 1994 - Bgld. FWG 1994) LGBl 1994/49 idF 1995/54, 2001/32 und 2008/11:

„§ 2. Die Besorgung der Aufgaben der Feuer- und Gefahrenpolizei obliegt der Gemeinde. Sie hat sich hiezu der Feuerwehr zu bedienen. § 7. (1) Für die Bereitstellung der entsprechend dem Brandrisiko und der Brandbelastung innerhalb des Gemeindegebietes erforderlichen Löschmittel hat die Gemeinde vorzusorgen.

(3) In Gemeinden mit mehreren Ortschaften ... kann für jede Ortschaft eine Ortsfeuerwehr gebildet werden, wenn eine genügende Anzahl geeigneter Mitglieder zur Verfügung steht.“

In der Kundmachung der **Tiroler** Landesregierung vom 2. Oktober 2001 über die Wiederverlautbarung des Landes-Feuerwehrgesetzes 1970 Änderung LGBl. Nr. 89/2002:

„§ 2 (Bildung von Freiwilligen Feuerwehren) (1) Die Gemeinden, in denen keine Berufsfeuerwehr einzurichten ist, haben für die Bildung leistungsfähiger und den örtlichen Verhältnissen entsprechend ausgerüsteter Freiwilliger Feuerwehren zu sorgen. ... § 26 (Kosten des Feuerwehrwesens) (1) Die Beschaffung und Erhaltung der für die Freiwilligen Feuerwehren, die Pflichtfeuerwehren und die Berufsfeuerwehren erforderlichen Löschgeräte, Alarmeinrichtungen, Wasserversorgungsanlagen, Gerätehäuser, der sonstigen Dienstgebäude, der Dienstbekleidung und der Ausrüstung ist Aufgabe der Gemeinde.

## Feuerwehren in Österreich

Bundesland	Berufs- Feuerwehren	Betriebs- Feuerwehren	Freiwillige Feuerwehren	Summe
Burgenland	0	7	319	<b>326</b>
Kärnten	1	19	399	<b>419</b>
Niederösterreich	0	89	1644	<b>1733</b>
Oberösterreich	1	35	888	<b>924</b>
Salzburg	1	4	119	<b>124</b>
Steiermark	1	85	694	<b>780</b>
Tirol	1	21	340	<b>362</b>
Vorarlberg	0	26	120	<b>146</b>
Wien	1	39	2	<b>42</b>
<b>Gesamt</b>	<b>6</b>	<b>327</b>	<b>4528</b>	

Quelle: ÖBFV 2010

## Feuerwehr-Einsatzstunden

Einsatzstunden	B	K	N	O	S	ST	T	V	W	Summe
<b>Echte Brände</b>	17.111	46.458	58.562	295.920	58.448	69.793	48.778	90.000	525	<b>685.595</b>
<b>Fehl- ausrückungen</b>	2.516	8.370	20.913	56.081	7.069	19.308	10.711	k. A.	538	<b>125.506</b>
<b>Technische Hilfsleistungen</b>	66.294	72.317	374.118	502.146	97.014	76.131	86.874	28.000	1.945	<b>1304.839</b>
<b>Gesamt</b>	<b>85.921</b>	<b>127.145</b>	<b>453.593</b>	<b>854.147</b>	<b>162.531</b>	<b>165.232</b>	<b>146.363</b>	<b>118.000</b>	<b>3.008</b>	<b>2115.940</b>

Die Feuerwehr arbeitet zu 99 Prozent ehrenamtlich. Würde man die Gesamtzahl der Einsatzstunden bei Bränden, Technischen Hilfsleistungen und Fehlaustrückungen mit einem Stundensatz von 20 Euro multiplizieren, so ergäbe dies den Betrag von 42,318.800 Euro an Personalkosten. Dabei sind aber noch nicht Übungen, Schulungen etc. mit eingerechnet.

Quelle: ÖBFV 2010



*Alle daraus entstehenden Kosten hat, unbeschadet einer Beitragsleistung nach § 29 (betrifft den Landes-Feuerwehrfonds), die Gemeinde zu tragen.“*

## Feuerwehr- Mindestausrüstungsverordnung

Am 22. Juli 2011 ist die neue niederösterreichische Feuerwehr-Ausrüstungsverordnung (LGBL 4400-0) in Kraft getreten. Sie ersetzt die bisher geltende NÖ Feuerwehr-Mindestausrüstungsverordnung, die in den

Grundzügen seit den 60er-Jahren bis heute unverändert blieb. Die wesentlichsten Änderungen sind, dass künftig die Feststellung der Feuerwehrausrüstung über ein einheitliches Berechnungsmodell auf Grundlage einer Risikoanalyse des Gemeindegebietes erfolgt. Im Gegensatz zu früher, wo im Wesentlichen nur die Anzahl der Häuser einziges Kriterium für die Festlegung der Mindestausrüstung war, sind nunmehr eine Vielzahl von Kriterien wie etwa die Anzahl der Einwohner, die konkrete

Flächennutzung, die betriebliche Struktur usw. bei der Risikoanalyse zu berücksichtigen.

Die Feststellung der Feuerwehrausrüstung erfolgt über die Ermittlung der Risikoklasse der Gemeinde, der ein konkreter Fahrzeug- und Gerätestand zugeordnet ist. In Ergänzung der NÖ Feuerwehr-Ausrüstungsverordnung hat der NÖ Landesfeuerverband eine Berechnungsmatrix erstellt, deren Verwendung für die Ermittlung der Feuerwehrausrüstung notwendig ist. Diese als Excel-Tabelle vorhan-

## Feuerwehrpräsident Josef Buchta im KOMMUNAL-Interview

# „Eines ist klar: Es wird nur gemeinsam gehen“

Feuerwehr-Ausrüstung ist Gemeindesache, aber dennoch sind Kostenzwänge zu beachten. Für KOMMUNAL sprach Kommunalverlags-Geschäftsführer Michael Zimmer mit Josef Buchta, Präsident des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes.

**Bei den Sommergesprächen in Bad Aussee herrschte Einigkeit darüber, dass die kommunalen Investitionen in die Feuerwehr in mehrerer Hinsicht besondere Bedeutung haben. Allerdings klagen Bürgermeister regelmäßig, dass manche Wünsche nach Ausrüstung und Zeugstätten finanziell einfach nicht erfüllbar sind.**

**Josef Buchta:** Die Gespräche mit den Feuerwehren müssen von den Bürgermeistern gesucht werden. Man muss sich auch überlegen, was für Aufgaben an die Feuerwehren herangetragen werden, denn genau diese Aufgaben müssen natürlich auch von der finanziellen Seite her gedeckt sein. Hier kann man nicht von Sonderwünschen sprechen, hier gehört geregelt, was ist notwendig.

**Die neue Linie des Bundesfeuerwehrverbandes „ermuntert“ die Wehren zu verstärkter Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg. Reicht eine solche „Ermunterung“? Müsste das nicht deutlicher formuliert werden?**

Es müssen hier alle, von den Landesregierungen bis runter in jede einzelne Kommune zusammenarbeiten, um einen gemein-

samen Weg zu finden. Denn nur gemeinsam kann man diese Sicherheitsagenda in Zukunft bewältigen. Ich glaube, die neue niederösterreichische Mindestausrüstungsverordnung ist ein gutes Beispiel dafür.



Josef Buchta im Gespräch mit Michael Zimmer.

**Wie aktuell sind die Gefahrenzonenpläne, nach denen – Ihrer Anregung in Bad Aussee entsprechend – künftig die Beschaffung von Gerät ablaufen soll?**

Man braucht hier nur die vergangenen Jahre zurückblicken. Wir haben festgestellt, dass zwar die Feuerwehr als Feuerwehr erhalten blieb, aber sich die Aufgaben deutlich geändert haben. So liegt die klassische Brandbekämpfung nur mehr bei rund sechs Prozent, Elementarereignisse kommen hingegen immer mehr auf uns zu, sei es Hochwasser, Wind oder andere Elementarereignisse – wer wird das sonst erledigen, wenn nicht die Feuerwehren?

**Wie kommentieren Sie die niederösterreichische Mindestausrüstungsverordnung (diese brandneue Verordnung vom Land regelt die Anschaffung, den Stand und die Qualität der Ausrüstung für die Feuerwehren in Niederösterreich)?**

Wie schon angesprochen: Nach vielen Überlegungen haben wir uns gemeinsam mit dem Land Niederösterreich überlegt, wie wir in Zukunft vorgehen, damit wir die notwendigen Sicherheitsrichtungen in verschiedenster Form aufrecht zu erhalten. Dazu gehört auch die Frage, welche Geräte brauchen wir, welchen haben den geringsten „Manpower“-Aufwand. Wir haben weiters auch darauf geachtet, dass die flächendeckende Einsatzbereitschaft mit den besten und effizientesten Geräten durchgeführt werden kann.

**Sie haben in Bad Aussee Gesprächsbereitschaft signalisiert. Was genau soll da besprochen werden, wenn die Entscheidungen über Zonenpläne und Ausrüstung vom Land kommen?**

Wichtig wäre, dass sich in ganz Österreich die Bürgermeister mit den Feuerwehren zusammensetzen und einmal durchdiskutieren, wie wir die Aufgaben, die immer neu dazu kommen, so bewältigen, dass wir mit der Mannschaft, die sich diese Aufgaben freiwillig stellt, auch meistern.

Eines ist klar: Es wird nur gemeinsam gehen.

dene Berechnungshilfe ist auf der Homepage des NÖ Landesfeuerwehrverbandes ([www.noelfv.at](http://www.noelfv.at)) samt Anleitungen und Erläuterungen als Download für die Feuerwehren und Gemeinden verfügbar.

Neu eingeführt wurde unter anderem die Möglichkeit, die Feuerwehrausrüstung für die gemeinsame Nutzung von bestimmten Fahrzeugen wie z. B. Hubrettungsfahrzeuge, Schadstofffahrzeuge, Einsatzleitfahrzeuge, Atemluftfahrzeuge etc. für die Gemeinden eines oder mehrerer Bezirke zu erweitern. Bei der Erhöhung der Fördersätze wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die kleineren Wehren, aber auch auf die Feuerwehrjugend gelegt.

Detail am Rande: Die Nutzungs-

Für die persönliche Schutzausrüstung der Feuerwehrler sollte nur der allerhöchste Standard gelten – hier sollte nicht gespart werden müssen.

dauer der Fahrzeuge wurde von 20 auf 25 Jahre verlängert. (Alle Details zur *nö. Feuerwehr-Mindestausrüstungsverordnung* finden Sie in der *aktuellen Ausgabe der „NÖ Gemeinde“* auf der Homepage [www.vp-gvv.at](http://www.vp-gvv.at)).

All diese gesetzlichen Bestimmungen formulieren mit unterschiedlichen Begriffen, dass die Ausrüstung der Feuerwehren Aufgabe der Gemeinde ist. Bei den kommunalen Sommergesprächen 2010 kam im Zuge des Workshops „Freiwilligenarbeit – Vereinsleben“ genau dieser Umstand zur Sprache und wurde teils höchst emotional diskutiert. Die Vertreter aus den Gemeinden monierten immer wieder, dass manche Forderungen der Feuerwehren einfach „nicht zu finanzieren seien“. Was eine Gemeinde mit mehreren Feuerwehren da zu bezahlen hätte, ginge in die Hunderttausende.

### Die „Feuerwehrler“

Eines sollte – bei allen Diskussionen – definitiv außer Streit und Zweifel stehen: Unwidersprochen der wichtigste Be-

standteil der Feuerwehren sind die Menschen. Ohne die vielen tausend Freiwilligen wäre ein dermaßen großer „Schutzschirm“ an Sicherheit nicht denkbar, geschweige denn machbar.

Und für die persönliche Schutzausrüstung der Feuerwehrler sollte nur der allerhöchste Standard gelten – hier sollte nicht gespart werden müssen. Der Mannschaftsstand (natürlich inklusive Frauen – immer wenn in diesem Beitrag von „Feuerwehrlern“ die Rede ist, sind auch die vielen Mädchen und Frauen in den Feuerwehren gemeint, deren Zahl noch dazu immer größer wird) betrug laut Österreichischem Bundesfeuerwehrverbandes 241.026 „Mann“ sowie einen Reservestand von 56.746 Personen. Nicht mit einberechnet wurde hierbei die Feuerwehrjugend, die 23.599 Mitglieder zählt.

Die Europäische Norm EN 469 regelt die Beschaffenheit von

Schutzkleidung für die Feuerwehr zur Brandbekämpfung. Insbesondere wird hier auf die Leistungsanforderungen der Schutzkleidung bei der Brandbekämpfung, das heißt der Beständigkeit beziehungsweise dem Verhalten der Bekleidung bei Brandeinsätzen (Beaufschlagung des Materials mit Flammen bzw. thermischer Strahlung/Hitze) abgestellt.

Als harmonisierte Norm gilt die EN 469 in der gesamten Europäischen Union sowie zusätzlich in der Schweiz; sie wird in den einzelnen Staaten als nationale Norm inhaltsgleich umgesetzt. All diese Punkte in Rechnung gestellt, wird es wohl so sein müssen, wie es Ohlsdorfs Bürgermeisterin Christine Eisner bei den kommunalen Sommergesprächen 2011 auf den Punkt brachte, als sie die Feuerwehren zu mehr Kooperation aufforderte. Einen Ball, den Österreichs oberster Feuerwehrler Josef Buchta aufnahm, als er gemeinsame Gespräche andachte.

Mag. Hans Braun ist  
Chefredakteur von KOMMUNAL



Konrad Gschwandtner

Das die damalige Getränkesteuer (eine ausschließliche Gemeindeabgabe) genauso wie der heutige Ausgleich eine Haupteinnahmequelle für die Tourismusgemeinden darstellt und dass Einnahmen der Tourismuswirtschaft nur durch enorme Investitionen der Gemeinden in den Standort zu erzielen sind, verrät der Slogan nicht.

Dass im März 2010 die Verteilung der „Ländertöpfe“ (die Bil-

Verfahren Verhandlungen: Auf der einen Seite wird eine gemeindeweise Erhebung von Getränkeumsätzen nach wie vor von BMF und Wirtschaftskammer blockiert, ...

dung dieser wurde ja nicht in Frage gestellt) des Getränkesteuerausgleichs mit Wirkung 31. 12. 2010 vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurde, da dieser die Verteilungsgrundlage als nicht mehr sachgerecht ansah, ist hinlänglich bekannt. Dem interessierten Leser ist ebenso bekannt, dass es für heuer eine zwischen Gemeindebund und Städtebund (mit Zustimmung von Bund und Ländern) verhandelte befristete Neuregelung gibt, die für die Tourismusländer Tirol, Salzburg, Kärnten



Getränkesteuerausgleich

# Diese Steuer macht uns teuer

Das war der Slogan einer Kampagne der Wirtschaftskammer bezogen auf Gastronomie und Hotellerie und begleitete das Ende der Getränkesteuer im Jahr 2000 (wurde als EU-rechtswidrig aufgehoben). Für den Ausfall wurde ab dem FAG 2001 eine Ausgleichsregelung auf Basis der Aufkommen 1993 bis 1999 geschaffen.

und Vorarlberg (siehe auch Tabelle „Nächtigungen“ auf Seite 19) in geringem Ausmaß auch eine Einbeziehung der jährlichen gemeindeweisen Nächtigungszahl vorsieht. Leider hat die Gemeinde Mils bei Imst durch ihren Bürgermeister, Rechtsanwalt Dr. Markus Moser, abermals das Land Tirol beim Verfassungsgerichtshof geklagt. Ein Erkenntnis des VfGH zur Gesetzesprüfung der befristeten 2011er-Regelung ist in den nächsten Wochen zu erwarten. Die Verhandlungsparteien werden dieses Erkenntnis abwarten, und daher wird die Neuregelung ähnlich dem vergangenen Jahr wohl in letzter Minute getroffen und Ende des Jahres im Nationalrat beschlossen werden.

## Tourismusgemeinden massiv betroffen

Anfang September 2011 fand in Wien eine Sitzung des Tourismusausschusses des Österreichischen Gemeindebundes statt. Neben dem Beschluss über Maß-

nahmen einer künftigen Tourismusstrategie war der Getränkesteuerausgleich das zentrale Thema, denn ist der Getränkesteuerausgleich für Städte wie Wien, Linz, Graz, Steyr oder St. Pölten nur ein nettes „Zubrot“ der Ertragsanteile, so ist dieser für Tourismusgemeinden wie Sölden, Saalbach-Hinterglemm und viele andere als finanzielle Lebensgrundlage anzusehen. Neben den Ausschussmitgliedern waren auch der Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes, Dr. Walter Leiss, und Gemeindebund-Finanzexperte Prof. Dietmar Pilz anwesend, um mögliche Lösungswege der verfahrenen Verhandlungssituation zu erörtern. Ludwig Muxel, Bürgermeister der Gemeinde Lech und Vorsitzender des Tourismusausschusses, schwor die Anwesenden ein, dass „die Tourismusgemeinden nicht auf der Strecke

bleiben dürfen“, gleichzeitig räumte er aber ein, dass es nicht leicht werden wird, die aktuell bedrohliche Situation einer Verteilung der Mittel rein nach der Volkszahl oder gar dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel (aBS) abzuwenden, da man als Tourismusgemeinde gerne einmal mit dem Vorurteil „Es trifft ja keine Armen“ konfrontiert ist. Die aktuelle Verhandlungssituation rund um die Regelung ab 2012 ist mehr als nur verfahren. Auf der einen Seite wird eine gemeindeweise Erhebung von

... auf der anderen Seite sperrt sich der Österreichische Städtebund gegen eine weitere und deutlichere Einbeziehung der Nächtigungszahl in den Verteilungsschlüssel, falls man ohne eine Umsatzerhebung auskommen muss.

Getränkeumsätzen nach wie vor von BMF und Wirtschaftskammer blockiert und auf der anderen Seite sperrt sich der Österreichische Städtebund gegen eine weitere und deutlichere Einbeziehung der Nächtigungszahl in den Verteilungsschlüssel, falls man ohne eine Umsatzerhebung auskommen muss. Dazu kommt, dass es im Falle einer Nichteinigung auf einen neuen Verteilungsmodus für viele ländliche und touristische Gemeinden zu verheerenden finanziellen Auswirkungen käme, da das Finanz-



Konrad Gschwandtner, Bakk. BA, ist Jurist beim Österreichischen Gemeindebund in der Abteilung Recht und Internationales

ausgleichsgesetz in diesem Fall ab 1. 1. 2012 eine Verteilung der Mittel auf die Gemeinden nach dem aBS vorsieht, welcher Gemeinden über 10.000 Einwohner klar bevorzugt. Dass die Gemeinden unter 10.000 EW und damit auch fast alle Tourismusgemeinden wesentlich stärker



Ohne Zweifel ist eine Verteilung der Mittel des Getränkesteuerausgleichs anhand der heutigen Getränkeumsätze die gerechteste Variante.

Prof Dietmar Pilz über das Problem, dass allein die Volkszahl ... die Situation der Tourismusgemeinden nicht annähernd abbilden kann

von den Auswirkungen jeglicher Neuregelung betroffen sind als die Städte, zeigen auch die Tatsachen, dass rund 89 Prozent aller Nächtigungen in Gemeinden unter 10.000 EW stattfinden und dass knapp 2/3 der Mittel des Getränkeabgabensatzes (ohne Wien) an die kleinen und mittleren Gemeinden fließen. In Tirol sind dies 76,02 Prozent und im Burgenland gar 91,11 Prozent des jeweiligen Landestopfes an Getränkesteuerausgleichsmitteln, den weitaus niedrigsten Wert weisen hierbei die kleinen und mittleren Gemeinden Vorarlbergs auf, auf die rund 51,35 Prozent entfallen. Durch die Einbeziehung der Nächtigungszahlen in die Verteilung der Töpfe von Tirol, Salzburg, Kärnten und Vorarlberg konnten die trotz eines Verlustdeckels enormen Mindereinnahmen der Tourismusgemeinden abgedeckt werden. In den kommenden Jahren wird sich die Neuregelung aber mehr und mehr vom alten Verteilungsschlüssel entfernen, und daher sind sowohl eine stärkere Gewichtung der Nächtigungszahl in diesen vier wesentlichen Tourismusländern (siehe Tabelle „Nächtigung“) als auch eine moderate Berücksichtigung von Nächtigungen in den anderen vier Bundesländern notwendig. Die Stadt Wien ist naturgemäß von all dem nicht betroffen, da hier keine Unterverteilung erfolgt. Prof. Pilz erörterte im Rahmen der Ausschusssitzung, dass sich

die einstmaligen großen Einnahmen aus der gemeindeeigenen Getränkeabgabe durch deren Abschaffung in eine ebenso große Abhängigkeit von den Einnahmen aus dem Getränkesteuerausgleich verwandelt haben. „Es wundert mich nicht, dass im Städtebund laut über eine neue

Alkoholabgabe nachgedacht wird“, so Dietmar Pilz. Diese Abhängigkeit der Tourismusgemeinden vom Ersatz für die damalige Getränkesteuer lässt sich am besten an den damaligen Pro-Kopf Abgabebeständen oder dem heutigen Anteil des Getränkesteuer-

ausgleichs an den Ertragsanteilen, wie dies in der Tabelle „Bedeutung des Getränkesteuerausgleichs ...“ erfolgt ist, verdeutlichen. Diese Grafik zeigt auch die finanziellen Auswirkungen im Zeitraum 2012 bis 2014 auf verschiedene Gemeinden, falls die 2011er Verteilung (inklusive des jährlich ansteigenden Verlustdeckels), wie vom Städtebund momentan gefordert, ohne Einbeziehung der Nächtigungszahl erfolgen würde.

Durch die Koppelung der Mittel des Getränkesteuerausgleichs an die Dynamik der Umsatzsteuer, würden ohne das genannte VfGH-Erkenntnis die Anteile aller Gemeinden jährlich um rund vier Prozent wachsen. Hat etwa die Gemeinde Zell am See im Jahr 2010 noch rund 1,6 Millionen Euro an Getränkesteuerausgleich erhalten, hätte sie nach der alten Rechtslage 2014 bereits mit etwas über 1,85 Millionen rechnen können. Durch die vom VfGH auferlegte Neuregelung erfolgt nun eine Umverteilung zwischen den Gemeinden innerhalb der Bundesländer, aufgrund des 2011 bereits einbezogenen Bevölkerungsschlüssels naturgemäß hin zu den Ballungszentren. Da der

Bund keine neuen Mittel bereitstellen wird, wird es also kleine und große Verlierer, aber auch kleine und große Gewinner geben.

## Gerechte Verteilung durch Erhebung von Getränkeumsätzen

„Die Volkszahl oder gar der abgestufte Bevölkerungsschlüssel können aber die Situation der Tourismusgemeinden nicht annähernd abbilden“, so Dietmar Pilz. Sonstige valide und gemeindeweise verfügbare Parameter über die Nächtigungszahl hinaus liegen jedoch nicht vor und müssten erhoben werden, aber „ohne Zweifel ist eine Verteilung der Mittel des Getränkesteuerausgleichs anhand der heutigen Getränkeumsätze die gerechteste Variante“, so Dietmar Pilz, doch eine Erhebung dieser Umsätze scheitert gegenwärtig am massiven Widerstand von BMF und Wirtschaftskammer. Während die WKO-Vertreter von Gastronomie und Hotellerie sowie die wesentlichen Lebensmittelketten einer Umsatzerhebung positiv gegenüber stehen, wiesen die Vertreter der WKO-Sparte Handel in Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden jegliche Verantwortung der Wirtschaft für „das Problem der Gemeinden“ von sich. Dass stabile Gemeindefinanzen auch eine essentielle Standortfrage für die lokalen Betriebe darstellen, wurde vom Spartenobmann Dr. Fritz Aichinger mit dem Hinweis „Ich kann den Unternehmen keine zusätzlichen Bürden auferlegen“ vom Tisch gewischt, obwohl der Österreichische Gemeindebund bereits signalisiert hat, dass eine solche Erhebung lediglich einmal pro FAG-Periode (also nur alle vier bis sechs Jahre) und so verwaltungsschonend wie möglich stattfinden soll. Beispiels-

weise ist statt einer Erhebung von Umsatzzahlen

Falls eine Verteilung nach aktuellen Umsätzen nicht möglich ist, muss die Nächtigungszahl weiterhin in der Verteilung enthalten sein.

Ludwig Muxel, Vorsitzender des Tourismusausschusses



auch eine Meldung des Wareneinsatzes denkbar, auf den ein durchschnittlicher Rohaufschlag einer Branche



Tabelle 1: Nchtigungen in den Gemeinden ohne Wien<sup>1)</sup> 2009

	Nächt./Kopf	Einwohner	Nchtigungen	Anteil an Ncht.
Tirol	60,97	704.920	42.981.685	37,884%
Sbg.	44,88	528.957	23.739.363	20,924%
Ktn	22,80	559.296	12.749.206	11,237%
Vbg.	22,02	368.081	8.106.278	7,145%
Bgld	9,72	283.806	2.758.285	2,431%
Stmk.	8,70	1.207.414	10.502.331	9,257%
OÖ	4,65	1.410.622	6.563.663	5,785%
NÖ	3,77	1.607.542	6.056.499	5,338%
Gmdn. o.W.	17,01	6.670.638	113.457.310	100,000%

<sup>1)</sup> In Wien betrug die Nchtigunzszahl 2009 rund 9,8 Mio.

Tabelle 2: Bedeutung des Getränkesteuerenausgleichs für die Tourismusgemeinden

Ranking <sup>1)</sup>	Einwohner	Nchtigungen 2009 pro Kopf	Anteil GetrStA an EA 2010	Getränkeabgabe 1998 pro Kopf	GetrStA 2010 pro Kopf	Verlust/Gewinn <sup>2)</sup> 2012-2014 pro Kopf	
1	Tweng	288	1.437	68,3%	€ 1.420	€ 1.323	-€ 238
2	Warth	179	847	59,7%	€ 933	€ 948	-€ 170
3	Ischlg	1.564	909	58,2%	€ 1.160	€ 846	-€ 152
4	Lech	1.642	612	55,8%	€ 950	€ 797	-€ 144
5	Untertauern	472	1.204	52,7%	€ 926	€ 710	-€ 128
6	Saalbach-Hinterglemm	2.884	671	51,3%	€ 558	€ 648	-€ 117
7	Sölden	3.369	661	49,8%	€ 855	€ 617	-€ 111
8	Serfaus	1.104	939	45,1%	€ 564	€ 515	-€ 93
9	Gerlos	784	768	42,4%	€ 524	€ 454	-€ 87
10	St. Anton am Arlberg	2.550	411	41,5%	€ 549	€ 434	-€ 78
100	Werfenweng	895	217	17,4%	€ 156	€ 138	-€ 23
694	Bregenz	27.377	11	6,7%	€ 71	€ 66	€ 11
698	Klagenfurt	93.844	4	6,7%	€ 67	€ 65	€ 25
787	Innsbruck	119.026	10	6,3%	€ 78	€ 70	€ 43

<sup>1)</sup> Gemäß dem Anteil des Getränkesteuerenausgleichs 2010 an den Ertragsanteilen 2010 (Prozentsatz siehe Spalte 5)

<sup>2)</sup> Auswirkung der Neuregelung 2012-2014 gemäß Verhandlungsstand (keine Berücksichtigung von Nchtigungen) mit dem Städtebund.

angewendet wird. Zusätzlich können etwa die Pauschalierer gem. § 17 Einkommensteuergesetz oder Betriebe mit unbedeutenden Getränkeumsätzen ausgenommen werden. Etwas diffiziler formuliert das BMF seine ablehnende Haltung betreffend die Umsatzerhebung. Das Finanzministerium hat zugesagt, einer verfassungskonformen Einigung der kommunalen Spitzenverbände beizutreten. Erst nach dem Vorschlag des Gemeindebundes, aktuelle Getränkeumsätze für die Verteilung zu erheben, kam vom BMF der Zusatz, dass dem Ressort dadurch kein Verwaltungsmehraufwand entstehen darf. Unter FAG-Partnern eine solche Position einzunehmen, ohne sich über die konkreten Mehrausgaben ernsthaft Gedanken zu machen und allenfalls eine Abgeltung des aus Sicht des Gemeindebundes geringen Mehraufwands zu fordern, darf als eher untypisch angesehen werden. Der kritische Beobachter könnte in die Versuchung kommen zu glauben, dass es sich dabei ebenso wie beim

Argument, dass das 2006 von der Bundesregierung gestartete E-Government-Projekt „Verwaltungskosten senken für Unternehmen“ durch eine Verpflichtung von Unternehmen, einzelne Umsatzzahlen zu melden, konkretisiert werden könnte, um eine vielleicht zu wirtschaftsfreundliche Position handelt. Ohne Zweifel wäre es notwendig, einen gewissen Mehraufwand für die Bereitstellung der elektronischen Übermittlung (Finanzonline) und Verarbeitung der Umsatzdaten in Kauf zu nehmen, ob es wirklich notwendig wäre, die gesamte Abgabenprüfungsmaschinerie des Finanzressorts zur Validierung der dann gemeldeten Daten anzuwenden, ist eine Frage, die das BMF den Gemeinden noch nicht hinreichend beantwortet hat. Aus dem Bereich der lohnabhängigen Abgaben weiß man jedoch, dass eine lediglich stichprobenartige Prüfung von Betrieben als ausreichend erachtet wird. Dem folgend, sollte sich auch der Kontrollaufwand der gemeldeten Umsatzzahlen in Grenzen halten.

Ob eine Umsatzerhebung für die künftige Verteilung der Mittel, welche gleichzeitig auch die verfassungsrechtlichen Bedenken des VfGH beseitigen könnte, kommen wird, kann derzeit nicht beantwortet werden. „Falls eine Verteilung nach aktuellen Umsätzen nicht möglich ist, muss die Nchtigunzszahl weiterhin in der Verteilung enthalten sein“, so Ludwig Muxel, Vorsitzender des Tourismusauschusses. Jedenfalls wird der Österreichische Gemeindebund den FAG-Partner Bund nötigenfalls daran erinnern, seine Zusage, dass der Getränkesteuerenausgleich auch weiterhin erhalten bleibt, einzuhalten und sich nicht aus der vorhandenen legislativen Verantwortung für die wirtschaftliche Stabilität der Gemeinden zurückzuziehen. Die nächsten Wochen werden nicht nur ein Erkenntnis des VfGH, sondern müssen auch eine FAG-Regelung für die Zeit ab dem 1. 1. 2012 bringen. Ob die Gemeinden dabei von Bund und Wirtschaftskammer unterstützt werden, wird sich weisen.

Gebührenerhöhung in Wien: Vergleichbar mit anderen Gemeinden?

# Ist ein Preisstopp bei Gebühren gerechtfertigt?

Die beabsichtigte Gebührenerhöhung der Stadt Wien führte in den vergangenen Wochen zu einer heftigen medialen Diskussion. Für eine besondere Auseinandersetzung sorgte der Umstand, dass die Erhöhung bei den Wassergebühren letztlich 33 Prozent ausmachen würde.

Walter Leiss

Die Erhöhung wird im Wesentlichen mit der Notwendigkeit weiterer Investitionen in die Infrastruktur begründet, wobei sich die Situation in Wien insbesondere von anderen Bundesländern dadurch unterscheidet, dass im Wiener Landesrecht

Die Gemeinden sind ermächtigt, Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen auszuschreiben, die für Zwecke der öffentlichen Verwaltung betrieben werden.

eine sogenannte Valorisierung vorgesehen ist, wonach Gebühren bei Überschreiten eines bestimmten Index automatisch anzupassen sind. Gerade bei den Wassergebühren wurden jedoch die Indexanpassungen in den vergangenen Jahren ausgesetzt, was eigentlich zur Folge hätte, dass nunmehr die Gebühren, um eine Indexanpassung auf Basis 1995 zu erzielen, um 39 Prozent beim Wasser angehoben werden müssten. Diese volle Anpassung soll jedoch nicht vorgenommen werden, sondern eine Anpassung um die zitierten 33 Prozent.

Neben der politischen Diskussion, die daraufhin in Wien entbrannt ist, wurden allerdings auch Stimmen wie die von Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl laut, der fordert, in Österreich bis Ende 2012 auf Gebührenerhöhungen zu ver-

zichten. Der öffentliche Bereich müsse hier angesichts der gegenwärtig hohen Inflation von 3,5 Prozent als positives Beispiel voranschreiten, erklärte Präsident Leitl.

Was bedeutet dies nun für viele Gemeinden, die in der Vergangenheit oftmals mit der Notwendigkeit von Gebührenerhöhungen konfrontiert waren und sicherlich auch im kommenden Herbst sein werden?

Dass eine Gebührenerhöhung nicht zu jenen Themen gehört, die in einer Gemeinde gerne behandelt werden, liegt wohl auf der Hand. Bei keiner Gebietskörperschaft führen Erhöhungen von Gebühren oder Steuern zu so einer Unmittelbarkeit zwischen Bürger und politischen Verantwortungsträgern wie bei den Gemeinden. Auf Gemeindeebene ist die vielfach geforderte Einnahmen- und Ausgabenverantwortung am Stärksten ausgeprägt. Obwohl es immer eine Gebührenanpassung und Erhöhung gegeben hat, waren gerade auch die letzten Jahre besonders dadurch gekennzeichnet, dass viele Gemeinden auf Grund ihrer Finanzlage gezwungen waren kostendeckende Gebührenhaushalte zu führen, weil Zuschüsse aus Eigenmitteln der Gemeinde nicht mehr möglich waren. Dies hat logischerweise zu Gebührenerhöhungen geführt. Auch seitens der Aufsichtsbehörden wurde immer darauf gedrängt und in den letzten Jahren verstärkt darauf geachtet, dass die Gemeinden

eine Kostendeckung bei ihren Gebührenhaushalten erzielen.

## Rechtlichen Grundlagen und wofür Gebühren eingehoben werden

Die Gemeinden sind im Finanzausgleichsgesetz ermächtigt, Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen auszuschreiben, die für Zwecke der öffentlichen Verwaltung betrieben werden, mit Ausnahme von Wege- und Brückenmauten, und zwar bis zu einem Ausmaß, bei dem der mutmaßliche Jahresertrag der Gebühren das Doppelte des Jahreserfordernis für die Erhaltung und den Betrieb der Einrichtung oder Anlage sowie für die Verzinsung und die Tilgung der Einrichtungskosten unter Berücksichtigung einer der Art der Einrichtung oder Anlage entsprechenden Lebensdauer nicht übersteigt. Im Wesentlichen werden solche Gebühren von den Gemeinden für Einrichtungen der Daseinsvorsorge eingehoben. Darunter werden Einrichtungen wie die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung, die Abfallentsorgung und der Betrieb eines Friedhofes umfasst. Für diese Einrichtungen werden von den Gemeinden Gebühren eingehoben. Die Berechnung der Gebühren richtet sich nach den landesgesetzlichen Vorschriften.

Bei den landesgesetzlichen Regelungen war beziehungsweise ist einerseits auf die finanzausgleichsgesetzliche Ermächtigung und auf das vom Verfassungsgerichtshof entwickelte Äquivalenzprinzip Rücksicht zu nehmen. Dies bedeutet vereinfacht ausgedrückt, dass für Gebühren das Prinzip einer Gegenleistung für die Gebühr, der Zweckbindung des Ertrages und der



Hofrat Dr. Walter Leiss ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes





Die Stadtgemeinde Wien erzielte in den Jahren 2005 bis 2007 einen Überschuss aus den Gebührenhaushalten, allein beim Kanal in der Höhe von 95,54 Millionen Euro, aber es ist festzuhalten, dass die Gebührensituation in Wien keinesfalls mit den Gebührenhaushalten in den anderen Gemeinden vergleichbar ist.

Kostendeckung gilt. Das Prinzip der Kostendeckung beziehungsweise das Prinzip, dass die Gemeinde aus dem Ertrag der Gebühren keinen Gewinn erzielen darf, wurde durch das Finanzausgleichsgesetz 1997 dahingehend geändert, dass die Gemeinden ermächtigt sind, Gebühren bis zum Doppelten des Jahresaufwandes einzuheben. Die Änderung der finanzausgleichsrechtlichen Ermächtigung im § 15 Abs. 3 Zf. 5 FAG 1997 bedeutet nach Auffassung des Verfassungsgerichtshofes, dass das freie Beschlussrecht der Gemeinden im Bereich der Benützungsgebühren, das im Finanzausgleichsrecht der 1. Republik sukzessive eingeschränkt worden war, wieder ausgedehnt wurde: Benützungsgebühren dürfen nunmehr nicht nur bis zum einfachen Jahreserfordernis, sondern – ohne landesgesetzliche Ermächtigung – bis zum doppelten Jahreserfordernis durch selbstständige Verordnung der Gemeinde ausgeschrieben werden. Der Verfassungsgerichtshof versteht dies allerdings so, dass den Gemeinden keineswegs die Ermächtigung erteilt wird, den Benützern von Gemeindeeinrichtungen nunmehr neben der Anlastung der vollen Kosten der Gemeindeeinrichtung im Sinne des Äquivalenzprinzips zusätzlich noch eine Steuer (im finanzwissenschaftlichen Verständnis) in maximal gleicher Höhe aufzulegen. Die Ermächtigung muss so verstanden werden, dass ihre Ausschöpfung nur aus Gründen in Betracht kommt, die mit der betreffenden Einrichtung in ei-

nem inneren Zusammenhang stehen (VfGH vom 10. 10. 2001, B 260/01). Im Ergebnis bedeutet dies, dass durch das FAG 1997 das Äquivalenzprinzip gelockert bzw. die Ermächtigung für die Gemeinden, Gebühren einzuheben, erweitert wurde, jedoch die Ermächtigung nicht so weit geht, dass die Gemeinden zur Einhebung einer neuen Steuer ermächtigt wurden. Die Ermächtigung muss so verstanden werden, dass ihre Ausschöpfung nur aus Gründen in Betracht kommt, die mit der betreffenden Einrichtung in einem inneren Zusammenhang stehen. Die Auswirkungen davon sind, dass die Gemeinden bei der Gebührenkalkulation mehr Gestaltungsspielraum haben.

### Wien ist anders

Anders als in der Stadt Wien, die Anlass für die gegenständliche Diskussion ist, haben viele Gemeinden damit zu kämpfen, eine Kostendeckung bei den Gebühren für die jeweiligen Einrichtungen erzielen zu können. Ein wenig anders stellt sich die Situation in der Stadtgemeinde Wien dar. Wie der Rechnungshof in einem Bericht im Jahre 2010, Reihe Wien 2010/2, festgestellt hat, erzielte die Stadtgemeinde Wien in den Jahren 2005 bis 2007 Überschuss aus den Gebührenhaushalten, beim Kanal

Die Gemeinden sind ermächtigt, Gebühren bis zum Doppelten des Jahresaufwandes einzuheben.

Finanzausgleichsgesetz 1997

in der Höhe von 95,54 Millionen Euro, bei den Wasserwerken in der Höhe von 191,07 Millionen und im Bereich der Abfallwirtschaft in der Höhe von 101,68 Millionen Euro. Zweckgebundene Rücklagen für künftige Investitionen wurden nicht gebildet. Es soll an dieser Stelle nicht untersucht werden, ob die Gebührenkalkulation der Stadt Wien der FAG-Ermächtigung entsprechend vorgenommen wurde und die nunmehr vorgesehene Gebührenerhöhung gerechtfertigt ist oder nicht.

Jedenfalls ist festzuhalten, dass die Gebührensituation in Wien keinesfalls mit den Gebührenhaushalten in den anderen Gemeinden vergleichbar ist. Überwiegend stehen die Gemeinden vor der Problematik, einen ausgeglichenen Gebührenhaushalt zu führen, somit kostendeckende Gebühren einzuheben. Kostendeckende Gebühren sind auch erforderlich, damit die Gemeinden notwendige weitere Infrastrukturprojekte, aber auch Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in Angriff nehmen können. Die positiven Auswirkungen auch für die loka-

Ein Preisstopp für Gebühren ist abzulehnen, da die Gemeinden mit den Gebühren die Kosten abdecken, die ihnen aus der Errichtung und dem Betrieb (kommunaler Einrichtungen) erwachsen.

le Wirtschaft seien nur am Rande erwähnt. Dementsprechend wird auch von der WKÖ Fachverband Steine-Keramik in einem Positionspapier – natürlich in größerem Umfang – auf die Bedeutung und Wichtigkeit von Infrastrukturprojekten hingewiesen.

Insofern ist auch das Verlangen eines Preisstopps für Gebühren abzulehnen, da die Gemeinden mit den Gebühren die Kosten abdecken, die ihnen aus der Errichtung und dem Betrieb dieser Einrichtungen erwachsen. Diese Einnahmen sind auch erforderlich, damit die Einrichtungen auf dem hohen Niveau gehalten werden können, das der Bürger in diesen Bereichen erwartet.



Stabilitätspakt: Neue Meldepflichten für Gemeinden

# Bei Nicht-Erfüllung droht auch eine „angemessene Sanktion“

Mit dem im Frühjahr zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vereinbarten Österreichischen Stabilitätspakts 2011 (ÖStP 2011), welcher nach bundes- und landesgesetzlicher Umsetzung mit 1. Jänner 2011 rückwirkend in Kraft treten wird, sind einige zusätzliche Meldepflichtungen und Neuerungen für Gemeinden verbunden.

Geltungszeitraum des Stabilitätspakts ist im Allgemeinen jener des Finanzausgleichs, welcher jüngst bis Ende 2014 verlängert wurde. In den Jahren 2011 bis 2014 müssen die Gemeinden gemäß ÖStP 2011 nunmehr jährlich (und nicht mehr durchschnittlich über die Laufzeit) betrachtet, länderweise ausgeglichene Maastricht-Ergebnisse erbringen. Nunmehr ist nicht mehr nur die Nicht-Erfüllung der Maastricht-Ziele mit finanziellen Sanktionen verbunden, sondern es können auch für Gemeinden (durch das Landeskoordinationskomitee) im Falle schuldhafter Verletzung von Informationspflichten „angemesse-

Bereits in der Beilage zu den aktuellen Rechnungsabschlüssen 2011 sind alle Haftungen der Gemeinden und deren Unternehmen in voller Höhe anzugeben.

ne“, gegebenenfalls also auch finanzielle Sanktionen vorgesehen werden. Im Falle des Bundes und der Länder wurde im ÖStP eine finanzielle Sanktion bei Informationspflichten in Höhe von 0,1 Euro pro Einwohner (aber

maximal 100.000 Euro) normiert.

► Ab 2012 sind von den Gemeinden jährlich gemäß der Anlage 1 des ÖStP (teilweise optional, teilweise verpflichtend) voraussichtlich im Frühjahr Personaldaten an die Länder zu übermitteln, welche diese dann landesweise aggregiert bis 30. Juni an die Statistik Austria weiterzuleiten haben.

► Ebenfalls ab 2012 haben die Gemeinden ihre mittelfristige Haushaltsplanung gemäß der in Anlage 2 des ÖStP standardisierten Form an die Landeskoordinationskomitees zu übermitteln. Die Erläuterungen zu Artikel 7 des ÖStP besagen, dass auch die Planungsdaten der Gemeinden um die außerbudgetären Einheiten zu ergänzen sind und in diesen ist auch eine Muster-Überleitungstabelle zum ESG-Ergebnis inklusive den außerbudgetären Einheiten als Vorschlag, in welcher Form diese Daten künftig dem Budget beizulegen sind, enthalten. Die durch die Landeskoordinationskomitees spätestens am 30. Juni an das Österreichische Koordinationskomitee zu übermittelnden Daten umfassen den aktuellen Rechnungsabschluss und Voranschlag der Ge-

meinde sowie die Grobplanungen für die drei auf den aktuellen VA folgenden Jahre; spätestens mit den VA 2014 sind auch Grobplanungsdaten für das vierte Folgejahr des aktuellen Voranschlags zu liefern.

► Mit Inkrafttreten des ÖStP (nach Ratifizierung durch alle Landesgesetzgeber rückwirkend mit 1. Jänner 2011) sind innerhalb von zwei Monaten (ab Eintragung im Firmenbuch bzw. in Fällen ohne Firmenbuch innerhalb von acht Wochen ab der Aufnahme der operativen Tätigkeit) neu gegründete institutionelle Einheiten an die Bundesanstalt Statistik Österreich zu melden. Betreffend die Zuordnung zum Sektor Staat, für die es meist einer Einzelfallprüfung bedarf, wird in den kommenden Ausgaben nach Erhalt weiterführender gemeindespezifischer Erläuterungen von der Statistik Österreich informiert werden. Zu Redaktionsschluss laufen aktuell Gespräche und Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung der künftigen Haftungsobergrenzen (eingegangene Bürgschaften, Garantien, Patronatserklärungen) für Gemeinden samt den im ÖStP vorgesehenen Risikovorsorgen, die durch den jeweiligen Landesgesetzgeber festzulegen sind sowie einzelne weitere offene Themen. Jedenfalls ist schon jetzt insbesondere hinsichtlich dieser nun dargestellten Informationsverpflichtungen der Gemeinden eine genauere Auseinandersetzung mit diesem neuen Österreichischen Stabilitätspakt 2011 zu empfehlen.



## Verwaltungsgerichtshof-Judikatur zur Bürgermeisterhaftung

# Strafe wegen nicht geeichter Wasserzähler

Nur wirksame und begleitende Kontrollsysteme sowie klare Verantwortlichkeiten entbinden den Bürgermeister von der verwaltungsstrafrechtlichen Verantwortung nach dem Maß- und Eichgesetz.

Im Rahmen der vom Österreichischen Gemeindebund ins Leben gerufenen Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft fand im vergangenen Jahr ein Symposium zur Frage der Haftung von Bürgermeistern und Gemeindevandataren statt. Zahlreiche Fälle illustrieren, dass die kommunalen Organe wegen ihrer vielfältigen Zuständigkeiten ein hohes Maß an Verantwortung trifft. Wir erinnern uns nur zu gut an mögliche zivilrechtliche, strafrechtliche und verwaltungsstrafrechtliche Haftungen, die Bürgermeister, aber auch deren Stellvertreter treffen können. Plakatives Beispiel war vor nicht allzu langer Zeit der Brückenzusturz eines Touristen und die daraus folgende Weghalterhaftung eines kommunalen Entscheidungsträgers (*KOMMUNAL berichtet*). Erst vor kurzem kam es wieder zu einer höchstgerichtlichen Entscheidung in einem verwaltungsstrafrechtlichen Kontext. Sie endete zwar für den betroffenen Bürgermeister nachteilig, soll aber für viele Amtskolleginnen und -kollegen als lehrreiches Beispiel dienen, vor allem, um innerhalb der Gemeinde entsprechende Qualitätsmaßnahmen zu setzen beziehungsweise



Da im konkreten Fall kein verantwortlicher Beauftragter bestellt wurde, bestätigte das Höchstgericht, dass der Bürgermeister als verwaltungsstrafrechtlich Verantwortlicher für die Einhaltung der Vorschriften des Maß- und Eichgesetzes haftet.

Kontrollstrukturen zu schaffen, die eine mögliche Haftung der Ortschefs auf ein Minimum reduzieren können.

## Formalitäten fehlten

Anlass für die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 22. Juni 2011 war ein Bescheid, nach dem es ein Bürgermeister einer Marktgemeinde zu verantworten hatte, dass zwei im Versorgungsnetz der Gemeindevasserversorgungsanlage verwendete Wasserzähler die Eichfrist überschritten hatten beziehungsweise seit knapp einem beziehungsweise zwei Jahren zu tauschen gewesen wären.

Es wurde zwar nachgewiesen, dass eine laufende Nacheichung beziehungsweise ein Tausch der Wasserzähler durch Bedienstete der Gemeinde erfolgen, jedoch keine formale Beauftragung einer Person erfolgte und es auch kein schriftliches Organigramm über die Verantwortlichkeiten gebe. Die Arbeitsabläufe für den Zählertausch seien Routine gewesen und wären daher auch nicht besonders kontrolliert worden. Da im konkreten Fall kein verantwortlicher Beauftragter bestellt wurde, bestätigte das Höchstgericht, dass der Bürger-

meister als verwaltungsstrafrechtlich Verantwortlicher für die Einhaltung der Vorschriften des Maß- und Eichgesetzes haftet.

Auch die Tatsache, dass es sich um sehr verlässliche Mitarbeiter handle, entbindet den Bürgermeister nicht von seiner Kontrollpflicht. Die lediglich mündliche Beauftragung eines Mitar-

Auch die Tatsache, dass es sich (bei den mit dem Tausch befassten, Anm.) um sehr verlässliche Mitarbeiter handle, entbindet den Bürgermeister nicht von seiner Kontrollpflicht.

beiters und ein jahrelang eingespieltes, aber nicht schriftlich vorliegendes Organigramm sei zu wenig. Denn nach der ständigen Rechtsprechung des VwGH kann von einem fehlenden Verschulden nach § 5 Abs 1 VStG nur dann ausgegangen werden, wenn der Bürgermeister in der Gemeinde ein wirksames begleitendes Kontrollsystem eingerichtet hätte. Nur ein solches System, in welchem nachvollziehbare Kontrollen darlegbar sind, hätte den Bürgermeister von seiner Verantwortung befreit. (VwGH vom 22. Juni 2011, Zl. 2009/040152)

Was Barcelona mit der Betreuung österreichischer Kinder zu tun hat

# Es geht um die Quadratur des Betreuungskreises

Anfang August wurde dem Österreichischen Gemeindebund ein Entwurf einer Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots zur Begutachtung und Stellungnahme übermittelt.

Nicolaus Drimmel

Leitende Idee dieser Vereinbarung ist der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen im Sinne des so genannten Barcelona-Zieles. Im Rahmen der Europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie einigten sich die EU-Mitgliedstaaten im März 2002 unter anderem darauf, „Hemmnisse zu beseitigen, die Frauen an einer Beteiligung am Erwerbsleben abhalten und bestrebt zu sein, nach Maßgabe der Nachfrage nach Kinderbetreuungseinrichtungen und im Einklang mit den einzelstaatlichen Vorgaben für das Versorgungsangebot bis 2010 für min-

Stärkung der Lebensqualität, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit sind globale Überlebensstrategien, die auch für die kleinsten Regionen und lokalen Einheiten nachvollziehbar sind.

destens 90 Prozent der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für mindestens 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen.“ Ein Bericht der Kommission legte schon 2008 dar, dass zahlreiche EU-Länder diese Ziele nicht erreichen werden. In Österreich wurde das Ziel bei den älteren Kindern schon 2009 erreicht, die Quote liegt aktuell bei 93,4 Prozent. Die Betreuungsquote für die Kinder unter drei Jahren liegt nach Informa-

tionen des Familienressorts bei 19 Prozent.

Hier sieht der Bund also Handlungsbedarf, indem er ein Kofinanzierungsmodell über Zweckzuschüsse für Länder und Gemeinden vorlegt, das letztlich die Länder über einen Vertrag gemäß 15a B-VG verpflichtet, zusätzliche Kinderbetreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen. Der Bund beabsichtigt, dafür bis zum Jahr 2014 insgesamt 55 Millionen Euro flüssig zu machen. Freilich ist das nur die eine Seite der Medaille, die übrigen Mittel müssen naturgemäß von den Ländern und Gemeinden aufgewendet werden, und letztere können nicht einmal Vertragspartner der entworfenen Vereinbarung sein.

Wieder einmal muss kritisch gefragt werden, ob sich das Rechtsinstitut 15a-Vertrag für Themen und Kompetenzen eignen kann, wenn diese ureigen in den Gemeinden verankert sind. Und außerdem drängt sich die Frage auf, ob Österreich sich undifferenziert auf Quoten einlassen will, obwohl die Einhaltung des Barcelona-Zieles durch die Maßgabe der Nachfrage und der einzelstaatlichen Vorgaben von selbst relativiert ist.

Das Barcelona-Ziel und die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie sind Themen, die man grundsätzlich nicht kleinreden kann, Stärkung der Lebensqualität, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit sind globale

Überlebensstrategien, die auch für die kleinsten Regionen und lokalen Einheiten nachvollziehbar sind. Dennoch enthält auch der Barcelona-Text Zielkonflikte, die schwer vereinbar sind und die Mitgliedstaaten gleichsam zur Quadratur des Kreises zwingen, sollten sie ohne Rücksicht auf die örtliche Situation die Quoten erfüllen wollen.

Das Pferd wurde in Barcelona folgendermaßen aufgezäumt: Verstärkter und vorzeitiger Zugang von Frauen in das Erwerbsleben steigert das Wirtschaftswachstum, Beschäftigung von zusätzlichen Kinderbetreuerinnen ebenso. Der Zugang von Betreuungseinrichtungen muss erleichtert sein. Das heißt flächendeckend und zu finanziell akzeptablen Konditionen. Gleichzeitig muss die Qualität der Betreuung steigen. Also Qualität, die nichts kosten darf, damit das Wirtschaftswachstum angekurbelt wird. Das klingt ganz einfach für den Fall, dass jemand mit dem ganzen Geld vor der Haustür steht. Dies ist aber beim vorgeschlagenen Kofinanzierungsmodell nicht der Fall. Die Gemeinden fürchten zu recht, dass die Ausgaben die Fördermittel übersteigen würden.

## Teurer Betrieb auch ohne Notwendigkeit?

Der Österreichische Gemeindebund hat sich immer schon zu einem hochqualitativen und weitreichenden Angebot für Kinderbetreuung ausgesprochen, mit zunehmender Nachfrage der







Die Kommunen befürchten nicht zu Unrecht, mit der Quadratur des Kreises allein gelassen zu werden. Sie müssen teure Strukturen schaffen, deren Kosten sie weiter tragen müssen und nicht zur Gänze auf die Nutzer dieser Einrichtungen abwälzen werden können.

Krippenplätze in den letzten Jahren auch im Hinblick auf unter dreijährige Kinder. Die vorgelegte 15a-Vereinbarung sieht jedoch zwingende Kriterien und Verschärfungen vor, die den Trägern der Betreuung praktisch keine Wahl lassen, einen teuren Betrieb zu fahren, auch wenn dieser regional gar nicht beansprucht wird. Ein Beispiel aus dem Entwurf: Kindergärten gelten nach dieser Vereinbarung nur dann als „ganztägige Einrichtung“, wenn sie für Drei- bis Sechsjährige mindestens 47 Wochen im Jahr geöffnet sind; dieses Kriterium ist nicht akzeptabel, zumal dieses mit einer ganztägigen Öffnung nichts zu tun hat. Überdies schreibt dieselbe Vereinbarung für die halbtägigen Einrichtungen eine Mindestöffnungsdauer von 30 Wochen vor. Dieser Widerspruch entbehrt jeglicher sachlichen Rechtfertigung und stellt für viele Gemeinden eine viel zu große Hürde zur Inanspruchnahme der Mittel dar. In der 15a-Vereinbarung ist auch

vorgesehen, dass „die Vertragspartner übereinkommen, zur Sicherung der Betreuungsqualität in Kinderbetreuungsangeboten bundesweite Empfehlungen über Mindeststandards in der Kinderbetreuung zu erarbeiten“. Es liegt in der Kompetenz der Länder, qualitative Standards im Bereich der Kinderbetreuung zu definieren. Diese Kriterien werden auf Landesebene durchwegs konstruktiv mit den Gemeinden erarbeitet und nötigenfalls nachgeschärft.

### Gemeinden nicht „außen vor“ lassen

Die Gemeinden, die ja im Kinderbetreuungsbereich finanziell und organisatorisch Hauptverantwortung tragen, können nicht zulassen, dass über deren ureigenste Fragen andere Gebietskörperschaften verhandeln und Verträge abschließen. Die Festlegung von bundeseinheitlichen Mindeststandards in der Kinderbetreuung innerhalb dieses Entwurfes ist daher entbehrlich.

Mit dieser Vereinbarung entsteht der Eindruck, dass der Bund mit geringfügigen Mitteln möglichst viele Vorgaben zu machen versucht, welche bei den Gemeinden zu hohen Kosten führen. Der Österreichische Gemeindebund warnte daher im Begutachtungsverfahren davor, dass aufgrund der geringfügigen Investitionsförderung der neu zu

Der Gemeindebund appellierte an das zuständige Familienressort, eine entsprechende Änderung des Entwurfes vorzunehmen.

schaffenden Kinderbetreuungsplätze die Gemeinden den Großteil der Finanzierungskosten zu tragen haben werden und daher eine massive Kostenbelastung zu erwarten ist. Aus Sicht der Gemeinden müsste eine Förderung nicht nur auf die Schaffung neuer Betreuungsplätze gerichtet sein, sondern auch auf die Kosten, die sich aus der daran anschließenden laufenden Betreuung der Kinder ergeben. Nach dem vorliegenden Text und den bisherigen Erfahrungen wird sich der Bund jedoch in diesem Bereich nicht auf eine langfristige Förderschiene einlassen. Bei den Zweckzuschüssen des Bundes handelt es sich wie in anderen Bereichen zur Schaffung von Infrastruktur um eine Anstoßfinanzierung, die sich auf einen befristeten Zeitraum bezieht. Die Kommunen befürchten daher nicht zu Unrecht, hier mit der Quadratur des Kreises allein gelassen zu werden. Sie müssen teure Strukturen schaffen, deren Kosten sie weiter tragen müssen und nicht zur Gänze auf die Nutzer dieser Einrichtungen abwälzen werden können.

Es werden sogar schon Stimmen laut, dass dieser Schuss nach hinten losgeht, indem zur Vermeidung knebelnder Kriterien einfach keine Fördermittel angesprochen werden. Dies wäre für die grundsätzlich wohlgemeinten Zielsetzungen höchst kontraproduktiv. Der Gemeindebund appellierte daher an das zuständige Familienressort, eine entsprechende Änderung des Entwurfes vorzunehmen.



OReg.Rat Mag. Nicolaus Drimmel ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund und leitet die Abt. Recht und Internationales

1962 – Österreich wurde zum Vorreiter der kommunalen Selbstverwaltung

# Gemeindeautonomie: Auch heute mehr als ein Schlagwort

Lässt man die vergangenen Monate Revue passieren, stellt sich die Frage, welchen Stellenwert heute in der Bundes- und Landespolitik jene Gemeindeautonomie genießt, die vor knapp 50 Jahren in den Verfassungsrang erhoben wurde.

Martin Huber

Mit dem Beschluss eines Bundesverfassungsgesetzes über die Neuregelung der Grundsätze des Gemeinderechts hat der Nationalrat am 12. Juli 1962 ein bereits im Jahr 1925 gegebenes

anerkannte Henry Cravatte, Präsident des Rates der Gemeinden Europas, den damaligen Entschluss des Nationalrates. Auch ohne „Nostalgiebrille“: die Gemeindeverfassung Österreichs war für alle Staaten des westlichen Europa bahnbrechend.



Durch diese Tat hat sich die Republik Österreich ganz entschieden und mit weitem Abstand an die Spitze all jener europäischen Länder gesetzt ... (die um das) ... uralte Prinzip der gemeindlichen Selbstverwaltung bemüht sind.

Henry Cravatte, Präsident des Rates der Gemeinden Europas, zur Verfassungserhebung 1962

Nicht nur der Bund, auch die Länder standen ohne „Wenn und Aber“ hinter der Verwirklichung des Subsidiaritätsgrundsatzes. Der damalige steirische Landeshaupt-

mann Josef Krainer sen. hat im März 1963 den eigentlichen Kern der kommunalen Selbstverwaltung klar beschrieben: „Der föderalistische Staatsbegriff, der sich bisher nur auf das Verhältnis von Bund und Ländern bezog, schließt nunmehr auch die Gemeinden ein. Sie

Verfassungsversprechen eingelöst. Dem Verfassungsentwurf waren langwierige – auch harte – Diskussionen zwischen Bund, Ländern und den kommunalen Interessenvertretungen vorausgegangen, letztlich setzte sich aber die klare Überzeugung durch, dass nur eine gesicherte kommunale Selbstverwaltung das tragfähige Fundament unseres Staatswesens bilden kann. Ganz Europa blickte damals mit Hochachtung auf dieses kleine, aber beherrschte Österreich: „Durch diese Tat hat sich die Republik Österreich ganz entschieden und mit weitem Abstand an die Spitze all jener europäischen Länder gesetzt, die um die Entwicklung einer modernen, rechtsstaatlichen Ordnung auf dem uralten Prinzip der gemeindlichen Selbstverwaltung bemüht sind“,

Dieses Gesetz ist also auch ein Denkmal der Dankbarkeit.

Gemeindebund-Präsident Ernst Grundemann-Falkenberg bringt 1962 auf den Punkt, dass die Gemeindeverfassung mehr als ein „einfaches“ Verfassungsgesetz war



sind nicht nur territoriale Gliederungen der Länder, sondern befinden sich mit ihrer Selbstverwaltung, ihrer wirtschaftlichen Freiheit, ihrem selbständigen Verordnungsrecht, dem eingeschränkten Aufsichtsrecht des Bundes und der Länder, mit ihrem weisungsfreien eigenen, gewährleistetsten Wirkungsbereich zwar an der untersten, aber bedeutungsvollsten Stelle unseres demokratischen Staatsgefüges, unseres Bundesstaates.“ Seine damalige Aussage ist umso bemerkenswerter, als nach seiner Überzeugung der föderalistische Staatsbegriff, der sich bisher nur auf das Verhältnis zwischen Bund und Ländern bezog, nunmehr auch die Gemeinden mit einschließt. Graue Staatstheorie? Mitnichten!

## 50 Jahre später

Der Umgang des Bundes und der Länder mit der finanziellen und territorialen Souveränität aller Gemeinden zeigt deutlich, wo diese den Stellenwert unserer Städte und Gemeinden tatsächlich ansetzen: als Partner auf Augenhöhe, als variable „Planungsmasse“ oder überhaupt nur noch als wirtschaftliche „Blutkonserve“? Das Ergebnis einer solchen Betrachtung wird aus Gemeindesicht für die einzelnen Bundesländer unterschiedlich „schmeichelhaft“ ausfallen. Tatsache ist, dass knapp fünf Jahrzehnte nach der Gemeindeverfassungsnovelle 1962 bestimmte Trends zwischen Boden- und Neusiedlersee unübersehbar sind:

Die örtliche Raumplanung hat das „Attribut“ des „eigenen Wirkungsbereiches“ im Kern mangels eigener Gestaltungsmöglichkeit verloren; die Gemeinden sind vielmehr zu Vollzugsorganen der überörtlichen Planungs-



vorstellungen des Bundes und der Länder (beide wiederum selbst tw. europarechtlich „gebunden“) herabgestuft worden. Die mangelnden Entscheidungsmöglichkeiten in der „örtlichen“ Raumplanung stehen dabei leider beispielhaft für viele andere Aufgabengebiete des eigenen Wirkungsbereiches, die durch ein immer dichtereres bundes- und landesgesetzliches Normengeflecht überreguliert wurden und sich von echten „Wirkungs-“ zu reinen „Vollzugsbereichen“ entwickelt haben.

Die Negativbeispiele reichen von der Kinderbetreuung, dem Baurecht über den Sozialbereich, dem Vergaberecht bis hin zum Dienstrecht, um nur einige zu nennen. Viele Materienetze sind nur noch wenigen ausgewählten Spezialisten verständlich, der Vollzugsaufwand gerade für die kleinen und mittleren Gemeinden, in denen sich noch echte Universalisten – im besten Wortsinne – finden, enorm. Mit der wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Gemeinden steht und fällt die Gemeindeautonomie. Nur wer seine Aufgaben auch nachhaltig und aus eigener (Finanz-)Kraft finanzieren kann, kann deren Erfüllung gegenüber seiner Bevölkerung und seinen Betrieben auf Dauer gewährleisten. In vielen Bereichen stiegen in den letzten Jahren die Belastungen der Gemeinden aus Transfers und Umlagen doppelt so schnell wie die Einnahmen aus den Ertragsanteilen. Ergebnis: Die Zahl der Haushaltsausgleichsgemeinden schnellte nach oben, 2010 waren es mehr als jemals zuvor in der Geschichte der Zweiten Republik.

„Wer zahlt schafft an“ steht so zwar nicht in der Bundesverfassung, ein tragender Grundsatz einer soliden und funktionierenden Volkswirtschaft ist es allemal. Der Weg der letzten Jahre ging – entgegen aller Beteuerungen – genau in die andere Richtung. Eine Studie des KDZ hat nachgewiesen, dass zwischenzeitlich 50 Prozent der Steuereinnahmen durch Transfers umverteilt werden, immerhin eine Summe von stattlichen 41 Milliarden Euro. Gegen-tendenz? Nicht in Sicht. Die Erfolgsgeschichte der Öster-



Das parlamentarische Steno-Protokoll vom 12. 7. 1963, Seite 4606, oben rechts: „Berichterstatter Dr. Migsch: Hohes Haus! Ich habe den ehrenvollen Auftrag ...“ 27 Seiten später hieß es dann lapidar: „Ich bitte jene Frauen und Herren, die der vorliegenden Entschließung, die dem Ausschußbericht beige druck ist, ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Einstimmig angenommen.“

reichischen Gemeinden – allen Widrigkeiten zum Trotz ist es eine solche – ist untrennbar mit jenen Menschen verbunden, die dort Aufgaben und Verantwortung übernommen haben und übernehmen – in der Politik und in der Verwaltung. Das Personal der Kommunen ist nur zu 20 Prozent in der Verwaltung eingesetzt, 80 Prozent sind im Dienstleistungsbereich tätig, das heißt in der Pflege, in Kindergärten und Schulen, in der Trinkwasserversorgung, Straßenreinigung, Abwasserentsorgung und anderen Bereichen der Grundversorgung der Bürger. Das Vertrauen in die kommunale Politik ist höher als in alle anderen politischen Ebenen. Die Menschen verlassen sich auf ihre Bürgermeisterin und ihren Bürgermeister und ihre Gemeindefunktionäre – ähnlich hohes Vertrauen genießt lediglich der Bundespräsident.

Die Gemeinden ... befinden sich mit ihrer Selbstverwaltung, ... mit ihrem weisungsfreien eigenen, gewährleisteteten Wirkungsbereich zwar an der untersten, aber bedeutungsvollsten Stelle unseres demokratischen Staatsgefüges ...

Josef Krainer sen., Landeshauptmann der Steiermark, beschreibt im März 1963 den Kern der Selbstverwaltung



Dr. Martin Huber ist Landeschäftsführer des Salzburger Gemeindebundes und lehrt am Technikum Kärnten

Dennoch – die>Listenerstellung auf Gemeindeebene wird immer schwieriger, die Suche nach einem geeigneten Nachfolger für immer mehr Bürgermeister zu einer „Zitterpartie“. Ursache: ein kommunalpolitisches Amt zu übernehmen bedeutet viel Zeit zu opfern, beruflich und privat zurückzustecken, ein hohes persönliches Risiko – welches im übrigen jenes aller anderen politischen Ämter der Republik überschreitet – zu übernehmen und eine weitreichende wirtschaftliche und soziale Verantwortung zu tragen. Nochmals zurück ins Jahr 1962: NR-Abg. Ernst Grundemann-Falkenberg (geb. am 1. 8. 1903 in Reichenthal, gest. am 19. September 1987), Präsident des Österr. Gemeindebundes zwischen 1957 und 1970, brachte damals zum Ausdruck, dass es um deutlich mehr ging als um ein „einfaches“ Verfassungsgesetz: „Die Verwirklichung des Wunsches nach diesem Gesetz betrachten wir nicht nur als einen Akt notwendig gewordenen

Erfordernisses, sondern auch als Dank an die Gemeindevertreter Österreichs, die in härtester Zeit und unter Einsatz ihrer ganzen Person die Interessen der Bevölkerung vertraten und verteidigten, zu einer Zeit, als sie noch ganz allein auf sich gestellt von oben her kaum Unterstützung bekommen konnten. Dieses Gesetz ist also auch ein Denkmal der Dankbarkeit.“

Sich im Sinne eines Grundemann-Falkenberg den Wert dieser Selbstverwaltung, aber auch deren Bedrohungen heute klar vor Augen zu halten, hat nichts mit Nostalgie zu tun: Es geht um den Respekt vor unserer Geschichte und der Frage, wie wir die Herausforderungen der Zukunft beantworten werden.

EU-Förderungen werden an striktere Bedingungen geknüpft

# Auf einen heißen Sommer folgt ein heißer Herbst

Nicht nur der Sommer sorgte für Hitze, die Situation auf den Finanzmärkten und die Behebung der Eurokrise war ebenfalls verantwortlich für zahlreiche Schweißausbrüche bei den europäischen Entscheidungsträgern. Daneben gab es jede Menge Aktivität.

Daniela Fraiss

Obwohl die Griechenlandkrise andere Themen aus dem Blickfeld „fegt“, sollten sich EU-Institutionen und Mitgliedstaaten auch noch anderen Themen widmen – im Herbst steht die Vorlage der Vorschläge für die „großen“ Politikbereiche der EU nach 2013 an. Nachdem die EU-

Im Falle Österreichs kommen Investitionen in Energieeffizienz, erneuerbare Energie, Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mittelbetrieben sowie Innovation in Förder-Frage.

Kommission noch im Juni ihre Vorstellungen für den nächsten Mehrjahreshaushalt präsentiert, wartet man nun auf die Vorschläge für die EU-Regionalpolitik und die gemeinsame Agrarpolitik als größte Brocken des EU-Haushalts.

Zahlreiche Reformvorschläge sind bereits den Papieren zum mehrjährigen Finanzrahmen zu entnehmen, weshalb hier bereits ein Ausblick auf potenzielle Neuerungen gegeben werden kann, die in der Periode 2014 bis 2020 natürlich auch für die Gemeinden interessant sind.

## Partnerschaftsverträge

Ab 2014 sollen EU-Förderungen an noch striktere Bedingungen geknüpft werden. Die EU-Kommission plant, mit allen Mitgliedstaaten sogenannte Part-

nerschaftsverträge zu schließen, in welchen sich die Staaten verpflichten, die Ziele der EU-Strategie 2020 im Zusammenhang mit den jeweiligen nationalen Reformprogrammen zu erreichen. Die dafür zum Einsatz kommenden EU-Mittel werden jedoch nicht mit dem Gießkannenprinzip verteilt, sondern nur noch dann ausbezahlt, wenn die jeweiligen Projekte klaren Prioritäten folgen. Im Falle Österreichs kann man die zur Auswahl stehenden Prioritäten an einer Hand abzählen. In Frage kommen Investitionen in Energieeffizienz, erneuerbare Energie, Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mittelbetrieben sowie Innovation. Das liegt daran, dass alle österreichischen Bundesländer als Wettbewerbsfähigkeitsregionen einzustufen sind, lediglich das Burgenland könnte unter die neu zu schaffende Kategorie der Übergangsregionen fallen. Für diese Regionen gilt unisono, dass Förderungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) den oben genannten Prioritäten folgen müssen.

Die EU-Kommission möchte die Einhaltung der Partnerschaftsverträge auch kontrollieren, die Partner auf nationaler Ebene sollen sich verpflichten, regelmäßig nachprüfbar Ergebnisse zu liefern. Ob ein Vorbeischiessen an den erwünschten Zielen zu Kürzungen der Fördergelder führt,

steht allerdings noch nicht fest. Der Abschluss von Partnerschaftsverträgen geht übrigens auf eine Forderung des Ausschusses der Regionen zurück, der sich bereits im Herbst 2010 für den Abschluss von Territorialpakten zur Umsetzung der Strategie Europa 2020 ausgesprochen hat. Interessant in der Praxis wird vor allem, wie die Kommunen bzw. ihre Verbände in den Abschluss der Verträge bzw. ihre Umsetzung auf nationaler Ebene eingebunden werden. Denn es steht fest, dass die Gemeinden eine wesentliche Rolle bei der Implementierung der großen EU-Politiken und der Umsetzung der Strategie 2020 spielen werden.

## Strategischer Rahmen

Die Partnerschaftsverträge mit den Mitgliedstaaten werden einem strategischen Rahmen unterworfen, der nicht nur die Regionalpolitik und deren Fonds (für Österreich wesentlich sind EFRE und Europäischer Sozialfonds, ESF), sondern auch die zweite Säule der gemeinsamen Agrarpolitik, das heißt den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums sowie den neu zu schaffenden Fonds für maritime Angelegenheiten und Fischerei umfassen wird. Dieser gemeinsame Rahmen soll eine koordinierte Politikumsetzung garantieren die Ziele der Strategie Europa 2020, insbesondere die Klimaziele, gelten als Investitionsprioritäten für alle Fonds. Die Mitgliedstaaten

Die Gemeinden werden eine wesentliche Rolle bei der Implementierung der großen EU-Politiken und der Umsetzung der Strategie 2020 spielen.



Mag. Daniela Fraiss ist Leiterin des Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes





Den Kommunen bietet der strategische Rahmen die Möglichkeit, einen Überblick über kommunalrelevante Förderungen und Fördermöglichkeiten zu erhalten.

müssen ihre Projektideen und Vorhaben bereichsübergreifend in den Partnerschaftsverträgen darlegen. Damit erhält die Kommission zum frühestmöglichen Zeitpunkt Einblick in die geplante Mittelverwendung und kann noch vor Genehmigung der Mittel regulierend eingreifen.

Den Kommunen bietet der strategische Rahmen die Möglichkeit –, sofern sie auf nationaler Ebene entsprechend einbezogen werden – einen Überblick über kommunalrelevante Förderungen und Fördermöglichkeiten zu erhalten, von besonderem Interesse wird auch das Zusammenspiel zwischen Regionalpolitik und der zweiten Säule der GAP sein, denn hier kann es leicht zu Reibungsverlusten zu Lasten der Gemeinden kommen.

Die Konkretisierung dieser Ideen erfolgt mit großer Wahrscheinlichkeit in den Vorschlägen zur EU-Regionalpolitik, die im Frühherbst präsentiert werden. Es ist davon auszugehen, dass es sich aufgrund der zu verhandelnden Milliardenbeträge um einen längeren Gesetzgebungsprozess handeln wird, der sich bis ins Jahr 2013 ziehen

kann. Der Österreichische Gemeindebund wird die Entwicklungen beobachten und sich in den Gesetzgebungsprozess einbringen, KOMUNAL wird darüber berichten.

### Die fünf Kernziele der Strategie Europa 2020

- ▶ 75 Prozent der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sollen in Arbeit stehen.
- ▶ Drei Prozent des BIP der EU sollten für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden.
- ▶ Die 20-20-20-Klimaschutz-/Energieziele sollten erreicht werden (einschließlich einer Erhöhung des Emissionsreduktionsziels auf 30 Prozent, falls die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind).
- ▶ Der Anteil der Schulabbrecher sollte auf unter zehn Prozent abgesenkt werden, und mindestens 40 Prozent der jüngeren Generation sollten einen Hochschulabschluss haben.
- ▶ Die Zahl der armutsgefährdeten Personen sollte um 20 Millionen sinken.

## Seminarreihe für Europa-GemeinderätInnen

### Fit für Europa

Wir freuen uns, im Rahmen der von Außenminister Michael Spindelegger gemeinsam mit dem Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien, Richard Kühnel, ins Leben gerufenen EU-Gemeinderäteinitiative einen weiteren Service anzubieten. Ausgehend von den Vorschlägen der Europagemeinderäte werden ab diesem Jahr maßgeschneiderte Trainingsseminare für Europa-Gemeinderäte in den Bundesländern veranstaltet. Die EU-Trainingsseminare sollen die tägliche Arbeit der Europa-GemeinderätInnen mit ihren BürgerInnen vor Ort unterstützen und erleichtern.

Das erste Seminar konnte bereits im Juni 2011 in St. Pölten durchgeführt werden. Nun sind Oberösterreich und die Steiermark an der Reihe, wo es im Oktober und November 2011 Seminare für EU-Gemeinderäte geben wird. Ziel dieser Schulungen ist es, einerseits fundiertes kommunalrelevantes EU-Wissen zu vermitteln, und andererseits den Europa-GemeinderätInnen ein Netzwerk von EU-ExpertInnen, auf das bei Bedarf zurückgegriffen werden kann, zur Verfügung zu stellen.

Zwei weitere Seminare in Westösterreich und Wien sind ebenso geplant. Die Seminare werden aus den Mitteln der Europapartnerschaft finanziert. **Achtung:** Die Teilnehmerzahl ist begrenzt!

### Infos bei:

Mag. Nikolaus Lutterotti,  
Stellvertretender Leiter der  
Abteilung für Presse und In-  
formation, Bundesministeri-  
um für europäische und inter-  
nationale Angelegenheiten  
Minoritenplatz 8, 1014 Wien  
Tel.: +43 (0) 501150 4540;  
Fax: +43 (0) 501159 4540  
E-Mail: [nikolaus.lutterotti@  
bmeia.gv.at](mailto:nikolaus.lutterotti@bmeia.gv.at)  
Web: [www.bmeia.gv.at](http://www.bmeia.gv.at)

Das europäische Semester – ein „europäischer Stabilitätspakt“

# Europas Institutionen haben die Zeichen der Zeit erkannt

Die Integration Europas ist in den vergangenen Jahren erfolgreich vorangeschritten. Neben den zahlreichen positiven Effekten musste aber auch im Zuge der einsetzenden Finanz- und Wirtschaftskrise die Erfahrung gemacht werden, dass über diese Vernetzung auch negative Effekte rasch und vehement auf die beteiligten Volkswirtschaften durchschlagen können.

Carmencita Nader-Uher  
Barbara Freitag

Die Lehre aus den bisher gemachten Erfahrungen ist: Die wirtschaftspolitische Steuerung<sup>1</sup>, genauso wie die haushaltspolitische Überwachung müssen gestärkt werden, um den erreichten Lebensstandard zu verteidigen

Im Jänner 2011 begann der Zyklus des ersten europäischen Semesters mit der Präsentation des Jahreswachstumsberichts durch die Europäische Kommission.

und weiterhin zu gewährleisten. Dieses erkennend, wurde in der Strategie „Europa 2020“, flankiert vom Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP), eine mittel- und langfristige Strategie für nachhaltiges und integratives



Mag. Carmencita Nader-Uher ist Leiterin der Repräsentanz der Oesterreichischen Nationalbank in Brüssel



Mag. Barbara Freitag ist Mitarbeiterin der Repräsentanz der Oesterreichischen Nationalbank in Brüssel

Wachstum in Europa entwickelt. Auf diesen Fundamenten aufbauend, schlug die Europäische Kommission im Jahre 2010 die Schaffung des europäischen Semesters vor, quasi einen „koordinierten Zeitablaufplan für die Makroabstimmung“. Gegenüber dem bis dahin üblichen System erfolgt hierdurch zuerst auf europäischer Ebene eine entsprechende Koordination und Abstimmung der nationalen Haushalts- und Reformprogramme, bevor nachgelagert die Umsetzung auf nationaler Ebene ebenso wie eine stärker integrierte Überwachung folgen („ex ante Dimension der wirtschaftspolitischen Koordination“<sup>34</sup>).

Im Jänner 2011 begann der Zyklus des ersten europäischen Semesters mit der Präsentation des Jahreswachstumsberichts<sup>4</sup> (JWB) durch die Europäische Kommission (EK). Empfehlungen wurden auf Basis von makroökonomischen Analysen, unter Berücksichtigung der EU 2020-Strategie, für die gesamte EU abgegeben. Im März 2011 wurde von den Staats- und Regierungschefs des Euro-Raums der sogenannte „Euro-Plus-Pakt“<sup>45</sup> geschlossen. Mitglieder, die

diesem Pakt beitreten (Eurozone + Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien), verpflichten sich, ein Paket konkreter Maßnahmen anzukündigen, die auch innerhalb der kommenden zwölf Monate durchzuführen sind.

Im April 2011 wurden von allen Mitgliedstaaten (MS) gleichzeitig die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme<sup>6</sup> (SKPs) und die Nationalen Reformprogramme<sup>7</sup> (NRPs) vorgelegt<sup>8</sup>. Darüber hinaus haben die meisten Mitglieder des Euro-Plus-Pakts spezifische Verpflichtungen auf Grundlage des Pakts vorgelegt<sup>9</sup>. Am 7. Juni 2011 veröffentlichte die EK ihre Empfehlungen<sup>10</sup>. Am 24. Juni 2011 nahm der Europäische Rat die länderspezifischen Empfehlungen der EK an<sup>11</sup> und schloss damit das erste Semester ab.

Generell sind die Mitgliedstaaten im zweiten Halbjahr 2011 aufgefordert, die europäischen Vorgaben zu erörtern und in ihre Haushaltspläne für 2012 sowie in ihre politische Willensbildung einzubeziehen<sup>12</sup>. Die Kommission wird unter anderem im Jahreswachstumsbericht des Folgejahres bewerten, inwieweit die Mitgliedstaaten die Leitlinien der EU berücksichtigt haben.

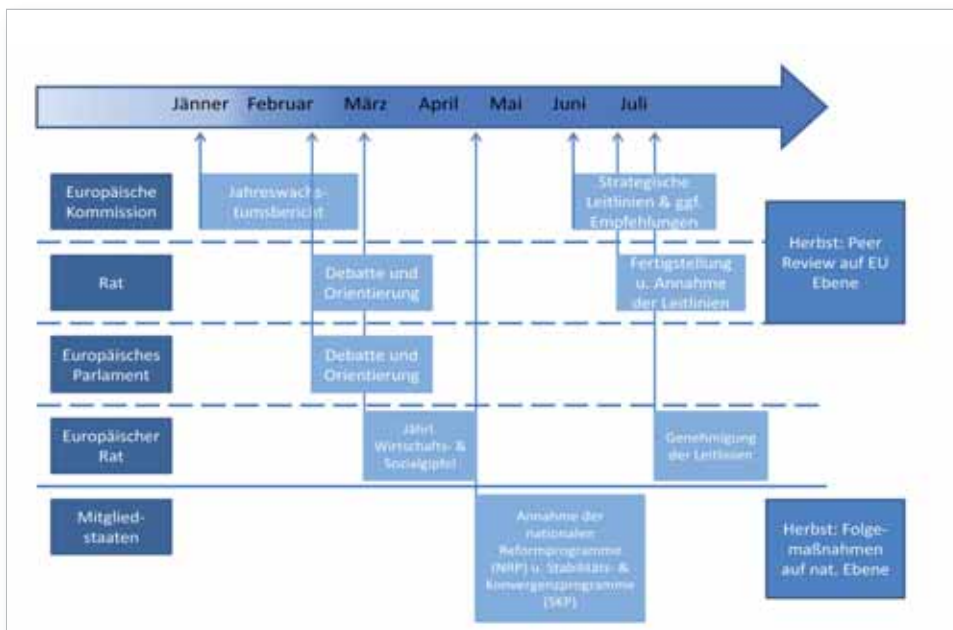
## Ergebnisse

Europäischer Rat, Exzerpt der Ergebnisse<sup>13</sup>:

► Es wurden gute Fortschritte bei der Festlegung der Maßnahmen erzielt, die die Kernziele der Strategie Europa 2020 verwirklichen

Generell sind die Mitgliedstaaten im zweiten Halbjahr 2011 aufgefordert, die europäischen Vorgaben zu erörtern und in ihre Haushaltspläne für 2012 sowie in ihre politische Willensbildung einzubeziehen.





Zeitplan des ersten europäischen Semesters; Quelle: KOM(2010) 367 endgültig 30. 06. 2010; <http://eur-lex.europa.eu>

chen sollen obwohl in Teilbereichen<sup>14</sup> noch Verbesserungsbedarf besteht.

► Die Mehrzahl der am Euro-Plus-Pakt teilnehmenden Mitgliedstaaten haben Verpflichtungen vorgelegt, die insgesamt über 100 Einzelmaßnahmen<sup>15</sup> umfassen. Insbesondere verpflichteten sich diese Länder, Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Förderung der Beschäftigung, Beitrag zur Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und Stärkung der Finanzstabilität zu ergreifen.

## Empfehlung für Österreich

Speziell für Österreich wurden folgende Empfehlungen<sup>16</sup> abgegeben<sup>17</sup> (Exzerpt):

**1:** Angesichts des erwarteten höheren Wirtschaftswachstums sollen die Konsolidierungsbemühungen (Budgetdefizit vor 2013 unter drei Prozent) vorangetrieben werden. Laut österreichischem Programm sind nur fiskalische Verbesserungsleistungen um 0,35 Prozent des BIP in den Jahren 2012 und 2013 geplant, der Rat schlägt 0,75 Prozent vor.

**2:** Der nationale Budgetrahmen soll über alle Ebenen der Verwaltung gestärkt werden.

**3:** In Konsultation mit den Sozialpartnern und gemäß nationalen Praktiken soll das Pensionsystem für Personen mit langen Versicherungszeiten auslaufen und das gesetzliche Pensionseintrittsalter für Frauen an jenes für Männer angeglichen werden. Der Zugang zur Invaliditätspension soll nur bei Erfüllung der er-

forderlichen Voraussetzungen (conditions) ermöglicht werden.

**4:** Die Beteiligung am Arbeitsmarkt soll gesteigert werden indem zum Beispiel die Belastung<sup>18</sup> des Faktors Arbeit aufkommensneutral reduziert wird, besonders bei mittleren und niedrigen Einkommen; die Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt vorangetrieben wird, indem z. B. der hohe geschlechtsspezifische Lohnunterschied (25,4 Prozent, zweithöchster in der EU) abgebaut wird; die Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen ausgebaut werden; vorzeitige Schulabgänge vermieden werden.

**5:** Zur Steigerung des Wettbewerbs werden der Abbau von Zugangsbeschränkungen und die Stärkung der Wettbewerbsbehörde gefordert.

## Conclusio

Die Institutionen der EU zeigen mit diesem Konzept, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt haben und willens sind, die entsprechenden Schritte zu setzen. Die bisherige Umsetzung unterstreicht dies, die Zukunft wird zeigen mit welchem Erfolg.

## Weiterführende Links:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/>  
[http://ec.europa.eu/economy\\_finance](http://ec.europa.eu/economy_finance)  
<http://europa.eu/rapid>  
[http://ec.europa.eu/economy\\_finance](http://ec.europa.eu/economy_finance)  
<http://www.bka.gv.at>  
<http://www.bmwfi.gv.at/Wirtschaftspolitik>

Die aktivierten Links zu den einzelnen Dokumenten finden Sie auf [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at) und bei der aktuellen Ausgabe.

- 1 Economic Governance
- 2 <http://www.bmwfi.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Seiten/EUROPA2020-dieneueStrategie%C3%BCrBesch%C3%A4ftigungundWachstum.aspx>
- 3 <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0367:FIN:DE:PDF>
- 4 [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/articles/eu\\_economic\\_situation/pdf/2011/com2011\\_11\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/eu_economic_situation/pdf/2011/com2011_11_de.pdf)
- 5 [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/ec/120296.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/120296.pdf)
- 6 Stabilitätsprogramm: für Mitgliedstaaten (MS) der Eurozone; Konvergenzprogramm: für die übrigen MS. Die SKPs beinhalten die Leitlinien für das Budget der nächsten vier Jahre, das heißt, dass die im April 2011 vorgelegten Programme bis 2014 Gültigkeit haben.
- 7 NRP: Nationale Strategie zur Umsetzung der EU 2020 Strategie. In Österreich wird das NRP vom Bundeskanzleramt (BKA), unter Einbeziehung aller Ressorts, Sozialpartner, Länder und Gemeinden koordiniert.
- 8 Portugal und Griechenland haben offiziell keine Stabilitätsprogramme vorgelegt. Ihre Politik ist Gegenstand regelmäßiger Erörterungen im Rahmen der Hilfsprogramme. Vgl. auch KOM(2011) 400 endgültig, 7.6.2011 [http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/communication\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/communication_de.pdf)
- 9 Die Länder Finnland, Griechenland, Lettland, Portugal und Slowenien hatten ihre Verpflichtungen bis zum Abschluss des Europäischen Semesters noch nicht vorgelegt.; Vgl. KOM(2011) 400 endgültig, 07.06.2011 [http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/communication\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/communication_de.pdf)
- 10 Empfehlungen der EK werden genauer als „Recommendation for a Council Recommendation on the National Reform Programm (Jahr+Land) and delivering a Council opinion on the updated Stability (Convergence) Programm (Land und Geltungsdauer)“ titulierte. [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/sgp/convergence/programmes/2011\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/sgp/convergence/programmes/2011_en.htm)
- 11 „Mit der gemeinsamen Bewertung der Programme der Mitgliedstaaten auf der Grundlage der Beurteilung der Kommission und mit der Billigung der länderspezifischen Empfehlungen, die bei künftigen Beschlüssen der Mitgliedstaaten zu ihrer Haushaltspolitik und zu ihren Strukturformen zu berücksichtigen sind, schloss er das erste Europäische Semester ab.“ [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/123098.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/123098.pdf)
- 12 Vgl. KOM(2011) 400 endgültig, 07.06.2011 [http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/communication\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/communication_de.pdf)
- 13 EUCO 23/11 24.08.2011 <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st00/st00023.de11.pdf>
- 14 Beschäftigung, Energieeffizienz, Forschung und Entwicklung, Armutsbekämpfung, tertiäre Bildung.
- 15 Vgl. EUCO 24/11 <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st00/st00024.en11.pdf>
- 16 Vgl. „EK“: Commission Recommendation (Juni 2011), „Rat“: Council Recommendation (Juli 2011)
- 17 [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/sgp/convergence/programmes/2011\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/sgp/convergence/programmes/2011_en.htm), [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/sgp/pdf/20\\_scps/2011/04\\_council/at\\_2011-07-12\\_council\\_recommendation\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/sgp/pdf/20_scps/2011/04_council/at_2011-07-12_council_recommendation_en.pdf), [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/sgp/pdf/20\\_scps/2011/03\\_commission/at\\_2011-07-07\\_recommendation\\_for\\_cr\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/sgp/pdf/20_scps/2011/03_commission/at_2011-07-07_recommendation_for_cr_en.pdf)
- 18 taxandsocialsecurityburden

Audit *familienfreundlichegemeinde*

# Ein erfolgreiches Projekt geht in die nächste Runde

Das Audit *familienfreundlichegemeinde* ist eine Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend, die seit 2009 vom Österreichischen Gemeindebund in der operativen Abwicklung sowie bei der Durchführung von Veranstaltungen unterstützt wird.

Durch die Kooperation mit dem Gemeindebund wird das Audit auf eine breitere Basis gestellt, um vor allem die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und die Initiative sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene noch bekannter zu machen.

## Motive der Gemeinden beim Audit

„Mit dem Projekt Audit *familienfreundlichegemeinde* haben wir das richtige Werkzeug erhalten, um das Thema in der Gemeinde noch zu intensivieren und auszubauen. Nur so war es möglich, in unserem sonst so bunten Familienangebot weiße Flecken zu entdecken, allfällige Lücken aufzuspüren und einen Weg zu noch mehr Lebensqualität für unsere BürgerInnen zu finden“, meint das Audit-Team der Gemeinde Götzis.

„Es ist ein Prozess, der die Möglichkeit schafft, Ideen und Bedürfnisse aus der Bevölkerung



Durch die Stärkung der lokalen Identität und Aktivierung des sozialen Kapitals wird die Gemeinde als Lebensort für Familien und als Wirtschaftsstandort noch attraktiver.

Dr. Reinhold Mitterlehner,  
Familienminister

aufzuspüren und durch deren Umsetzung die Lebensqualität zu erhöhen. Die Familie ist jene Gruppe, die am ehesten Geborgenheit vermitteln kann und für den Schutz des heranwachsenden Kindes wie für seine Prägung entscheidend ist. Darum hat sich die Gemeinde für die Teilnahme am Audit ffg entschlossen, damit die Familienfreundlichkeit in unserer Gemeinde noch besser wird“, so die Audit-Mitglieder der Gemeinde Leibnitz.

## Auf Motive folgen konkrete Maßnahmen

Nicht nur die Motive zur Teilnahme sind höchst unterschiedlich, auch die Vielzahl der Maßnahmen zu den Themen Integration, Pflege und intergenerativer Austausch spiegeln die Individualität der bereits über 200 Audit-Gemeinden wider. Gerade der Umgang mit den Auswirkungen des demografischen Wandels ist für jede Region anders spürbar geworden. Dies schlägt sich in den konkreten Maßnahmen nie-

der, hier ein (gekürzter) Auszug:

- ▶ Spielplatz und Generationenpark (Treff für Jung und Alt)
- ▶ Integrationsprojekt für Immigranten zur Verbesserung der Lebenssituation
- ▶ Organisierte Busfahrten in die Therme für Familien mit Kleinkindern und Senioren/innen zur Stärkung der Akzeptanz der Generationen
- ▶ Unterstützung des „Lebenslangen Lernens“ – Infos zur Weiterbildung sind auf der Gemeinde-Homepage zu finden
- ▶ Implementierung eines Seniorengemeinderates (zwei Personen im Alter von 60 bzw. 70 Jahren sind im Gemeinderat vertreten)
- ▶ Jugendzentrum mit Betreuung und spezifischen Angeboten.

Jede Gemeinde kann in Zusammenarbeit mit ihren Bürgern ein stärkeres Bewusstsein für die bestehenden Angebote schaffen und diese weiterentwickeln, um sich als Ort, in dem aktiv Zukunft für Familien geschaffen wird, zu positionieren.

## Nächster Termin

Die **Zertifikatsverleihung 2011** für fast **70 Gemeinden** findet am **Montag, 3. Oktober 2011** in der Reitschule in **Grafenegg** in Niederösterreich statt. Die Schirmherrschaft übernehmen LR Mag. Barbara **Schwarz**, Sektionschefin Dr. Ingrid **Nemec** (BMWFJ), Irene **Slama** (GF Familie & Beruf Management GmbH) sowie Gemeindebund-Präsident und Bürgermeister Helmut **Mödlhammer**.

## Informieren Sie sich

Familie & Beruf  
Management GmbH

audit@familieundberuf.at  
Web: [www.familieundberuf.at](http://www.familieundberuf.at)  
Tel.: 01/218 50 70



Österreichischer  
Gemeindebund

audit@gemeindebund.gv.at  
Web: [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)

Tel.: 01/512 14 80-20



300 Polizisten im Kampf gegen Internetkriminalität

# Ein hoher Stellenwert liegt auf Information und Prävention

Parallel zum Anstieg der Internetuser ist in den vergangenen Jahren auch die Kriminalität im Internet rasant gestiegen. Die Delikte sind vielfältig und reichen von Kreditkartenbetrug über Telefonangriffe bis hin zur Kinderpornografie. Das Innenministerium steuert jetzt dagegen.



Foto: BM.I

Innenministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner sagt der Entwicklung bei der Internetkriminalität mit 300 Internet-Polizisten den Kampf an.

Das Internet hält in immer mehr österreichischen Haushalten Einzug: 2010 waren 73 Prozent aller Haushalte mit einem Internetzugang ausgestattet. Eine Studie unter Kindern und Jugendlichen zeigt den enormen Stellenwert dieses Mediums: 98 Prozent der neun- bis 16-jährigen Kinder in Österreich nutzen das Internet zuhause,

Die Bekämpfung von Cybercrime erfolgt auf mehreren Ebenen: einerseits österreichweit auf lokaler Ebene in den rund 900 Polizeiinspektionen in den Gemeinden, in den 110 Bezirks- und Stadpolizeikommanden und in den Landeskriminalämtern.

fast die Hälfte davon im eigenen Kinderzimmer.

53 Prozent nutzen das Internet via Mobiltelefone oder Smartphones, 62 Prozent haben ein eigenes Profil innerhalb eines

sozialen Netzwerks im Internet. Parallel zum Anstieg der Internetuser ist aber auch die Internetkriminalität gestiegen. „Die IT-Kriminalität stellt daher auch die Polizei vor neue Herausforderungen. Denn es ist völlig inakzeptabel, dass sich die Kriminellen über das Internet mittlerweile auch bis in die Kinderzimmer einschleichen. Mit unseren 300 Cyber-Experten sagen wir dieser Entwicklung ganz klar den Kampf an“, sagt Innenministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner.

Die Bekämpfung von Cybercrime erfolgt seitens der Polizei auf mehreren Ebenen: einerseits österreichweit auf lokaler Ebene in den rund 900 Polizeiinspektionen in den Gemeinden, in den 110 Bezirks- und Stadpolizeikommanden und in den Landeskriminalämtern. Im Bundeskriminalamt wird ein Kompetenzzentrum als die zentrale Koordinierungs- und Meldestelle installiert. Es setzt sich aus tech-

nisch und fachlich hochspezialisierten Expertinnen und Experten zusammen. Neue Tools und Arbeitsmethoden kommen zum Einsatz, um rechtzeitig auf neue Entwicklungen und damit einhergehende Gefahren reagieren zu können.

Weiters wird auf Kooperationen mit Wissenschaft und Wirtschaft gesetzt. Ein hoher Stellenwert liegt auf Bürgerinformation und Prävention.

## Information

Bei der zentralen Internetmeldestelle können Bürgerinnen und Bürger Verdachtsmomente melden:

[against-cybercrime@bmi.gv.at](mailto:against-cybercrime@bmi.gv.at)

Österreichs 1. Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan ist auf Schiene

# Bis 2015 zusätzliche strukturelle Maßnahmen notwendig

Das Lebensministerium unterstützt Maßnahmen zur Verbesserung des ökologischen Zustandes der Gewässer und schafft damit mehr Lebensraum für Mensch und Natur an Österreichs Flüssen.

Die Struktur der österreichischen Flüsse und Bäche wurde in der Vergangenheit durch Flussbegradigungen, Hochwasserschutzmaßnahmen, aber auch durch die Errichtung von Querbauwerken zur Wasserkraft-

nutzung beeinträchtigt. Heute haben wir einen verbesserten Wissensstand und wollen die Auswirkungen dieser Beeinträchtigungen minimieren und den guten Zustand der Gewässer wieder herstellen. Die EU-Was-

serrahmenrichtlinie sorgt dabei für den nötigen Rückenwind. Im Rahmen von Hochwasserschutzmaßnahmen wird der Ökologie schon seit vielen Jahren ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Hochwasserschutz und Ökologie gehen heute Hand in Hand. So werden beispielsweise natürliche Abfluss- und Retentionsräume reaktiviert, Altarme wieder an das Gewässer angebunden, Flussbette aufgeweitert und generell naturnahe Bauweisen bevorzugt. Dies allein reicht jedoch nicht aus, um das Ziel zu erreichen, die belasteten Gewässerabschnitte wieder als Lebensraum für Mensch und Natur zurückzugewinnen. Es gilt daher, zusätzliche Maßnahmen zu setzen, um die bestehenden strukturellen Belastungen in den betroffenen Gewässern zu beseitigen und den guten Zustand der Gewässer wieder herzustellen.

Umweltminister Niki Berlakovich im Interview

## Wesentlicher Schritt zur Erreichung des guten Gewässerzustands

**Herr Bundesminister, eines Ihrer vorrangigen Ziele in der Wasserwirtschaft ist es, den guten ökologischen Zustand der Flüsse und Bäche wieder herzustellen und die strukturellen Belastungen in den betroffenen Flüssen zu beseitigen. Was unternehmen Sie, um dieses Ziel auch tatsächlich zu erreichen?**

**Niki Berlakovich:** Zur Finanzierung dieser Verbesserungsmaßnahmen werden vom Lebensministerium bis Ende 2015 Förderungsmittel im Gesamtumfang von 140

Millionen Euro bereitgestellt. Dieses Förderungsprogramm ist sehr gut angelaufen, und so konnten bis dato schon 85 Projekte mit einem Förderbarwert von 15,5 Millionen Euro in acht Bundesländern erfolgreich umgesetzt werden.

**Welchen Beitrag leistet diese Förderungs-schiene zur Umsetzung des Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplans (NGP) und was erwarten Sie von diesem Förderungsprogramm?**

Durch die Förderung von Maßnahmen zur lokalen Verbesserung der Gewässerstruktur wird neuer wertvoller Lebensraum in unseren Gewässern geschaffen. Gleichzeitig wird die Herstellung der Fischpassierbarkeit an Querbauwerken in diesen Gewässern gefördert und damit sichergestellt, dass die Fische die verschiedenen Lebensräume erreichen können, die sie zum Beispiel zum Laichen oder als Jungfische benötigen. Mit diesen Maßnahmen wird ein wesentlicher Schritt zur Erreichung des guten Gewässerzustands gesetzt. Im 1. Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan sind diese Verbesserungsmaßnahmen, die bis 2015 gefördert werden, vor allem an den größeren Gewässern vorgesehen.



„Es gilt, zusätzliche Maßnahmen zu setzen, um die bestehenden strukturellen Belastungen in den betroffenen Gewässern zu beseitigen und den guten Zustand der Gewässer wieder herzustellen.“ Umweltminister Niki Berlakovich

### Konkrete Beispiele für Verbesserungen

In Niederösterreich haben wir zum Beispiel an der Ybbs ein Projekt gefördert, für dessen Realisierung auch zusätzlich EU-Mittel aufgestellt werden konnten. In Winklarn wird ein Nebenarm der Ybbs wieder angebunden, Kiesbänke werden entstehen. Die Flussaufweitung soll sich künftig eigenständig weiterentwickeln. Die Aufweitung und ihre vielfältigen Strukturen bieten typischen Fisch- und Vogelarten der Ybbs einen neuen Lebensraum. Die Kiesbänke werden den Fischen der Ybbs wie beispielsweise dem Huchen oder der Äsche als Laichplätze dienen. Der Flussuferläufer wird sich als Brutplatz annehmen. Die Gesamtkosten für das Projekt betragen 6,7 Millionen Euro. 50 Prozent werden aus EU-Mit-





Fotos: Lebensministerium

Die Re-Naturierung des oberösterreichischen Leitenbaches schreitet voran: In den nächsten Jahren soll sich so eine natürliche Flusslandschaft mit unterschiedlichsten Lebensräumen entwickeln.

eln finanziert, die verbleibenden 50 Prozent werden vom Lebensministerium, von der niederösterreichischen Bundeswasserbauverwaltung, der via-donau, dem NÖ Landschaftsfonds, dem NÖ Fischereiverband sowie der Stadtgemeinde und den Stadtwerken Amstetten aufgebracht. In Oberösterreich wird gerade ein umfangreiches Projekt zur Renaturierung der Aschach, des

Leitenbaches und des Sandbaches umgesetzt. Vor über 80 Jahren wurden die Aschach, der Leitenbach und der Sandbach im Gemeindegebiet von Waizenkirchen großteils hart reguliert. Die Gerinne wurden begradigt, um für die landwirtschaftliche Nutzung eine günstigere Parzellenform zu gewinnen bzw. für die Drainagierungen eine Vorflut zu schaffen. Diese Gewässer

weisen seither einen weitestgehend geradlinigen Gewässerlauf mit wenigen Strukturelementen auf. Durch Neuanlage der Bachläufe, Aufweitungen und Einbau von Strukturelementen wird eine natürliche dynamische Entwicklung der Gewässer in Gang gesetzt. In den nächsten Jahren soll sich so eine natürliche Flusslandschaft mit unterschiedlichsten Lebensräumen entwickeln. In Salzburg konnte in Neukirchen am Großvenediger bereits ein Großprojekt umgesetzt werden. Dabei handelt es sich um eine ökologische Hochwasserschutzmaßnahme, an die räumlich anschließend zusätzlich Maßnahmen zur Verbesserung des ökologischen Zustandes der Salzach gesetzt wurden. Neben der erforderlichen Hochwasserschutzmaßnahme im Kernbereich wurde das Flussbett verbreitert und der Salzach der verlorengegangener Lebensraum und das Überflutungsgebiet zurückgegeben. Die Salzach hat so mehr Raum, um ihren Flusslauf selbst zu wählen; Schotterbänke oder steile Böschungen, aber auch Strecken mit langsamerer Fließgeschwindigkeit werden entstehen. Neben der Verbesserung des Lebensraumes für Fische und Amphibien wird auch ein umfangreiches attraktives Naherholungsgebiet für die hier lebenden Menschen geschaffen. Die Gesamtkosten des Projektes im Umfang von 2,78 Millionen Euro teilten sich Lebensministerium, Land und Gemeinde.

## Fact-Box:

### Welche konkreten Maßnahmen können gefördert werden, wie hoch ist die Förderung und wer kann um diese Fördermittel ansuchen?

**Zielsetzung:** Verbesserung der Gewässerstruktur und der Herstellung der Durchgängigkeit, z. B. Fischtrepfen, Flussaufweitungen, der Einbau von Strukturelementen oder die Anbindung von Nebenarmen.

**FörderungswerberInnen:** können einerseits Gemeinden und sonstige physische und juristische Personen (z. B. Gemeindeverbände), welche nicht WettbewerbsteilnehmerInnen im Sinne des EU-Wettbewerbsrechtes sind, und andererseits BetreiberInnen von Anlagen zur Wasserkraftnutzung sein.

**Förderungssatz:** Für kommunale FörderungswerberInnen (vor allem Gemeinden und Verbände), wenn sie nicht Wettbewerbsteilnehmer sind und die Maßnahmen nicht im Zusammenhang mit der Wasserkraft stehen, beträgt der Förderungssatz des Bundes max. 60 Prozent. Für WettbewerbsteilnehmerInnen (E-Wirtschaft) beträgt der Förderungssatz max. 20 Prozent, für Klein-

und Mittelunternehmen erhöht sich der Förderungssatz auf max. 30 Prozent. Bei Antragstellung nach dem 1. Jänner 2013 verringert sich der Förderungssatz um fünf Prozentpunkte.

Mehr Informationen im Internet unter <http://wasser.lebensministerium.at>



Die neue Einmündung der Sill in den Inn: Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich und Innsbrucks Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer leiteten am 10. März die Sill in ihr neues Flussbett um.





Die gemeinsame Währung sichert unseren Wohlstand und schützt die heimische Wirtschaft in Krisen vor globalen Schocks.

# Der Euro – rasches Krisenmanagement durch einheitliche Geldpolitik

Die Stabilisierung des Euro sowie die Ergreifung tiefgreifender Reformen in den Bereichen der Finanzmarktaufsicht und Regulierung sind von zentraler Bedeutung für die Sicherung und Stärkung des europäischen Finanzsystems.

Johanna Jäger

## Der Euro und die europäische Integration

Seit mehr als zehn Jahren ist der Euro ein Kernstück der europäischen Integration. Für rund 330 Millionen Menschen ist die ge-

meinsame Währung tägliches Zahlungsmittel und die Teilnehmerstaaten haben von der Einführung des Euro enorm profitiert: durch den Wegfall des Wechselkursrisikos (innerhalb der Euro-Zone), durch den Wegfall von Währungsabsicherungs- und -umtauschkosten, durch geringere Zinsen sowie eine höhere Preisstabilität und Preistransparenz. Zudem ist der Euro zu einem wichtigen Faktor im internationalen Finanzsystem geworden: Etwa 27 Prozent der globalen Währungsreserven werden inzwischen in Euro gehalten – Tendenz weiter steigend. In der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bis 2010 hat der Euro die 16 Euro-Staaten (Estland kam erst am 1. Jänner 2011 hinzu) gegen Währungsspekulationen



Foto: BMF

Die Frage der Stabilisierung des Euro sowie die richtigen Schlüsse aus den aktuellen Entwicklungen sind derzeit mit Sicherheit zentrale Themen – denn es geht schließlich um die gemeinsame Zukunft des Euro-Raumes. Notwendig dafür sind: neue politische Wege, nachhaltige Strategien und tiefgreifende Reformen.

Ihre Dr. Maria Fekter, Finanzministerin

geschützt. Die einheitliche Geldpolitik der Euro-Zone hat ein rasches und effizientes Krisenmanagement ermöglicht, das durch abfedernde nationale Maßnahmen der Wirtschaftspolitik ergänzt wurde. Der Euro hat sich somit spätestens dann als unverzichtbar erwiesen.

### Die Schuldenkrise ist keine Euro-Krise

Dennoch sind einige Eurostaaten in Folge der Krise „unter die Räder gekommen“. Erstens flüchten die Investoren bei jeder Krise in sichere Anlageformen. Zweitens sind infolgedessen bei Griechenland, Portugal und Irland die Solvenzrisiken viel deutlicher zutage getreten: bei Griechenland auf Grund zu ho-

Im Falle des Auseinanderbrechens der Euro-Zone könnte Österreich ein volkswirtschaftlicher Schaden im Ausmaß von 20 bis 40 Milliarden Euro entstehen und viele tausend Arbeitsplätze verloren gehen.

her und rasch ansteigender öffentlicher Schulden, bei Portugal vor allem auf Grund hoher Defizite und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und bei Irland auf Grund der übergroßen und hochverschuldeten Banken. Das hat zu exorbitant hohen Prämien bei der Marktfinanzierung dieser Staaten geführt. Daher ersetzen Finanzierungen des Internationalen Währungsfonds und des Euro-Rettungsschirmes diese hohen Finanzierungskosten – zeitlich befristet und mit strengen Auflagen verbunden. Zuletzt sind auch bei Zypern, Italien, Spanien und zusätzlich in den Vereinigten Staaten von Amerika Bedenken an der langfristigen Zahlungsfähigkeit aufgekommen und die bereits sehr vorsichtigen Anleger haben ihr Kapital neuerlich in noch sichere Anlagen umgeschichtet, was in Ländern mit stabilen Daten wie Deutschland, Niederlande und Österreich ein besonders niedriges Zinsniveau bewirkt. Gerade für kleinere Staaten wie Österreich, die eine überdurchschnittlich hohe außenwirtschaftliche Verflechtung aufwei-

sen, sind stabile Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen von großer Bedeutung. Die Kosten eines Nicht-Handelns, das heißt des Staatsbankrotts eines Euro-Landes, sind seriös in allen Details nicht abschätzbar. Sie könnten letztlich aber enorm sein, vor allem bei einem Auseinanderbrechen der Euro-Zone. In diesem Fall könnte Österreich ein volkswirtschaftlicher Schaden im Ausmaß von 20 bis 40 Milliarden Euro entstehen und viele tausend Arbeitsplätze verloren gehen.

### Finanzmarktaufsicht und Regulierung

Die Schaffung des Euro-Rettungsschirmes war bei weitem nicht die einzige Lehre aus der Krise. Zur künftigen Vermeidung instabiler Wirtschaftsentwicklungen in der Euro-Zone wurden neue Regeln für die nationalen Wirtschafts- und Budgetpolitiken (das sogenannte „Sixpack“) vereinbart, die heuer noch in Kraft treten und Ungleichgewichte jeglicher Form verhindern helfen sollen. Einige

Die jüngsten Marktturbulenzen haben erneut aufgezeigt, wie wichtig der rasche Abschluss des Reformprozesses im Finanzdienstleistungsbereich ist, um die Solidität und Stabilität des europäischen und des weltweiten Finanzsystems sicherzustellen.



Länder, wie Österreich, Frankreich, Deutschland oder Großbritannien, haben zudem Abgaben auf Banken eingeführt, um die Risiken von Banken auf die öffentlichen Haushalte (siehe Irland) abzudecken. Weiters tritt Österreich für die Einführung einer allgemeinen Steuer auf Finanztransaktionen ein, die zunächst auf Ablehnung gestoßen ist, nunmehr aber wachsende Zustimmung in der Euro-Zone findet.

Infolge der globalen Finanzmarktkrise wurden zahlreiche Reformen in den Bereichen Finanzmarktregulierung und -aufsicht auf den Weg gebracht. Die jüngsten Marktturbulenzen haben erneut aufgezeigt, wie wichtig der rasche Abschluss des Reformprozesses im Finanzdienstleistungsbereich ist, um die Solidität und Stabilität des europäischen und des weltweiten Finanzsystems sicherzustellen.

### Mehr Eigenmittel und mehr Aufsicht

Ein zentrales Element zur nachhaltigen Stabilisierung der Finanzmärkte ist die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Banken. Dies soll vor allem durch das Regelwerk von Basel III erfolgen, zu dem die Europäische Kommission (EK) ihre Umsetzungsvorschläge für die EU im Juli 2011 vorgelegt hat. Durch die neuen Bestimmungen kommt es zu einer grundlegen-



geltenden Standards – wie den Vergütungsprinzipien des Financial Stability Board – verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Auch das G20-Ziel weltweiter Konvergenz der Rechnungslegungssysteme bis Ende 2011 darf nicht aus den Augen verloren werden.

## Gemeinsame Zukunft des Euro-Raumes

Derzeit wird die Euro-Zone durch die fehlende Budgetdisziplin einiger ihrer Mitgliedsländer auf eine harte Probe gestellt. Durch den Binnenmarkt sowie die Währungsunion ist es von gesamteuropäischem Interesse, dass diese Länder ihre budgetären Herausforderungen bewältigen. Denn die Folgen einer Zahlungsunfähigkeit dieser Länder wären für die gesamte Europäische Union und somit auch für die österreichischen Unternehmen und die damit verbundenen Arbeitsplätze nicht abschätzbar.

Das gemeinsame Ziel muss daher sein, den betroffenen Ländern zu helfen, dass diese ihre Handlungsfähigkeit und ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederfinden. Gleichzeitig sind Struktur-reformen in diesen Ländern un-

Wichtig ist, das Vertrauen der Bevölkerung in die gemeinsame Währung wieder herzustellen und zu stärken. Denn die junge Währung Euro hat innerhalb sehr kurzer Zeit ihr Potenzial zur Erfolgsgeschichte bewiesen.

umgänglich, um das Wirtschaftswachstum und die öffentlichen Finanzen wieder nachhaltig auf eine solide Basis zu stellen und die Wettbewerbsfähigkeit dieser Volkswirtschaften zu verbessern. Wichtig ist, das Vertrauen der Bevölkerung in die gemeinsame Währung wieder herzustellen und zu stärken. Denn die junge Währung Euro hat innerhalb sehr kurzer Zeit ihr Potenzial zur Erfolgsgeschichte bewiesen.



MMag. Johanna Jäger arbeitet in der Abteilung Finanzmärkte & Finanzmarktaufsicht im Bundesministerium für Finanzen.\*

\* Die Zusammenstellung des Artikels erfolgte auf Basis der Arbeiten des Bundesministeriums für Finanzen in den jeweiligen Fachbereichen.

## Der Euro in Österreich – eine Erfolgsgeschichte

den Stärkung der globalen Eigenkapitalstandards sowie einer deutlichen Verbesserung der Qualität des Eigenkapitals von Banken. Allerdings muss man sehen, dass die Erhöhung der Eigenkapitalquote und die Verschärfung der Liquiditätsanforderungen zwar wichtig sind, für sich alleine genommen jedoch keine Allheilmittel darstellen. Sie sind Elemente eines umfassenden EU-Maßnahmenpakets zur Gewährleistung der Stabilität des Finanzsystems. Ein großer Schritt zur Verbesserung der Finanzmarktstabilität stellte etwa die Schaffung des neuen europäischen Aufsichtsrahmens dar. So wurden Anfang 2011 drei europäische Aufsichtsbehörden, jeweils für Banken, Versicherungen und Wertpapiere, gegründet und mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet. Ein neuer Risikorat (ESRB) soll die Gefahren für das gesamte Finanzsystem frühzeitig erkennen und beobachten.

Im Zuge der globalen Finanzkrise wurden auch Schwachstellen bei der Regulierung von Ratingagenturen – insbesondere in Bezug auf Ratings strukturierter Finanzinstrumente – deutlich. Vor diesem Hintergrund wurde bereits 2009 eine EU-Verordnung zur Registrierung und Beaufsichtigung von Ratingagenturen angenommen. Weitere geplante Maßnahmen zielen auf

die Reduzierung der Abhängigkeit von externen Ratings ab.

## Nachhaltige Strategien und tiefgreifende Reformen

Das Fehlen eines einheitlichen EU-Rechtsrahmens zur Bewältigung von Krisen im Bankensektor war mit ein Grund dafür, dass im Zuge der Finanzkrise in Not geratene Banken mit umfangreichen öffentlichen Hilfspaketen der Mitgliedstaaten unterstützt werden mussten. Vor diesem Hintergrund plant die EK für Herbst 2011 die Vorlage von Legislativvorschlägen, durch die künftig einerseits Krisen bereits viel frühzeitiger erkannt und andererseits auch die Banken selbst eine stärkere Verantwortung bei der Krisenbewältigung übernehmen sollen. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit auf europäischer Ebene ist die Schaffung von mehr Transparenz und Sicherheit für die Derivatmärkte. Derzeit werden zwei Verordnungsvorschläge der EK verhandelt, nämlich eine über außerbörslich gehandelte Derivate („over-the-counter“, OTC) und eine andere über Leerverkäufe und Credit Default Swaps.

Für die langfristige Stabilisierung und Stärkung der Finanzmärkte ist ein international abgestimmtes Vorgehen von großer Bedeutung. Dabei muss auch der Anwendung von global

**Studie:** Kommunen zahlen heuer besser

## Die Schwierigkeiten beim Schuldeneintreiben

Eine Umfrage des Kredit-schutzverbandes von 1870 zeigt, dass die öffentliche Hand heuer ihre Rechnungen um zwei Tage schneller bezahlt als voriges Jahr. Damit ist sie aber immer noch durchschnittlich 38 Tage im Verzug. Privatkunden zahlen schon nach acht Tagen. Laut einer EU-Richtlinie muss die öffentliche Hand bis Ende 2012 um acht Tage schneller werden.

Doch die Gemeinden haben es auch nicht immer leicht, ausstehende Abgaben und Gebühren von Bürgern und Firmen einzuheben.

„Den Gemeinden soll die Möglichkeit gegeben werden, professionelle Hilfe von dritter Seite annehmen zu können“, regt KSV1870-Geschäftsführer

Johannes Eibl eine Gesetzesänderung an.

„Den Gemeinden wurde untersagt, Kosten, die durch Eintreibungen verrechnet werden, auf die Bürger zu überwälzen“, sagt Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer.

„Das nehmen wir zur Kenntnis, obwohl es uns und den Bürgern einiges erleichtern würde.“ Er stellt klar: „Die Gemeinden betreiben die offenen Forderungen rigoros, und es werden entsprechende Klagen eingebracht.“ Laut Mödlhammer kommt es in der Regel zur Vorschreibung der Abgaben und Gebühren mit einem Zahlungsziel von 14 Tagen, nach 17 Tagen wird die erste Mahnung verschickt. „Wenn dann

Foto: Thorben Wengert / pixelio.de



Die Gemeinden würden bei der Einforderung von Schulden gerne auf professionelle Hilfe zurückgreifen können.

nicht reagiert wird, geht der Rückstandsausweis an das Gericht, und die Exekution wird rasch eingeleitet“, so Mödlhammer. „Bei der Kommunalabgabe haben wir Probleme, weil manche Firmen sehr rasch wieder verschwinden“, bedauert

der Gemeindebund-Chef. „Da wäre es sehr gut, wenn wir Detektive oder den Kreditschutzverband einsetzen könnten, weil die überprüfen können, ob diese Firmen in einem anderen Bundesland wieder auftauchen.“



Für einen freien Platz von 500 Quadratmeter und einen Schauraum kann eine Gemeinde ein Museum „einkaufen“.

**Gesucht:** Gemeinden, die ein Herz für Spiele haben

## Spielmuseum sucht neues Zuhause

Weil die alte Bleibe in Leopoldsdorf im Marchfeld (NÖ) durch Schimmel den Bestand von 24.000 Brett-, Karten-, Fantasy- und sonstigen Gesellschaftsspielen gefährdet, startete die Online-Plattform Kommunalnet nun einen Aufruf, um

eine neue Bleibe für das Museum zu finden. „Wir bieten einer Gemeinde unter anderem ein betriebsfertiges Museum mit internationalen Kontakten“, so Direktorin Dagmar de Cassan (Tel.: 02216/7000; E-Mail: [office@spielen.at](mailto:office@spielen.at)).

**Energie:** Österreich ist Nettoexporteur von Pellets

## Rekord bei Pellets-Produktion

Die heimische Pellets-Produktion ist im ersten Halbjahr 2011 gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr um neun Prozent gestiegen. Damit könnte eine Rekordproduktion von 925.000 Tonnen erreicht

werden, meint man beim Verband proPellets. Bei einem erwarteten Inlandsverbrauch 2011 von rund 725.000 Tonnen ist Österreich damit Nettoexporteur von Pellets.

**KfV-Studie**

## Von wegen „Sonntagsfahrer“

Laut einer Studie des KfV drängeln Senioren weniger und sind seltener in Unfälle verwickelt als jugendliche Autofahrer. Körperliche Einschränkungen, wie schlechtere Beweglichkeit und Sehkraft, können im Straßenverkehr aber zum Problem werden.

**Videüberwachung**

## 2800 Kameras in Gemeindebauten

Mit der Installation von 2800 Kameras ist der Ausbau der Videüberwachung in Wiens Gemeindebauten abgeschlossen. Die Kameras wurden meist vor Garagen, in Müllräumen und bei Aufzügen angebracht. Damit sollte vor allem gegen Vandalen und Müllsünder vorgegangen werden.



**Umfrage:** Hälfte der Befragten befürchtet weitere finanzielle Verschlechterung

## Finanzlage wird sich verschlechtern, Gemeindekooperationen haben Potenzial

Alles andere als rosig sehen Oberösterreichs Gemeinden ihre Zukunft. Das zeigt eine neue Umfrage des Oberösterreichischen Gemeindebundes, die am 31. August in Linz von Landesrat Max Hiegelsberger und Oberösterreichs Gemeindebund-Präsident Johann Hingsamer präsentiert wurde. 49 Prozent der 322 Befragten sind der Meinung, dass sich die Finanzlage in Zukunft noch zuspitzen wird. In den nächsten fünf Jahren sehen sich die Befragten in der Verwaltung, der Kinderbetreuung, der Sicherheit, im Winterdienst sowie bei Wasser und Abwasser gefordert. Die Umfrage zeigt



Hans Hingsamer: „Wir brauchen einerseits die finanzielle Ausstattung, andererseits auch die Anerkennung aus der Bevölkerung.“

auch, dass Bürgermeister mit immer größeren Aufgaben konfrontiert sind. Hingsamer wünscht sich mehr Anerkennung: „Wir brauchen einerseits die finanzielle Ausstattung, andererseits auch die Anerkennung aus der Bevölkerung für einen Job, der für

alles in der Gemeinde verantwortlich gemacht wird – und das rund um die Uhr.“ Deutlich optimistischer beurteilen die Befragten jedoch das Potenzial von Gemeindekooperationen. Gar 88 Prozent arbeiten bereits mit anderen Gemeinden zusammen.

**Illegale Zweitwohnsitzer**

## Gemeinde sucht Kontrolleure

Der Nobelskiort Lech hat ein Problem, das viele Tourismusgemeinden teilen: Die Zahl der Nebenwohnsitze ist im Vergleich zu den Hauptwohnsitzen sehr hoch. Die Zuwanderer melden ihre Wohnungen bzw. Häuser als Hauptwohnsitz an, obwohl sie sich kaum im Ort aufhalten. Dies stößt Bürgermeister Muxel sauer auf: „Ich bin der Meinung, dass die Zweitwohnsitze der Totengräber des Qualitätstourismus sind.“ Muxel, der seit Jahren auf das Problem aufmerksam macht, hat nun eine neue Lösung parat. Die Gemeinde sucht ab sofort Kontrolleure, die die fraglichen Wohnsitze unter die Lupe nehmen.

Euro5+EEV ohne AdBlue®.  
Autorisiert von der Bundesbeschaffung GmbH (BBG).

KONSEQUENT EFFIZIENT



MAN Truck & Bus Vertrieb Österreich AG  
Ein Unternehmen der MAN Truck & Bus Gruppe

**Der MAN für kommunale Einsätze. Einer für alles.**

Made in Austria-Nutzfahrzeuge: Ob Winterdienst, Müllabfuhr oder Kehrmaschine - mit österreichischem Know-how leise, sauber, zuverlässig und wirtschaftlich auch im schwersten Einsatz. Erfüllen Euro5 und EEV ohne Zusätze. MAN ist als erster LKW-Hersteller autorisiert für Gemeinden und öffentliche Bedarfsträger von der Bundesbeschaffung GmbH (BBG). Informieren Sie sich bei Ihrem MAN-Partner oder unter [www.mantruckandbus.at](http://www.mantruckandbus.at)

**MADE IN AUSTRIA**

MAN Truck & Bus





## Aufnahmesperre: Kein Platz mehr für Hunde Schulung für Hundehalter gefordert

Aufgrund massiver Überfüllung gibt es erstmals in allen Tiroler Tierheimen eine Aufnahmesperre für Hunde. Der Tierschutzverein für Tirol fordert eine Schulung für angehende Hundehalter. Früher hätten sich Menschen die Anschaffung eines Hundes besser überlegt, heute „kommen viele Vierbeiner nach Spontanentscheidungen zum neuen Besitzer“, heißt es aus dem Tierheim Mentlberg. Die

häufigsten Gründe für abgegebene Hunde sind neben Überforderung, Scheidung, Krankheit, Übersiedlung auch neue Partnerschaft. Noch ein Grund für die aus allen Nähten platzenden Tierheime sind zahlreiche Hundimporte aus Osteuropa sowie die Tatsache, dass es sich bei 20 Prozent der Tierheimhunde um behördliche Beschlagnahmen handelt. [www.tierschutzverein-tirol.at](http://www.tierschutzverein-tirol.at)



Für 90 Prozent der rund 4500 Heimbewohner übernimmt das Land Kärnten im Rahmen der Mindestsicherung ganz oder teilweise die Kosten, weil deren Pensionen und Pflegegeld nicht ausreichen.

## Kärnten: Pflegeheime einigen sich mit Land Klage ist vom Tisch

Wie der ORF Online berichtet, ist laut Soziallandesrat Christian Ragger (FPK) eine Klage der Heimbetreiber wegen höherer monatlicher Tarife vom Tisch. Ragger: „Das Verfahren ruht und wir konnten mit den meisten Klägern eine Einigung erzielen, so dass sie aus der Klagsgemeinschaft ausgetreten sind.“ Besonders wichtig ist Ragger demnach die erzielte Lösung mit den konfessionellen Betreibern, der Diakonie und der Caritas. Die beiden kirchlichen Organisationen besitzen in Kärnten 16 Pflegeheime mit 1000 Betten. Die in der Klage geforderte Erhöhung von über 20 Prozent hätte das Land und die Gemeinden rund 25 Millio-

nen Euro zusätzlich gekostet. Ragger: „Das wäre nicht finanzierbar gewesen. Das Land war aber bereit, den Heimen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten entgegenzukommen.“ Wie Ragger weiters mitteilte, stehen auch Verhandlungen mit weiteren privaten Heimbetreibern, die klagen wollten, kurz vor einem erfolgreichen Abschluss. Für 90 Prozent der rund 4500 Heimbewohner übernimmt das Land im Rahmen der Mindestsicherung ganz oder teilweise die Kosten, weil deren Pensionen und Pflegegeld nicht ausreichen. Dafür wenden das Land und die Gemeinden heuer 127 Millionen Euro auf.

## Veranstaltung: Die EU-Hochwasserrichtlinie Bewertung des Hochwasserrisikos in Österreich

Der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) veranstaltet am 1. Dezember in Wien

eine Informationsveranstaltung zum Thema „Die EU-Hochwasserrichtlinie – Ergebnisse der vorläufigen Bewertung des Hochwasserrisikos in Österreich“. Ziel der Richtlinie ist es, die negativen Auswirkungen von Hochwasser auf die menschliche Gesundheit sowie auf Umwelt, Infrastrukturen und Eigentum zu begrenzen. Die Teilnahme ist kostenlos. Informationen unter [www.oewav.at](http://www.oewav.at) oder 01/535 57 20-88.



Die Bewertung des Risikos ist bis 22. 12. abzuschließen.

## Hotelprojekt: Warnung vor Geländeänderungen Landesgeologen sagen Nein

Tirols Landesgeologen lehnen ein umstrittenes Hotelprojekt am Obernberger See in ihrem Gutachten ab. Projektbetreiber Gerhard Stocker will erst den Ausgang des ganzen Verfahrens abwarten. Bei der Gemeinde will man, dass es am Obernberger See auch weiterhin ein Gasthaus gibt. Das bestehende Gebäude ist allerdings in die Jahre gekommen, an Stelle des Gasthauses will Bauherr

Gerhard Stocker ein neues Hotel mit Seminarzentrum und in der Erde eingegrabene Wohntanks errichten. Die Bauarbeiten mit geplanten Sprengungen könnten die unterirdischen Zuflüsse und Wasserwege erheblich verändern und damit zu Geländeänderungen und Setzungen bei den neuen Gebäuden führen, urteilen die Landesgeologen. Sie empfehlen der Behörde, das Projekt abzulehnen.

## Bilanz: Nach einem Jahr 377-mal elektronische Fußfessel

Nach einem Jahr elektronische Fußfessel ist die Strafvollzugsdirektion mit der Bilanz zufrieden: 377 Häftlinge konnten durch die Fußfessel einen elektronisch überwachten Hausarrest antreten. 853-mal wurde die Fußfessel beantragt, in 20 Fällen wurden die Insassen wieder in den Vollzug überstellt.

## Veranstaltungstipp Jahrestagung Vergaberecht

Die ARS-Jahrestagung am 4. und 5. Oktober zielt darauf ab, einen umfassenden Überblick über das Vergaberecht zu bieten und die ersten Erfahrungen mit Gesetzesänderungen aus Bereichen des öffentlichen Beschaffungswesens zu erörtern und diskutieren. Infos auf [www.kommunanet.at](http://www.kommunanet.at), User erhalten 10 Prozent.

**Raiffeisen  
Meine Bank**



**Wenn's um meine Gemeinde geht,  
ist nur eine Bank meine Bank.**

Nur wer in der gleichen Region lebt, weiß auch, mit welchen Maßnahmen man Gemeinden gestaltet und kann dabei auf individuelle Bedürfnisse eingehen. Deshalb ist Raiffeisen der beste Partner bei sämtlichen Finanzgeschäften.  
[www.raiffeisen.at](http://www.raiffeisen.at)

Sicherheit seit **125** Jahren.

RiS Kommunal und „amtsweg.gv.at“

# Das Formularwesen im Griff

Seit Anfang des Jahres steht „amtsweg.gv.at“, der führende österreichische E-Formularservice für Städte und Gemeinden, mit einer kompletten „Oberösterreich-Formularsammlung“ zur Verfügung. Ab Herbst 2011 wird der Service um eine „Druckformular-Option“ erweitert. Damit können aus E-Formularen auf Knopfdruck sauber layoutierte Papierformulare erzeugt werden.

Dank einer Kooperation der RiS GmbH und der Gemdat Oberösterreich mit IT-Kommunal GmbH, Betreiber von „amtsweg.gv.at“, dem führenden österreichischen E-Government-Service für kommunalspezifische Onlineformulare, steht die bewährte Formularlösung nun auch allen oberösterreichischen

Mehr Bürgerservice durch amtsweg.gv.at-Formulare in RiS-Kommunal

Gemeinden zur Verfügung. Für Niederösterreich, Steiermark, Kärnten und Tirol wurden ebenfalls bereits Bundesland-Formularsammlungen aufgebaut. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass eine Gemeinde eine individuelle Formularsammlung nutzt und selbst an ihren Bedarf anpasst.

## Bereits in Wels und Steyr im Einsatz

Die Ausarbeitung der Bundeslandformularsammlung Oberösterreich erfolgte im Rahmen einer interkommunalen Projektgruppe. Das Ergebnis sind 97 abgestimmte E-Formulare, die bereits mit großem Erfolg von den Magistratsstädten Wels und Steyr eingesetzt werden. Komfort für den Anwender und möglichst effiziente Nutzung durch die Gemeinde stehen im Vordergrund dieser E-Government-Lösung. Oftmals bedeutet eine elektronische Verfahrensabwicklung in der kommunalen

Praxis leider eine Doppelgleichzeit und damit einen Mehraufwand in der Gemeinde. Mit dem E-Formularservice „amtsweg.gv.at“ wird jedoch genau das Gegenteil erzielt: Weniger Aufwand als bisher, besserer Service für den Bürger. Die Erfahrung hat leider gezeigt, dass das Formularwesen in vielen Gemeinden im Argen liegt: Die Papierformulare werden häufig nicht abgestimmt, sondern je nach Bedarf erweitert, gedruckt und auf Lager gelegt. Bei den elektronischen Versionen kursiert oft eine Mischung aus HTML-, PDF-, Word- und Online-Formularen durchs Internet.

## Druckformulardoption

Um diesem Wildwuchs ein Ende zu bereiten, wurde der E-Formularservice „amtsweg.gv.at“ nun um eine Druckformulardoption erweitert. Aus jedem elektronischen Formular kann auf Knopfdruck ein sauber formatiertes

Leerformular erstellt und ausgedruckt werden. Da sich E-Formulare sinnvollerweise durch eine Formular-Intelligenz auszeichnen, also durch eine Auswahl von Optionen (wie beispielsweise „natürliche“ oder „juristische“ Person als Antragsteller) beim Ausfüllen zusammengestellt werden, können solche individuellen Angaben vor dem Druck ausgewählt werden und der Anwender – ein Bürger oder auch ein Bediensteter der Gemeinde – erhält „sein“ individuelles Formular bereit zum Ausdrucken. Insbesondere Bürgerservice-Stellen erhalten damit eine ungemein komfortable Lösung, um je nach Bedarf Formulare zusammenzustellen und ausdrucken zu können.

## Neuerungen in RiS Kommunal

Mit der neuen Version 4 von RiS Kommunal steht neben den amtsweg.gv.at-Formularen auch „Ressourcenmanagement“ als Zusatzmodul zur Verfügung. Damit kann man papierlos Terminreservierungen für Verwaltungs- und Veranstaltungsgebäude buchen. In der Kombination mit den E-Formularen ist es mit RiS Kommunal damit so leicht wie noch nie, den Bürgern eine topaktuelle interaktive Homepage zu präsentieren. RiS Kommunal 4.0 ist einfacher, leichter und noch näher am Bürger.

**IT-Kommunal**

### Information

IT-Kommunal GmbH  
Nordbergstraße 6/9  
1090 Wien  
Tel.: 01/89 00 919  
Fax: 01/ 89 00 919 15  
E-Mail: [amtsweg@it-kommunal.at](mailto:amtsweg@it-kommunal.at)  
Web: [www.it-kommunal.at](http://www.it-kommunal.at)

**RISKOMMUNAL**

### Information

RiS GmbH  
Ing.-Kaplan-Gasse 1  
4400 Steyr  
Tel.: 07252/861 861 0  
Fax: 07252/861 86 33  
E-Mail: [office@ris.at](mailto:office@ris.at)  
Web: [www.ris.at](http://www.ris.at)





Grabkult bietet mit der Urnensäule eine innovative Lösung für Friedhöfe

# Geniale Urnensäule statt teurer Urnenwand

Der Vergleich macht sicher: Eine Urnensäule ist im Gegensatz zu Urnenwänden günstiger und zeitgemäßer. Und seit kurzem benötigt man durch ein neues System auch kein betoniertes Fundament mehr.

Die Urnenbestattung gewinnt in Österreich immer mehr an Bedeutung. Daher stehen die Gemeinden vor der wichtigen Entscheidung: Investiert man weiterhin in Urnenwände, die mit hohen Errichtungskosten verbunden und oftmals schwer zu vermitteln sind oder baut man auf die Alternative, auf moderne Urnensäulen der Firma Grabkult?

Eine Urnensäule für drei Urnen kostet inklusive Fundamentierung und Montage 1200 Euro. „Eine Betonnische kostet zwar das Gleiche, aber nur im Verband mit weiteren Nischen“, rechnet Stefan Leeder, Geschäftsführer von Grabkult, vor. Ganz abgesehen davon bietet die Urnensäule weitere Vorteile. „Sie

ist eine persönliche Grabeinheit und platzsparend“, erklärt Leeder. Bei den Urnenwänden kommen die hohe Finanzierung und in späterer Folge sehr hohe Erhaltungskosten hinzu, zudem sind unattraktive Plätze schwer vermittelbar. „Eine Urnenwand ist außerdem bei den heutigen Wünschen der Kunden nicht mehr zeitgemäß.“ Leeder sieht in der Urnensäule eine Weiterentwicklung der herkömmlichen Urnenwand.

Die Gemeinden können mit den Urnensäulen Lücken, die durch aufgelassene Gräber entstanden sind, wieder belegen. Es ist keine Grabpflege notwendig und eine Urnensäule ist beliebig erweiterbar. „Es ist ein Grabstein und Urne in einem, eine pietät-

volle Bestattungsform“, erklärt Leeder.

Seit kurzem bietet die Firma Grabkult auch eine betonlose Fundamentierung an. Diese besteht aus einer patentierten, verzinkten Erdschraube, die mittels Eindrückgerätes in den Erdboden geschraubt wird. Auf die Erdschraube wird die Urnensäule direkt aufgeschraubt, ist statisch geprüft und für Erdböden im Friedhof bestens geeignet. Bei Bedarf kann man das Urnensäulengrab nach Ablauf der Liegezeit schnell und rückstandslos entfernen. Das System von Grabkult findet weiterhin reges Interesse.

## Information

GRABKULT  
Sternhofweg 54  
5020 Salzburg  
Tel.: 0676/66 66 446  
[office@grabkult.com](mailto:office@grabkult.com)  
[www.grabkult.com](http://www.grabkult.com)

Trotz angespannter Finanzlage ist jetzt die Zeit für innovative Lösungen

# Kommunale Projektlösungen schaffen Spielraum

Wie die Kommunalkredit die aktuelle Situation der Gemeinden sieht und die Kommunen mit Projektlösungen und „Initiativen“ bei der Finanzierung wichtiger Zukunftsprojekte unterstützen kann, darüber sprach KOMMUNAL mit Alois Steinbichler, Vorstandsvorsitzender der Kommunalkredit, Österreichs Kompetenzzentrum für Gemeinden.

**KOMMUNAL: Im September befasst sich KOMMUNAL mit dem Schwerpunkt „Gemeindebudgets“. Worauf müssen oder können sich die Gemeinden für die nähere Zukunft einstellen?**

**Alois Steinbichler:** Die allgemeinen Trends haben wir bereits in unserem Gemeindefinanzbericht 2010 prognostiziert. Die Ge-

Unser Ziel muss sein, unser hohes Wohlstands-Niveau zu erhalten und nicht, es schlechtzureden.

Alois Steinbichler

meinden sind mit einer weiterhin angespannten Finanz- und Budgetsituation konfrontiert. Das zeigt sich auch und vor allem an der Entwicklung der freien Finanzspitze, die 2009, früher als erwartet, das erste Mal negativ war. 2010 stieg der prognostizierte Wert dann auf 260 Millionen Euro Minus und sollte sich für heuer, so die Prognosen, etwas erholen und „nur mehr“ 178 Millionen Euro Minus ausmachen.

Aber das allein ist nicht so sehr das Problem, sondern die fortgesetzte Ausgabedynamik. Denn selbst wenn die Einnahmen (moderat) weiter steigen, bleibt auch der Ausgabenanstieg weiter hoch.

Ein Pluspunkt für Gemeinden ist, dass die Zinssituation weiter ungewöhnlich niedrig ist – allein die resultierende Ersparnis

an Zinsaufwand schätzen wir auf jährlich 220 Millionen Euro. In dieser Beziehung kann es für die Kommunen derzeit nicht besser gehen; das Zinsniveau ist 2010 weiterhin auf etwa 2,2 Prozent gesunken. Das wird zwar nicht so bleiben, die Zinsen werden in Zukunft wieder steigen, aber aus momentaner Sicht deutlich später als ursprünglich erwartet. Wenn jedoch der Anstieg kommt, bedeutet dies zusätzlichen Druck auf die Budgets.

**Sie haben bei den Sommergesprächen Ende Juli über die Situation der Märkte und den „Krisen-Salat“ gesprochen: Können Sie für unsere Leser noch einmal zusammenfassen, worum es derzeit WIRKLICH geht und was Sie Gemeinden in dieser Situation empfehlen?**

Das Wort „Krise“ ist vor allem medial sehr dominant. Die ständige Verwendung dieses Ausdrucks führt aber in Folge zu einer fast schon inflationären Sammlung von negativen Schlagzeilen.

Im Sinne einer differenzierten Betrachtungsweise müssen wir uns aber auch das Bewusstsein erhalten, dass wir uns derzeit

auf einem sehr hohen Wohlstands-Niveau befinden. Unser Ziel muss daher auch sein, dieses Niveau zu erhalten und nicht, es schlechtzureden. Unsicherheiten gibt es vor allem aufgrund der Verzögerungen bei politischen Entscheidungen. Hier wären auch auf europäischer Ebene ein klares Handeln und proaktive Maßnahmen sehr hilfreich.

Wobei betont werden muss, wenn man schon von Krise spricht: Es handelt sich NICHT um eine Krise des Euro als Währung, sondern um eine Krise der Schuldenfinanzierbarkeit einzelner Länder.

**Da muss ich kurz einhaken: Wird diese „Krise“ nicht vor allem von Ratingagenturen und deren Bewertungen (immer wieder) angeheizt? Vor allem der Laie muss das so sehen.**

Ratingagenturen sind zunächst Informationsverkäufer, die der kaufmännischen Vorsicht unterliegen. Die Agenturen interpretieren die Fakten, berechnen dann nach vorgegebenen Modellen das entsprechende Risiko und vergeben ein Rating. Diese Rolle ist in einem globalisierten Kapitalmarkt auch wichtig; nur besteht derzeit die Tendenz, zu kritisch zu beurteilen; dies erzeugt eine negative Dynamik, um nicht zu sagen selbsterfüllende Prophezeiungen.

Dies beruht zum Teil auch auf kaufmännischer Vorsicht, aus der Rolle der Agenturen in der amerikanischen Sub-Prime-Krise, wo in der Rückschau die Dinge zu positiv beurteilt wurden. Begegnet werden kann dem nur durch klares und zeitgerechtes budgetpolitisches Handeln.

**Ein weiteres wichtiges Thema ist die „kommunale Finanzierung“. Sollen die Gemeinden in der mo-**

Die „Initiative Pflege“ der Kommunalkredit unterstützt die Gemeinden mit Know-how und kompetenter Beratung.





Foto: Spiola

„Wenn man schon von Krise spricht: Es handelt sich NICHT um eine Krise des Euro als Währung, sondern um eine Krise der Schuldenfinanzierbarkeit einzelner Länder.“ Alois Steinbichler präzisiert den „Krisen-Salat“.

**mentanen Wirtschaftssituation tendenziell eher Geld sparen oder das bisschen vorhandene Geld investieren? Oder anders formuliert: Kann oder soll die öffentliche Hand auf Dauer mehr ausgeben als sie einnimmt?**

Auf Dauer kann niemand mehr ausgeben als er einnimmt. Problematisch sind aber nicht einzelne einmalige Schuldenaufnahmen, sondern die Dynamik, die dahintersteckt. Es gibt daher keine Einheitslösung. Jede Gemeinde wird sich mit ihrer eigenen Situation auseinandersetzen müssen, die eigene Dynamik im Drei- bis Fünfjahreszeitraum betrachten und somit Dauer- und Sonderbelastungen rechtzeitig erkennen. Aber auch Haftungen müssen im Auge behalten werden. Der Gemeindefinanzbericht 2010 zeigt, dass die Gemeindefinanzschulden bei 11,5 Milliarden Euro liegen, die Haftungen allerdings 6,5 Milliarden zusätzlich ausmachen.

Im Jahr 2009 haben die Gesamtausgaben abzüglich Tilgungen die Gesamteinnahmen abzüglich Schuldenaufnahme um 502 Millionen Euro überstiegen. Für 2010 wird mit einem weiteren Auseinanderklaffen dieser Ein-

nahmen-Ausgaben-Schere in Höhe von 705 Millionen Euro gerechnet.

Aus Sicht der Kommunalkredit erfordert die angespannte Haushaltsentwicklung, den zukünftigen Investitionsbedarf nicht nur über die allgemeine Haushaltsfinanzierung zu decken, sondern zunehmend auch Projektlösungen heranzuziehen. Dadurch wird eine Entlastung des allgemeinen Haushalts ermöglicht, ohne notwendige nachhaltige kommunale Investitionen aufzuschieben zu müssen.

**Die Kommunalkredit hat ein neues Online-Veranlagungsprodukt am Markt platziert, das sogenannte „KA Direkt“. Was ist das und wie können die Gemeinden dieses Tool nutzen?**

KA Direkt ist ein Einlageprodukt, maßgeschneidert für Gemeinden, auch für die Veranlagung kleinerer Eurobeträge. Wir bieten attraktive Zinsen für die gewählte Laufzeit. Als Gemeinde kann man damit schon ab einem Betrag von 20.000 Euro und einem Zeitraum ab einem Monat eine Termineinlage bei der Kommunalkredit auf [www.kadirekt.at](http://www.kadirekt.at) online durch-


führen. Und zusätzlich hat die Gemeinde online rund um die Uhr einen genauen Überblick über ihre Finanzen.

**Nach der „Initiative Licht“ gibt es jetzt die „Initiative Pflege“: Was war die Initiative für diese neue Initiative und wie soll sie ablaufen?**

Die „Initiative Licht“ läuft weiterhin sehr erfolgreich. Im April 2011 haben wir unter 430 Gemeinden eine Umfrage zu einem weiteren wichtigen kommunalen Schwerpunktthema, „Pflege“, durchgeführt. Demnach schätzen zwei Drittel der Gemeinden den Bedarf an zusätzlichen Pflegeheimplätzen in ihrer Gemeinde in den kommenden fünf Jahren als sehr hoch bzw. hoch ein. Gegenwärtig ist jeder fünfte Österreicher über 65 Jahre alt (17 Prozent). Laut Statistik Austria werden bis 2050 bereits 28 Prozent der österreichischen Bevölkerung älter als 65 Jahre sein. Die Altersgruppe der Über-80-Jährigen, für die ein Großteil der Pflegeleistungen anfällt, wird dann bei 11,5 Prozent (derzeit: 4,8 Prozent) liegen.

Derzeit werden in Österreich für den Pflegebereich jährlich rund 3,9 Milliarden Euro aufgewendet. Laut einer Studie der OECD werden sich diese Kosten bis zum Jahr 2050 zumindest verdoppeln, obwohl Pflegeleistungen derzeit zu 85 Prozent noch in den Familien stattfinden. Bis 2020 ist auf Basis der Prognosen der Bundesländer und des WIFO mit zusätzlichen Kosten von rund einer Milliarde Euro zu rechnen. Für Städte und Gemeinden ist dies besonders kritisch, weil Geldleistungen – insbesondere das Pflegegeld – zwar vornehmlich vom Bund, die deutlich stärker steigenden Sachleistungen – insbesondere die Sozialhilfe – jedoch von den Ländern und Gemeinden finanziert werden.

Die „Initiative Pflege“ der Kommunalkredit unterstützt die Gemeinden mit Know-how und kompetenter Beratung. Wir kennen die Situation am Markt sehr genau und haben die passenden Finanzierungs- und Förderungsmodelle.



Keine Prognose ohne „Aber“: Ein anhaltend steigendes Wirtschaftswachstum ist prognostiziert, allerdings sind auch die Risikofaktoren „ansteigende Rohstoff- und Energiepreise“ sowie die „Entwicklung auf den Finanzmärkten“ bekannt.



Vorschau auf die abgestuften Ertragsanteile 2012

# Anhaltend steigendes Wirtschaftswachstum prognostiziert

Nach der nicht zuletzt auf Grund stabilisierender Maßnahmen des Bundes relativ gut überwundenen Wirtschafts- und Finanzkrise wird der seit Mitte 2010 zu beobachtende Wirtschaftsaufschwung nach Meinung der Wirtschaftsforscher auch 2012 anhalten, wengleich mit einer geringeren Dynamik.

Dietmar Pilz

Auf Basis der dadurch zu erwartenden Zuwächse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben im Jahr 2012 (verglichen mit 2011) ist auch mit einer Zunahme der kassenmäßigen, abgestuften Ertragsanteile der Gemeinden zu rechnen.

KOMMUNAL stellt, ausgehend von der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (BIP), der Entwicklung der gemeinschaft-

lichen Bundesabgaben und der Gemeindeertragsanteile je Bundesland sowie die kassenmäßig abgestuften Ertragsanteile je Einwohner und Größenklasse dar, mit denen jede Gemeinde ihre abgestuften Ertragsanteile für den Voranschlag 2012 selbst berechnen kann.

## **Wirtschaftsentwicklung**

Die Wirtschaft hat in den vergangenen 12 Monaten kräftig

expandiert, sodass für heuer mit einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent gerechnet wird. 2012 dürfte das BIP durch eine Verlangsamung der Konjunktur nur mehr plus 1,8 Prozent betragen, wie aus der Konjunkturprognose des WIFO für das zweite Quartal 2011 hervorgeht (siehe Grafik unten).

### Entwicklung gemeinschaftlicher Bundesabgaben

Dem Strategiebericht zum Bundesfinanzrahmengesetz (BFRG) 2012 bis 2015 beziehungsweise dem BFRG selbst liegt eine Prognose über die zukünftigen Wirtschaftsdaten und die entsprechende Entwicklung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben zu Grunde, aus der die voraussichtlichen Ertragsanteile für Bund, Länder und Gemeinden für das Jahr 2012 abgeleitet werden. Demnach weisen die aufkommenstärksten gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die ab dem Finanzausgleich 2005 dem



Trotz überdurchschnittlicher Zuwachsraten bei den einkommensabhängigen Abgaben entwickelt sich das Umsatzsteueraufkommen eher verhalten (+ 3,8 Prozent); das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Konsumausgaben der privaten Haushalte aller Voraussicht nach nur mäßig wachsen werden.

einheitlichen Verteilungsschlüssel in der Oberverteilung unterliegen, ein Wachstum auf wie unten in der Grafik „Aufkommen ausgewählter gemeinschaftlicher Bundesabgaben“ ersichtlich. Trotz überdurchschnittlicher Zuwachsraten bei den einkommensabhängigen Abgaben entwickelt sich das Umsatzsteueraufkommen eher verhalten (plus 3,8 Prozent); das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Konsumausgaben der privaten Haushalte aller Voraussicht nach nur mäßig wachsen werden.

### Entwicklung kassenmäßiger Ertragsanteile – länderweise

Im Rahmen des Finanzausgleichs werden die steigenden

gemeinschaftlichen Bundesausgaben auch zu einem Ansteigen der kassenmäßigen abgestuften Ertragsanteile der Gemeinden im Jahr 2012 führen. Mit dem durchschnittlichen Ansteigen der abgestuften Ertragsanteile von 5,1 Prozent im Jahr 2012 sollte sich der Finanzierungssaldo der österreichischen Gemeinden insgesamt verbessern, allerdings nur unter der Voraussetzung einer moderaten Ausgabendynamik (Zinsen, Umlagen, Energiekosten etc.). Eine detaillierte Darstellung ist auf Seite 52 ersichtlich.

### Kassenmäßig abgestufte Ertragsanteile je Einwohner

Seit der von den Finanzausgleichspartnern im Jahr 2007 vereinbarten Anwendung der Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria, die mit dem FAG 2008 legislativ umgesetzt wurde, bildet die ab dem Jahr 2008 jeweils per 31. 10. eines jeden Jahres festgestellte Anzahl der Hauptwohnsitze einer Gemeinde die Grundlage für die Verteilung der Gemeindeertragsanteile (diese Verteilung hat das zehnjährige Volkszählungsintervall abgelöst). Für die Vorschau der Ertragsanteile der Gemeinden für 2012 ist somit nicht die Zuwachsrate der Ertragsanteile eines Bundeslandes maßgeblich, sondern die abgestuften Ertragsteile je Einwohner (EW) und Größenklasse, wie in der

►► weiter auf Seite 52

### Entwicklung BIP<sup>1</sup>

	2011	2012
<b>Real</b>	+ 3,0 %	+ 1,8 %
<b>Nominell</b>	+ 5,3 %	+ 3,9 %

<sup>1</sup> Daten WIFO: Prognose Q2/ 2011

2012 dürfte das BIP durch eine Verlangsamung der Konjunktur nur mehr plus 1,8 Prozent betragen, wie aus der Konjunkturprognose des WIFO für das zweite Quartal 2011 hervorgeht.

### Aufkommen ausgewählter gemeinschaftlicher Bundesabgaben<sup>2</sup> in Mio. Euro

	2011	2012	+ %
<b>Einkommensteuer</b>	2.700	2.850	5,6
<b>Lohnsteuer</b>	21.700	23.200	6,9
<b>Körperschaftsteuer</b>	4.900	5.400	10,2
<b>Umsatzsteuer</b>	23.500	24.400	3,8
<b>Summe aller gemeinschaftlicher Bundesgaben</b>	<b>68.200</b>	<b>72.100</b>	<b>5,7</b>

<sup>2</sup> Daten BMF

Dem Strategiebericht zum Bundesfinanzrahmengesetz (BFRG) 2012 bis 2015 beziehungsweise dem BFRG selbst liegt eine Prognose über die zukünftigen Wirtschaftsdaten und die entsprechende Entwicklung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben zu Grunde, aus der die voraussichtlichen Ertragsanteile für Bund, Länder und Gemeinden für das Jahr 2012 abgeleitet werden.



Die neuen Praxisplaner der Bank Austria

# Jederzeit den Überblick bewahren

Wolfgang Figl, Leiter des Bereichs Public Sector bei der Bank Austria, über die Vorteile einer professionellen Haushaltsplanung und was der Einsatz von Praxisplanern bringt.

ten für Neuinvestitionen auch die Folgekosten für Betrieb und Instandhaltung zu berücksichtigen.

## Gibt es dazu einen einfachen Weg?

Die Bank Austria hat in Kooperation mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung einen sehr einfach zu handhabenden Praxisplaner

entwickelt, der genau diese Frage beantwortet. Mit dem „Kommunalen Investitions- und Vorhabensplaner“ können alle Kosten berücksichtigt und verschiedene Szenarien durchgerechnet werden.

Mit dem „Kommunalen Investitions- und Vorhabensplaner“ können alle Kosten berücksichtigt und verschiedene Szenarien durchgerechnet werden.

Wolfgang Figl, Leiter des Bereichs Public Sector bei der Bank Austria

## Herr Figl, der finanzielle Spielraum ist für viele Gemeinden eng geworden. Was können sie tun?

Sie sollten jetzt besonders umsichtig und vorausschauend planen. Dazu gehört, neben den Anschaffungskos-

## Kommunalforen

Bank Austria  
KommunalForum 2011

**3. 10. 2011:**  
9.30 bis 15.00 Uhr,  
Bruck/Mur, Kulturhaus

**5. 10. 2011:**  
9.30 bis 15.00 Uhr,  
Salzburg, Tribühne Lehen

Haushaltssteuerung ist eine Gesamtsicht auf den Gemeindehaushalt inklusive der ausgegliederten Einheiten erforderlich.

## Mit dem Praxisplaner „Erweiterter Haushalts-Check“ wird das möglich?

Ja, wobei man nicht einfach alle Daten in einen Topf werfen darf. Die ausgegliederten Betriebe führen meistens eine doppelte Buchhaltung, Gemeinden arbeiten nach dem kameralistischen System. Der Praxisplaner berücksichtigt das und bringt die Daten auf einen gemeinsamen Nenner.

## Anfang Oktober lädt die Bank Austria zum traditionellen KommunalForum. Die Highlights aus dem Programm?

Wir werden u. a. den neuen Praxisplaner „Erweiterter Haushalts-Check“ vorstellen. Er ermöglicht die gesamthafte Darstellung und Analyse von Gemeindehaushalt und daraus ausgegliederten Betrieben.

## Warum ist das wichtig?

Nach einer Ausgliederung scheinen im Gemeindehaushalt weder die Einnahmen und Ausgaben des laufenden Betriebes, noch die Investitionen und Verbindlichkeiten der ausgelagerten Einheiten auf. Das bringt zwar steuerliche Vorteile für die Gemeinde, entspricht aber nicht ihren realen finanziellen Verhältnissen. Zur kommunalen

## Die Praxisplaner für Gemeinden.



Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Ihre Gemeindebetreuerin bzw. Ihren Gemeindebetreuer unter [publicsector.bankaustria.at](http://publicsector.bankaustria.at) oder Tel.: 05 05 05-41691.

### Für noch mehr Unterstützung bei der kommunalen Vorhabens- und Finanzplanung.

Immer weniger finanzieller Spielraum, aber immer mehr Aufgaben und steigende Kosten? Die Bank Austria unterstützt Österreichs Gemeinden mit praktischen Planungsinstrumenten, zusätzlichen Finanzmitteln und kompetenter Beratung. Profitieren Sie von unseren folgenden Serviceleistungen:

- Mehr Planungssicherheit und Überblick durch den „Kommunalen Investitions- und Vorhabensplaner“, ein gemeinsam mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung entwickeltes Tool aus der Serie der Praxisplaner.
- Die Praxisplaner – einfach anzuwendende, kostenlose Tools für die unterstützende Finanzplanung in den Bereichen Sozialhilfe, Krankenanstalten und Landesumlage, Kinderbetreuung, Senioren- und Pflegeheime, Bonitäts- und Risikoanalyse.
- Kredite zu begünstigten Konditionen im Rahmen der Gemeinde-Milliarde der Bank Austria.
- Umfassendes Know-how erfahrener und speziell geschulter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in eigenen Kompetenzzentren in ganz Österreich.

„Als langjähriger Partner der Öffentlichen Hand ist es für uns selbstverständlich, Österreichs Gemeinden in schwierigen Zeiten besonders zu unterstützen. Der Kommunale Investitions- und Vorhabensplaner als innovatives und einfach handzuhabendes Planungsinstrument trägt gemeinsam mit der Gemeinde-Milliarde der Bank Austria dazu bei, dass wichtige Investitionen im Bereich Infrastruktur und Daseinsvorsorge umsichtig geplant und erfolgreich umgesetzt werden können“, so Wolfgang Figl, Leiter Public Sector bei der Bank Austria.

Das Leben ist voller Höhen und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der  
**Bank Austria**  
Member of **UniCredit**

## Vorschau kassenmäßig abgestufte Ertragsanteile 2011 – 2012 in Millionen Euro

	Bgld.	Ktn.	NÖ.	OÖ.	Sbg.	Stmk.	Tirol.	Vbg.	Wien	Summe
<b>2011</b>	213,34	515,26	1346,89	1.288,05	567,56	1.042,82	704,38	378,42	2101,52	<b>8.158,23</b>
<b>2012</b>	224,45	543,77	1416,70	1.355,17	595,17	1.095,61	741,33	397,00	2200,70	<b>8.569,91</b>
<b>+ %</b>	5,2	5,5	5,2	5,3	4,9	5,1	5,3	4,9	4,7	<b>5,1</b>

Mit dem durchschnittlichen Ansteigen der abgestuften Ertragsanteile von 5,1 Prozent im Jahr 2012 sollte sich der Finanzierungssaldo der österreichischen Gemeinde insgesamt verbessern, allerdings nur unter der Voraussetzung einer moderaten Ausgabendynamik

## Abgestufte Ertragsanteile je EW und Größenklasse 2012 gegenüber 2011

Größenklasse	Bgld.	Ktn.	NÖ.	OÖ.	Sbg.	Stmk.	Tirol.	Vbg.
bis 10.000 EW	600 <b>569</b>	614 <b>580</b>	627 <b>594</b>	648 <b>614</b>	706 <b>671</b>	604 <b>574</b>	695 <b>659</b>	728 <b>693</b>
10.001 bis 20.000 EW	– <sup>3</sup> – <sup>3</sup>	634 <b>599</b>	648 <b>614</b>	670 <b>635</b>	729 <b>693</b>	624 <b>593</b>	718 <b>680</b>	752 <b>715</b>
20.001 bis 50.000 EW	740 <b>706</b>	761 <b>719</b>	777 <b>736</b>	804 <b>761</b>	– <sup>3</sup> – <sup>3</sup>	749 <b>711</b>	– <sup>3</sup> – <sup>3</sup>	– <sup>3</sup> <b>859</b>
über 50.000 EW	– <sup>3</sup> – <sup>3</sup>	888 <b>838</b>	907 <b>859</b>	937 <b>888</b>	1.020 <b>970</b>	874 <b>830</b>	1.006 <b>953</b>	– <sup>3</sup> – <sup>3</sup>

<sup>3</sup> Keine Gemeinde in dieser Größenklasse

Da es heuer wahrscheinlich zu keiner aktualisierten Steuerschätzung für 2012 kommen wird (dies hätte eine Änderung des BFRG zur Folge), ergeben die Ertragsanteile je Einwohner und Größenklasse laut obiger Tabelle, vervielfältigt mit der Einwohnerzahl der Gemeinde, die abgestuften Ertragsanteile 2012 für den entsprechenden Voranschlag. Die Ertragsanteile je EW für das laufende Jahr 2011 sind kursiv dargestellt.

Grafik „Abgestufte Ertragsanteile je EW und Größenklasse 2012 gegenüber 2011“ oben abgebildet. Diesen gegenübergestellt sind die Ertragsanteile je EW für das laufende Jahr 2011 (kursiv dargestellt).

Da es heuer wahrscheinlich zu keiner aktualisierten Steuerschätzung für 2012 kommen wird (dies hätte eine Änderung des BFRG zur Folge), ergeben die Ertragsanteile je Einwohner und Größenklasse laut obiger Tabelle, vervielfältigt mit der Einwohnerzahl der Gemeinde, die abgestuften Ertragsanteile 2012 für den entsprechenden Voranschlag (Basis für die Einwohnerzahl 2012 bildet die Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria per 31. 10. 2010.).

Als Voraussetzungen werden den Gemeinden der Getränkesteuerausgleich, der Anteil an der Werbeabgabe, der Mehraufwand für die Abschaffung der Selbstträgerschaft sowie der Anteil für den Haushaltsausgleich angewiesen.

Anmerkung: Für den Getränkesteuerausgleich muss für das

Jahr 2012 noch eine Regelung geschaffen werden. Größere finanzielle Einbrüche – die dadurch vor allem bei Tourismusgemeinden hätten entstehen können – wurden durch eine

Verlustdeckelung, die die kommunalen Spitzenverbände mit dem BM für Finanzen vereinbart haben, schon im Vorfeld abgewendet.

Die Abgeltung für den Mehraufwand durch die Abschaffung

der Selbstträgerschaft bleibt für die laufende FAG-Periode hingegen unverändert. Die Anteile an der Werbeabgabe bzw. die Mittel für den Haushaltsausgleich werden 2012 leicht ansteigen.

Im Zuge der Umstellung vom zehnjährigen Volkszählungsintervall auf die jährliche Erfassung der Hauptwohnsitze durch die Bevölkerungsstatistik der

Statistik Austria hat der Österreichische Gemeindebund in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen, dem Arbeits- und Informationsportal kommunalnet und den Gemein-

Für den Getränkesteuerausgleich muss für 2012 noch eine Regelung geschaffen werden. Größere finanzielle Einbrüche wurden durch eine Verlustdeckelung, die die kommunalen Spitzenverbände mit dem BM für Finanzen vereinbart haben, schon im Vorfeld abgewendet.



Prof. Dietmar Pilz ist Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes

deaufsichtsbehörden das „Finanzinformationssystem“ entwickelt, das den Gemeinden für den jährlichen Voranschlag die Einnahmen (aufgegliedert) des Unterabschnitts 925 liefert. Die spezifischen Einnahmenpositionen für das Jahr 2012 aller Gemeinden werden auch heuer ab Mitte November kostenlos auf [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at) einsehbar sein.

Investitionen in die Zukunft mit der Erste Group Immorent

# Kinderhaus inklusive Startwohnungen für Gemeinde Hart

Die attraktiven Konditionen bei Leasingfinanzierungen der Erste Group Immorent ermöglichten der steirischen Gemeinde Hart die Realisierung eines neuen Kinderhauses und damit die Verwirklichung einer Investition in die Zukunft.



Durch die Errichtung des Kinderhauses konnte nicht nur die Attraktivität der Gemeinde Hart als Wohngemeinde gesteigert werden, auch die Kinder sind begeistert von der großzügigen und modernen Einrichtung.

Nur wenige Autominuten von Graz entfernt etablierte sich die Gemeinde Hart zu einem sehr beliebten Wohngebiet, das die Nähe zur Stadt Graz mit den Vorteilen eines beschaulichen Landlebens verbindet. Zur weiteren Optimierung der Lebensqualität in Hart entschloss sich die Gemeinde zur Errichtung eines neuen Kinderhauses. Weiters sollten zehn Startwohnungen für junge Familien in das Projekt integriert werden. Die Ausschreibung der Gemeinde zur Finanzierung des Bauvorhabens konnte die Erste Group Immorent gemeinsam mit dem Partner Steiermärkische Bank und Sparkassen AG dank eines schlüssigen und vor allem kostengünstigen Finanzierungskonzeptes für sich entscheiden. Das Projekt wurde schließlich direkt neben der bestehenden Volksschule, teilwei-

se als Anbau zum Bestand, verwirklicht.

## ... eine Investition in Lebensqualität

Durch das Engagement der Gemeinde Hart und der Erste Group Immorent entstand mitten im Zentrum von Hart eine Kinderbetreuungseinrichtung mit Kinderkrippe, Kindergarten, Ganztagesbetreuung mit Freiflächen, Speisesaal, Bibliothek und Bewegungsräumen. Die Räumlichkeiten des Kinderhauses verteilen sich auf die untersten drei Etagen des vierstöckigen Gebäudes. Im zweiten und dritten Obergeschoss befinden sich jeweils fünf Wohnungen mit Wohnflächen zwischen 44 und 60 Quadratmetern. Durch die Errichtung des Kinderhauses konnte nicht nur die Attraktivität der Gemeinde Hart

als Wohngemeinde gesteigert werden, auch die Kinder sind begeistert von der großzügigen und modernen Einrichtung.

## ... flexible Finanzierung als Schlüssel zum Erfolg

Für die Finanzierung vertraute die Gemeinde Hart voll und ganz auf die Erste Group Immorent. Der hervorragende Ruf und das umfangreiche Know-how der Erste Group Immorent gaben den Ausschlag. Mit einer ausgefeilten Leasingfinanzierung, besten Konditionen und perfektem Service überzeugte der Immobilien- und Finanzierungs-Profi die Gemeinde. Ein besonderer Vorteil von Leasingfinanzierungen besteht darin, dass der Verschuldungsgrad der Gemeinde durch das Investment und die damit verbundene Finanzierung unberührt bleibt. Die Leasingraten werden über die laufenden Ausgaben abgerechnet und sind somit nicht Maastricht-relevant. Außerdem kann die Erste Group Immorent als Finanzierungsgesellschaft die Vorsteuer geltend machen und diesen Steuervorteil an die Gemeinde weitergeben. „Wir sind ein verlässlicher Partner für Gemeinden und unterstützen sie vom ersten Entschluss zur Projektrealisierung bis zur schlüsselfertigen Übergabe“, bestätigt auch Brigitte Bruckmüller, Geschäftsführerin der Erste Group Immorent in Österreich.

## Information

Erste Group Immorent  
Mag. Brigitte Bruckmüller  
Tel.: 050100-27261  
E-Mail: [brigitte.bruckmueller@immorent.com](mailto:brigitte.bruckmueller@immorent.com)  
[www.erstegroupimmorent.at](http://www.erstegroupimmorent.at)



BAWAG P.S.K. – Moderne Werkzeuge helfen den Gemeinden, aber:

# Trotz höchster Bonität ein Auge auf Verpflichtungen werfen

Die Kommunen Österreichs sind nach wie vor „Schuldner höchster Bonität“. Damit das so bleibt, müssen sie auch die Spielregeln des Finanzmarktes kennen und nutzen können. Welche Instrumente helfen, darüber sprach KOMMUNAL mit Dr. Christoph Raninger, BAWAG P.S.K.-Ressortverantwortlicher für „Corporates und Financial Markets“, zu dem auch das kommunale Geschäft zählt.

**Vorab eine allgemeine Frage: Wie schätzen Sie die Finanzentwicklung der österreichischen Gemeinden ein? Ist die vielzitierte Krise vorbei?**

**Christoph Raninger:** Österreichs Kommunen bewegen sich seit einigen Jahren in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld, was nicht ohne Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte blieb. Die angespannte Finanzlage führte sicherlich in vielen Kommunen zu einer zurückhaltenden Investiti-

Kostensteigerungen der Länder und Gemeinden in den Jahren 2011 bis 2014 decken soll.

**Wie entwickelt sich Ihrer Meinung nach das Steueraufkommen, denn davon hängen auch die Einnahmen der Gemeinden ab?**

Die Entwicklung der kommunalen Ertragsanteile weist wieder eine positive Tendenz auf. Es ist zu erwarten, dass die Tiefststände der vergangenen zwei Jahre weitestgehend überwunden sind. Das Steueraufkommen des kommunalen Sektors erreicht somit annähernd wieder jenes

Niveau, das vor der Finanzkrise bestand.

**Wie sehen Sie die Debatte um die Schulden der öffentlichen Haushalte in Österreich? Und wie schätzen Sie die Schulden-**

**situation der Gemeinden ein?**

Österreichs Städte und Gemeinden sind weiterhin Schuldner mit höchster Bonität. Bei der Beurteilung der Finanzsituation der Gemeinden dürfen jedoch die Verpflichtungen gegenüber diversen Verbänden (zum Beispiel Wasserverbände) sowie die Verpflichtungen, die ausgegliederten Betriebe in den ver-

gangenen Jahren eingegangen sind, nicht unberücksichtigt bleiben. Beides beeinflusst die Finanzsituation wesentlich und engt zweifelsohne den finanziellen Spielraum der kommunalen Haushalte ein.

**Das neue Finanzmanagement-Tool der Bank, das „BAWAG P.S.K. Finance Cockpit“, soll einen signifikanten Schritt in Richtung „modern banking“ setzen. Was kann man als Laie darunter verstehen? Wie würden Sie das einem Nebenberufsbürgermeister – am besten ohne Fremdwörter – erklären?**

Die BAWAG P.S.K. bietet seit kurzem sowohl Unternehmen als auch Kommunen mit dem „BAWAG P.S.K. Finance Cockpit“ eine neuartige webbasierte Lösung an, die den Anwendern die zeitnahe, übersichtliche und nachvollziehbare Darstellung all ihrer Zahlungsströme sowie die bestmögliche Durchführung von Zins- und Währungstransaktionen ermöglicht. Man kann sich das wie ein hoch entwickeltes Navigationssystem vorstellen, mit dem die Kunden die Möglichkeit haben, stets die Kontrolle und den Überblick über sämtliche Kontobewegungen zu haben und so rechtzeitig zu disponieren. Gleichzeitig haben sie jederzeit den vollständigen Überblick über die Zins- und Währungsrisiken, was speziell in turbulenten Zeiten – wie diesen – unheimlich wichtig ist. Mit dem „BAWAG P.S.K. Finance Cockpit“ ist die BAWAG P.S.K. als größter österreichischer Zahlungsverkehrs-Anbieter einen Schritt weiter gegangen, um unseren Kunden nicht nur eine umfassende Zahlungsverkehrs-, sondern auch eine Risikomanagementplattform zu bieten.

**Ist dieses „Finance Cockpit“ für die ausgelagerten Betriebe der**

Die Entwicklung der kommunalen Ertragsanteile weist wieder eine positive Tendenz auf. Es ist zu erwarten, dass die Tiefststände der vergangenen zwei Jahre weitestgehend überwunden sind.

Christoph Raninger wirft einen optimistischen Blick in die Zukunft

onständigkeit, wenn es um die Realisierung neuer Projekte ging. So würden beispielsweise im Sozial- und Pflegebereich auf die Kommunen in Zukunft größere Belastungen zukommen. In diesem Sinne ist daher die Einigung von Bund, Ländern und Gemeinden zur Schaffung eines Pflegefonds richtungweisend, der die diesbezüglichen



Foto: Nikolaus Formanek



„Österreichs Städte und Gemeinden sind weiterhin Schuldner mit höchster Bonität. Bei der Beurteilung der Finanzsituation dürfen jedoch die Verpflichtungen gegenüber diversen Verbänden sowie die Verpflichtungen, die ausgegliederte Betriebe in den vergangenen Jahren eingegangen sind, nicht unberücksichtigt bleiben.“ Raningers Einschätzung der Schuldensituation.

#### **Kommunen oder der kommunalen Verbände anwendbar?**

Das „BAWAG P.S.K. Finance Cockpit“ ist für die Finanzverwaltung sowohl im Kommunal-, im Verbandsbereich wie auch bei ausgelagerten Betrieben einsetzbar. Dieses Tool verbindet alle Konten, Bankverbindungen und Transaktionen von Betrieben, wirtschaftlichen Einheiten sowie deren Tochtergesellschaften. Bei Kommerzkunden werden noch Filialen und die verschiedenen internationalen Standorte mit eingebunden.

#### **Können Gemeinden als Verwaltungseinheiten diesen Service auch nutzen? Wenn ja: Was wären die Vorteile für Verwaltung und welche die für die Bürger? Und wenn nein: Welche Voraussetzungen müsste die Gemeinde schaffen, damit es genutzt werden kann?**

Das „BAWAG P.S.K. Finance Cockpit“ ist insbesondere für Städte und Gemeinden von Nutzen, die mehrere Kontoverbindungen im Inland besitzen. Bestehen ausgegliederte Gesellschaften so lassen sich diese ebenso problemlos in das Finanzmanagementsystem einbinden. Mit diesem neuen Tool ist eine bessere Verwaltung und Kontrolle der Zins- und Währungs-transaktionen zu erreichen. Sowohl die kurzfristigen Dispositionen als auch die Planung der mittel- bis langfristigen Liquiditätsentwicklung wird deutlich verbessert.

**Eines der Werkzeuge ihres Finanzmanagement-Tools ist die Verwaltung von Zinsen- und Währungs-transaktionen. Kann**

#### **man Gemeinden in der derzeitigen Situation noch zu Währungs-spekulationen raten?**

Im Sinne der Verpflichtung zu den Haushaltsgrundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sind einer Kommune enge Grenzen gesetzt. In den vergangenen Jahren haben viele Kommunalkunden sicherlich den Zinsvorteil einer Fremdwährungsfinanzierung genutzt und dem Faktor Währungsrisiko eher weniger Beachtung geschenkt. Sich gegen Marktrisiken abzusichern und Spekulation zu vermeiden, sollte für jede Kommune ein Kompromiss sein.

#### **Welchen Rat würden Sie Gemeinden geben, die etwa Franken-Kredite laufen haben?**

Die jeweiligen Finanzierungsstrukturen wären im Einzelfall zu prüfen. Sinnvoll ist jedenfalls zu versuchen, die Fremdwährungsausstände über Tilgungen zu reduzieren und sich Gedanken darüber zu machen, bei welchem Kurs ein Umstieg in eine risikofreie Euro-Finanzierung realisiert werden kann.

**Das „Business Solution Partner-Konzept“ der BAWAG ist eine weitere Neuheit, die Ihr Institut im heurigen Frühjahr präsentiert hat. Würden Sie es für unsere Leser kurz umreißen?**

Der Business Solution Partner stellt die erste Kontaktstelle und primäre Ansprechperson für alle Anliegen unserer Kommunal-kunden dar. Wie ein Generalunternehmer, der verschiedene Baugewerbe koordiniert, agieren unsere „Business Solution Partner“ nun quasi als „Generalunternehmer“ der Finanzbranche. Sie können mit Unterstützung der Produktpartner aus dem integrierten Bereich „Corporates & Financial Markets“ aus der gesamten Produktpalette – von strukturierten Finanzierungen über Leasing, Zahlungsverkehr, Kapitalmarktprodukte und vieles mehr – die optimalen Lösungen erstellen. Kundenbedürfnisse werden punktgenau erkannt und individuelle Lösungen gefunden. Mit diesem Konzept setzen wir uns drei Leistungskriterien zum Ziel: Qualität, Verlässlichkeit und Schnelligkeit.

#### **Ihr neues „One Face to Customers“-Prinzip“ verspricht Expertenwissen ohne weitere Umwege zu den Kunden. Auch hier wieder die Frage: Können Gemeinden dieses gebündelte Expertenwissen nutzen?**

Selbstverständlich, die BAWAG P.S.K. offeriert eine breite Palette an Finanzprodukten und Finanzierungslösungen im kommunalen Sektor. Eine umfassende Expertise sämtlicher



Foto: Nikolaus Formanek

Das „BAWAG P.S.K. Finance Cockpit“ ist insbesondere für Städte und Gemeinden von Nutzen, die mehrere Kontoverbindungen im Inland besitzen. Bestehen ausgegliederte Gesellschaften, so lassen sich diese ebenso problemlos in das Finanzmanagementsystem einbinden.

Raninger über die Top-Angebote für Gemeinden

Produktbereiche aus einer Hand ist dabei das vorrangige Ziel der Beratungskompetenz des Business Solution Partners. So lassen sich auf kurzem Wege Optimierungspotenziale finden und rasch unter Einbeziehung sämtlicher Produktlösungsmöglichkeiten realisieren.

## Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ)

# Die Organisationsform entscheidet über den Erfolg

Die rechtlichen Möglichkeiten für die Zusammenarbeit von Kommunen wurde durch die Initiative des Bundesrates diesen Sommer vereinfacht. Die Frage blieb allerdings offen, aus welchen Organisationsformen die Gemeinden wählen können. Eine Diplomarbeit befasste sich mit den derzeit möglichen Organisationsformen KOMMUNAL stellt sie vor.

Elmar Rodler

Vor dem Hintergrund leerer Gemeindekassen und demografischer, kultureller, ökonomischer, ökologischer, sozialer und technologischer Veränderungen ist eine zukunftsorientierte Kommunalpolitik angehalten, innovative Einsparungspotenziale zu erkennen. Vorhandene Ressourcen sind im Sinne von Wirtschaftlich-

Vorhandene Ressourcen sind im Sinne von Wirtschaftlichkeit und Qualitätsverbesserung optimal zu nutzen.

keit und Qualitätsverbesserung optimal zu nutzen. Eine zielgerichtete, nachhaltige Kommunalpolitik muss genau dort ansetzen, wo auch aus Sicht ihrer Bürgerinnen und Bürger Handlungsbedarf besteht, denn im Mittelpunkt jeglichen kommunalen Handelns steht die jeweilige Dienstleistung für den Bürger. Dies gilt gleichermaßen für Pflicht- als auch für freiwillig übernommene Aufgaben, die von einer Gemeinde erfüllt werden. Hierbei muss man sich vom „Kirchturmdenken“ lösen und über den eigenen Tellerrand (sprich die Gemeindegrenzen) hinausblicken. Denn nicht nur Kapital wird immer beweglicher, sondern auch die Menschen und Betriebsstätten. Es ist ein wahrer Wettbewerb um Betriebsniederlassungen und Zu-

zügler zwischen den Kommunen entstanden. Viele Gemeinden stoßen jedoch bei ihrem Bemühen, ein Mehr an Lebensqualität für ihre Bewohner und ein attraktives Angebot für neue Betriebsniederlassungen zu schaffen, bereits an ihre ressourcenbedingten Grenzen.

### Die Lösung heißt IKZ

Als attraktive Lösungsmöglichkeit aus diesem Dilemma rückte in den letzten Jahren immer mehr die interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) in den Mittelpunkt der kommunalpolitischen Diskussion. „In der heutigen Praxis versteht man unter dem Begriff der interkommunalen Zusammenarbeit die institutionalisierte Kooperation von zwei oder mehreren Gemeindeverwaltungen mit dem Ziel, bestimmte Aufgaben besser oder billiger zu erbringen als bei einer isolierten Aufgabenerfüllung. Dem Grundsatz der Gemeindeautonomie entspricht es, dass die Zusammenarbeit überwiegend auf freiwilliger Basis erfolgt.“ Laut Mugler et al. können durch Kooperationen „lokale Synergien“ geschaffen und genutzt werden, und genau davon versuchen Gemeinden durch interkommunale Zusammenarbeit zu profitieren. Gemeindeübergreifendes Kooperieren soll unter anderem helfen, Auslastungsgrade zu erhöhen, Leerkapazitäten zu vermeiden, Engpässe zu reduzie-

ren, Leistungen zu verbessern, Größenvorteile zu nutzen und Kosten zu senken. Ein weiterer spezifischer Kooperationsvorteil ist der Abbau der Erpressbarkeit einzelner Gemeinden, da sie von standortsuchenden Unternehmen nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden können. Nicht selten fehlen den Gemeinden auch die notwendigen finanziellen Mittel und das Know-how zur Aufbereitung und Vermarktung von Betriebsflächen. Die Praxis verdeutlicht, dass meist mehrere Gründe gleichzeitig wirksam werden, wenn sich eine Gemeinde entschließt, interkommunal zusammenzuarbeiten. Durch eine Bündelung der Kräfte soll es einerseits den Gemeinden auch in Zukunft möglich sein, alle Aufgaben bestmöglich und andererseits additiv Projekte voranzutreiben, die sie als einzelne Gemeinde nicht bewältigen hätten können oder deren finanzieller Aufwand risikopolitisch nicht vertretbar gewesen wäre. Vereinfacht formuliert soll durch kooperatives Handeln der Kommunen bessere Leistung bei reduzierten Kosten erbracht werden. Das Konzept der interkommunalen Zusammenarbeit ist nicht neu, jedoch hat sich die Aufgabenpalette, die mittels IKZ bewältigt wird, in den letzten Jahren vervielfacht. Tourismus, Abfallbeseitigung, Schulwesen, Wasserentsorgung oder Regionalentwicklung sind nur einige Bereiche, in denen Gemeinden mit einer oder mehreren anderen Gemeinden bereits erfolgreich kooperieren. Die Aufgabenerfüllung innerhalb der Kooperation kann auf drei verschiedene Arten erfolgen:

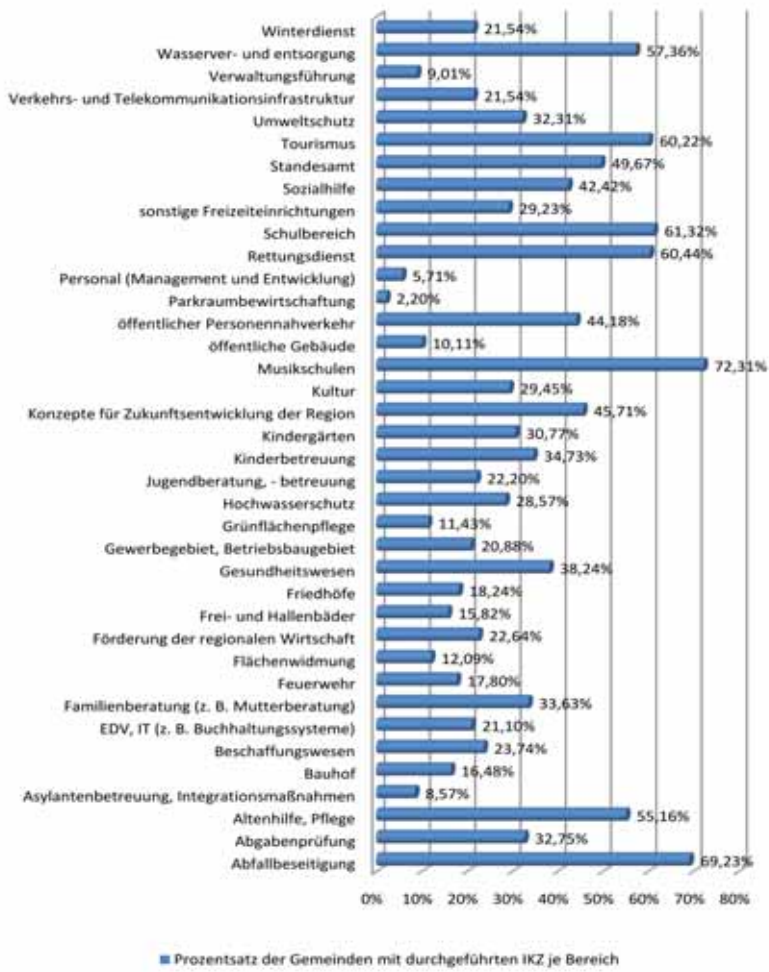
- ▶ Eine Gemeinde alleine erfüllt eine oder mehrere Aufgaben für mindestens zwei Gemein-



Mag. Elmar Rodler  
ist Projektleiter bei  
L.S.Z. Consulting



**Bereiche in denen IKZ durchgeführt werden**



Grifik: Elmar Rodler

- den (Sitzgemeindemodell).
- Mehrere Gemeinden zusammen erfüllen eine oder mehrere Aufgaben für mindestens zwei Gemeinden (Zusammenarbeit im engeren Sinn).
- Eine dritte juristische Person erfüllt eine oder mehrere Aufgaben für mindestens zwei Gemeinden.

Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg von IKZ ist die passende Wahl der Organisationsform. Bei jeder einzelnen geplanten Kooperation ist es absolut notwendig, dass genau analysiert wird, welche Kooperationsform der jeweiligen Zielerreichung am dienlichsten ist. Grundsätzlich gesprochen ist jene Organisationsform zu wählen, die die gewollte Leistung zu einer angemessenen Qualität gewährleistet, eine bürgernahe Leistungserstellung ermöglicht und die geringsten Transaktionskosten verursacht. Als nicht-vertragliche Bindungen gelten alle informellen Kooperationen. Diese stützen sich nicht auf ein formal angefertigtes Re-

**MIT EINEM BOXENSTOPP IN DIE SPITZENKLASSE DER POSTBEARBEITUNG.**



gelwerk, das bei Zuwiderhandeln zu Sanktionen führt, und verursachen dadurch den geringsten Verwaltungsaufwand und die niedrigsten Kosten aller gängigen Kooperationsformen und bewahren die Eigenständigkeit der Gemeinden. Inhalt und Intensität der Kooperation entwickeln und verändern sich je nach Notwendigkeit und Interessen der Beteiligten. Bedeutung kommt informellen Beziehungen auch in allen anderen Kooperationsformen zu, da sie das Vertrauen unter den Kooperationspartner stärken und so zu mehr Stabilität und verringertem Risiko opportunistischen Handelns beitragen. Häufig sind auch kleinere, informelle Projekte Impulsgeber für größere, formalisierte Kooperationen. Der Gemeinde steht es als selbstständigem Wirtschaftskörper frei, privatrechtliche Verträge (vertragliche Bindungen) abzuschließen. Relativ unkompliziert können so Vereinbarung über IKZ getroffen werden. Es wird vertraglich festgelegt, welche Leistungen von welchem Kooperationspartner, zu welchem Preis und in

Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg von IKZ ist die passende Wahl der Organisationsform. Es ist absolut notwendig, dass genau analysiert wird, welche Kooperationsform der jeweiligen Zielerreichung am dienlichsten ist.

welcher Qualität erbracht werden müssen. Es entsteht keine eigene Rechtspersönlichkeit. Durch den Vertrag wird lediglich eine Aufgabe an eine Verwaltungs- oder Organisationseinheit delegiert. Die Vorteile sind der hohe Grad an Flexibilität bei der Ausgestaltung der Verträge und der Aufgabenübertragung und die verhältnismäßig geringen Kosten. Als nachteilig hat sich erwiesen, dass eine längerfristige Aufgabenerfüllung aufgrund der in der Regel unkomplizierten Kündbarkeit privatrechtlicher Verträge nicht garantiert werden kann. Des Weiteren besteht keine Haftungsbeschränkung für die Gemeinde, wenn sie privatrechtliche Vereinbarungen eingeht. Behördliche Aufgaben dürfen nicht mittels Privatrechtsverträgen interkommunal übertragen werden.

### Gemeindeverbände ...

... sind die häufigste Form interkommunaler Kooperation und finden großteils im Bereich der Daseinsvorsorge Anwendung, besonders in der Abwasser- und Wasserversorgung. Laut § 116a Abs. 4 B-VG regeln Landesgesetze die Organisation der Gemeindeverbände. Als Organe sind „jedenfalls eine Verbandsversammlung, die aus gewählten Vertretern aller verbandsangehörigen Gemeinden zu bestehen hat“, sowie ein Verbandsobmann vorzusehen. Der Gemeindeverband gilt als Körperschaft öffentlichen Rechts und tritt bei der an ihn übertragenen Aufgaben an die Stelle der Mitgliedsgemeinden. Er übernimmt deren Zuständigkeit, wird Aufgabeneinhaber bzw. -träger und eigene Rechtspersönlichkeit, die die Aufgaben im eigenen Namen, durch eigene Organe und in eigener Verantwortung ausführt. Als Vorteile des Gemeindeverbandes können angeführt werden, dass diese Kooperationsform verfassungsgesetzlich geregelt ist, dass sowohl hoheitliche

[www.erstebank.at](http://www.erstebank.at) [www.sparkasse.at](http://www.sparkasse.at)

„Gemeinden brauchen eine Bank, die ihre Finanzbedürfnisse kennt.“

Martin Wohlich, Erste Bank und Sparkasse

„Und die passenden Lösungen findet.“

Petra Kern, Erste Bank und Sparkasse

**ERSTE**  **SPARKASSE**   
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Gemeindeverantwortliche mit Weitblick handeln jetzt und setzen auf eine erfahrene Bank, die fest in den Regionen Österreichs verwurzelt ist und ihre Bedürfnisse kennt. Mit einem praktischen Werkzeug wie dem „kommunalen Zinssteuerungsvergleich“ behalten Sie immer den Überblick über alle Finanzen. Wenn Sie wissen wollen, wie Ihre Gemeinde von unserem Know-how profitieren kann, vereinbaren Sie gleich einen Beratungstermin mit einem Kundenbetreuer der Erste Bank oder Sparkasse oder unter 05 0100 - 50500.



als auch privatwirtschaftliche Aufgaben ausgeführt werden können, dass alle Kooperationsgemeinden in der Verbandsversammlung vertreten sind und so unmittelbar auf die Geschicke des Verbandes Einfluss nehmen können und dass eine eigenständige Finanzierung möglich ist. Des Weiteren ist der relativ geringe Gründungsaufwand als vorteilhaft anzuführen. Als nachteilig gelten die eingeschränkte Flexibilität, die Begrenzung auf Landesgrenzen und der finanzielle und administrative Aufwand. Da Verbände immer nur für einen Zweck gegründet werden können, gibt es in kooperationsbereiten Gemeinden viele Verbände nebeneinander (z. B. Abwasserverband, Standesamtsverband, Schulverband, Tourismusverband etc.). Mehrzweckverbände könnten hier Abhilfe schaffen.

### Freiwillige Verwaltungsgemeinschaften

Die Möglichkeit zur Bildung freiwilliger Verwaltungsgemeinschaften muss durch entspre-

Verwaltungsgemeinschaften besitzen keine eigene Rechtspersönlichkeit und treten im Namen der betroffenen Gemeinden auf. Sie dienen als Hilfsorgane für die weisungsbefugten Organe der jeweiligen Gemeinden.

chende Regelungen in den jeweiligen Gemeindeordnungen geschaffen werden. Einer Verwaltungsgemeinschaft ist es sowohl erlaubt, Aufgaben des eigenen, wie auch des übertragenen Wirkungsbereichs sowie Aufgaben der Hoheits- und auch der Privatwirtschaftsverwaltung wahrzunehmen. Es kann entweder die gesamte Gemeindeverwaltung auf die Verwaltungsgemeinschaft übertragen werden oder auch nur einzelne Aufgabenfelder. Verwaltungsgemeinschaften besitzen keine eigene Rechtspersönlichkeit und treten im Namen der betroffenen Gemeinden auf. Sie dienen als Hilfsorgane für die weisungsbefugten Organe der jeweiligen Gemeinden. Als vorteilhaft gilt diese Form der Kooperation durch ihre höhere

Wirtschaftlichkeit in der Aufgabenerfüllung, bspw. durch den Abbau von Doppelgleisigkeiten, durch Leistungsverbesserungen für den Bürger, z. B. durch den gemeinsamen Einsatz von Fachpersonal und durch den geringeren Aufwand bei der Bildung als bei einem Gemeindeverband.

Als Nachteil einer zentralen Verwaltung gelten die verringerte Bürgernähe, das Nichtvorhandensein eigener Finanzierungsquellen und die Nichtumsetzbarkeit von bundesländerübergreifender Verwaltungsgemeinschaften.

### Ein Verein ...

... genießt Rechtspersönlichkeit, die Übernahme hoheitlicher Aufgaben ist ihm jedoch gesetzlich verwehrt. Die Gemeinden sind Vereinsmitglieder und können zur gemeinsamen Willensbildung die Mitgliederversammlungen nutzen. Die wesentlichen Vorteile des Vereins als Kooperationsform sind die rasche Gründung und der einfache Beitritt von Mitgliedern. Nachteilig ist wiederum

## DIE POSTSTELLEN ZERTIFIZIERUNG DER ÖSTERREICHISCHEN POST AG BRINGT SIE IN POLE-POSITION – JETZT KOSTENLOSE AKTION NUTZEN!

Im Rennsport wie in der Postbearbeitung gilt: Erfolg ist messbar. Wer Spitzenleistungen im Bereich Effizienz und Geschwindigkeit erbringen will, darf nichts dem Zufall überlassen.

Die **Poststellen Zertifizierung der Österreichischen Post AG** mit einem kurzen Boxenstopp bei den Post-Profis macht Ihre Poststelle noch leistungsfähiger. Neben qualitativen und quantitativen Faktoren werden auch die individuellen Eigenheiten in Ihrer Poststelle bewertet. Sie erhalten eine aufschlussreiche Standortbestimmung und erkennen Stärken sowie Verbesserungspotenzial. Das Fine-Tuning bringt Sie in die Pole-Position!

Als Sonderaktion gibt es die Poststellen Zertifizierung im Wert von 200 Euro jetzt kurze Zeit kostenlos.

Vereinbaren Sie noch heute einen Termin für Ihre kostenlose Poststellen Zertifizierung:

[business.services@post.at](mailto:business.services@post.at) oder telefonisch unter: 057767 21416.

Weitere Informationen finden Sie auf [www.post.at/business](http://www.post.at/business)



der unkomplizierte Austritt aus dem Verein, der zu einem Mangel an längerfristiger Stabilität führen kann. Da dem Verein laut VerG eine ausschließliche Gewinnausrichtung verboten ist, ist die Eignung für erwerbswirtschaftliche Betätigungen eingeschränkt.

### Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Wollen Gemeinden eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gründen, bedarf es eines Gesellschaftsvertrages, der Bestellung der Geschäftsführer, eines Firmenbucheintrags und einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung. Das Stammkapital der GmbH muss mindestens 35.000 Euro betragen. Eine Kooperation in Form einer GmbH hat Rechtspersönlichkeit und kann zu jedem zulässigen Zweck, sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus ideellen Gründen, durch eine oder mehrere Gemeinden gegründet werden. Die Gemeinden in ihrer Funktion als Gesellschafter haften nur mit ihren Einla-

Zusammenfassend kann man sagen, dass mit zunehmender Komplexität der IKZ und einem damit verbundenen höheren finanziellen Aufwand die Gemeinden eher eine stärker institutionalisierte und rechtlich formalere Kooperationsform wählen, da dadurch Verbindlichkeit und Dauerhaftigkeit der Vereinbarung besser gewährleistet sind.

gen, die GmbH selbst ist unbeschränkt haftbar. Zur gemeinsamen Willensbildung und Mitwirkung am Wirtschaften der GmbH können die Gemeinden die Gesellschafterversammlung nutzen. Die GmbH zeichnet sich positiv durch flexible Gestaltungsmöglichkeiten, vor allem durch die Loslösung von kommunalrechtlicher Bindungen in finanzieller und personalwirtschaftlicher Hinsicht, beschränkte Haftung der Gemeinden, umfangreiche Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten, kürzeren Entscheidungsprozessen und eine kaufmännische Ausrichtung der Aufgabenwahrnehmung aus. Im Falle der Ge-

winnerzielung können auch fiskalische Aspekte von Vorteil sein. Vor allem für kleinere interkommunale Kooperationen sind GmbHs in der Gründung wohl zu aufwändig und in der Führung wahrscheinlich zu kostenintensiv. Des Weiteren können von einer GmbH keine hoheitlichen Tätigkeiten wahrgenommen werden. Meist wird die Kooperationsform GmbH gewählt, wenn es gilt, größere Investitionen zu realisieren (z. B. Wasserversorgung) oder private Unternehmen in eine öffentliche Gesellschaft einzubinden.

### Genossenschaft

Zweck einer Genossenschaft ist vorrangig die wirtschaftliche Förderung ihrer Mitglieder, im speziellen Fall der IKZ ihrer Mitgliedsgemeinden. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Vorteile einer Kapitalgesellschaft mit jenen eines Vereins vereint. Es stehen flexible Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung zur Verfügung und der Genossenschaft ist eine Gewinnerzielung erlaubt. Zusätzlich ist ein unkomplizierter Ein- und Ausstieg möglich und hohe Mitgliederzahlen sind unproblematisch. Die Gründungskosten sind im Vergleich zur GmbH äußerst gering (kein Mindestkapital!) und der Organisationsgrad kann autonom gestaltet werden. Rechtlich gesehen ist die Genossenschaft eine juristische Person und dadurch selbst Träger von Rechten und Pflichten. Der Vorstand trägt eine Verschuldens- und keine Erfolgshaftung, das Unternehmensrisiko wird von der Genossenschaft getragen, die Haftung der Gemeinde als Genossenschafter ist auf die doppelte Einlage beschränkt und wird bei Konkurs oder Liquidation schlagend, wenn nicht alle Verbindlichkeiten abgedeckt werden können.

Zusammenfassend kann man sagen, dass mit zunehmender Komplexität der IKZ und einem damit verbundenen höheren finanziellen Aufwand die Gemeinden eher eine stärker institutionalisierte und rechtlich formalere Kooperationsform wählen, da dadurch Verbindlichkeit und Dauerhaftigkeit der Vereinbarung besser gewährleistet sind.

**WIR UNTERSTÜTZEN ÖSTERREICHS GEMEINDEN. UND SIE PROFITIEREN DAVON.**

Kommunalleasing  
Infos unter: 0810 20 52 51

www.leasing.at

**BAWAG PSK Leasing**



Die neue Halle von Stangl Kommunaltechnik in Straßwalchen.

Stangl investiert in Betriebserweiterung

## Mehr Platz zum 30er

Stangl feiert 2011 nicht nur sein 30-jähriges Bestehen, sondern investiert in diesem Jahr auch kräftig in die Erweiterung des Unternehmens. Mitte September wird die neue Maschinenhalle ihrer Bestimmung am Standort der Stangl-Zentrale in Straßwalchen übergeben. Die neue Halle umfasst 540 m<sup>2</sup>, die Stangl Kommunaltechnik erhält in der erweiterten Betriebsstätte einen großen Teil des neuen Platzes, um für den umfangreichen Fuhrpark an Vorführ- und Neufahrzeugen für die Auslieferung ausreichenden Raum zur Verfügung zu haben. „Stangl ist auch in den vergangenen zehn Jahren stark gewachsen. Die neue Maschinenhalle bietet uns den dringend benötigten zusätz-

lichen Platz, den wir für eine weiterhin hohe Maschinen- und Teilverfügbarkeit zu Gunsten unserer Kunden benötigen“, meint Geschäftsführerin Judith Stangl-Widmar. Insgesamt wurden am Standort Straßwalchen rund 700.000 Euro und 3500 m<sup>2</sup> neu investiert, Platz für künftige Erweiterungen ist also vorhanden.

### Information

Stangl Kommunaltechnik  
Gewerbegebiet Süd 1  
5204 Straßwalchen  
[info@kommunalmaschinen.at](mailto:info@kommunalmaschinen.at)  
[www.kommunalmaschinen.at](http://www.kommunalmaschinen.at)

E.E.

Urnen-Gedenksteine schaffen Platz im Friedhof

## Stilvolle und doch kostengünstige Bestattung

Immer mehr Menschen werden in Urnen bestattet. Um diese im Friedhof stilvoll aufzubewahren, gibt es die neuen patentierten Urnen-Gedenksteine. Darin können einzelne oder mehrere Urnen aufbewahrt werden.

Für die Gemeinde ist diese Bestattungsform von Vorteil, weil deutlich weniger Platz als für ein traditionelles Grab benötigt wird.

Durch die Beschaffenheit der Gedenksteine ist es der Gemeinde möglich, einen kleinen Bereich im Friedhof für Urnengräber zu gestalten, der jederzeit erweitert werden kann. Die Aufstellungskosten sind im Vergleich zur Grabbestattung sehr gering, und längerfristig fallen kaum Renovierungskosten an.



Urnen-Gedenksteine brauchen deutlich weniger Platz als ein traditionelles Grab.

### Information

Andreas Aigner,  
Grabstätten für Urnen,  
Wandbeschichtungen  
Oberweißburg 112  
5582 St. Michael  
Mobil: 0660/464 80 16  
Mail: [info@bronzen.at](mailto:info@bronzen.at)  
Web: [www.bronzen.at](http://www.bronzen.at)

E.E.

**FAAC**  
Simply automatic.



FAAC **Poller** regeln  
die Zufahrten in die  
**Salzburger**  
**Altstadt.**



Über intelligente Lösungen im Bereich Parkplatz- und Zufahrtsregelung informieren wir Sie gerne persönlich unter +49/8654/4981-0 oder besuchen Sie uns auf [www.faac.de](http://www.faac.de).

**Poller . Schranken . Funk . Zubehör**  
FAAC GmbH Deutschland und Österreich

kreisrund.at





KA DIREKT – eine Veranlagung auf Knopfdruck

## Die attraktive Dienstleistung für Gemeinden

Mit KA DIREKT managen Gemeinden ihre Finanzen jetzt noch komfortabler. Die Online-Terminanlage der Kommunalkredit Austria ist eine attraktive Möglichkeit, kurzfristig Geld ertragreich anzulegen.

Eine Kommunalnet-Umfrage im März 2011 zur Rücklagenentwicklung in den österreichischen Gemeinden bestätigte die hohe Bedeutung von liquiden Rücklagen als wesentliches Instrument für die Finanzgebarung der Gemeinden.

### KA DIREKT – kurzfristig ertragreich anlegen

Darauf aufbauend hat die Kommunalkredit, als lösungsorientierter Partner der Gemeinden, für dieses Potenzial ein elektronisch basiertes EURO-Veranla-



gungsprodukt für Österreichs Gemeinden und gemeindenahe Unternehmen entwickelt, um damit Liquiditätsüberschüsse kurz- bis mittelfristig veranlagen zu können – KA DIREKT. Schon ab 20.000 Euro können Termineinlagen bei der Kommunalkredit abgeschlossen werden, die das Geld zu attraktiven Konditionen veranlagt. Der Kunde bekommt immer den aktuellsten Zinssatz für die gewählte Laufzeit, derzeit\* zum Beispiel bis zu 2,55 Prozent p. a. Die Abwicklung erfolgt sowohl ohne

\* Zinssatz gültig bis 30. 9. 2011

administrativen Aufwand – eine eigene Kontoeröffnung ist nicht erforderlich – als auch kostenfrei – ohne Verrechnung von Kontoführungsprovisionen, Spesen oder Gebühren. Was bleibt, ist Ihr Ertrag. Die Höhe des Zinssatzes ist täglich aktuell im Internet unter [www.kadirekt.at](http://www.kadirekt.at) abrufbar. Der Zinssatz ist für die gesamte gewählte Laufzeit (1, 3, 6 oder 12 Monate) garantiert. Falls Sie eine Termineinlage verlängern möchten, genügt ein Mausklick. Andernfalls bekommen Sie nach Ablauf der Veranlagungsfrist automatisch den Betrag auf Ihr

Konto gutgeschrieben.

**KA DIREKT – die unaufwendige EURO-Veranlagung**  
Gutes Kunden-Feedback begleitet die erfolgreiche Einführung von KA DIREKT.

Und so einfach und schnell geht's: unter

[www.kadirekt.at](http://www.kadirekt.at) für KA DIREKT registrieren, einloggen, Betrag überweisen – und Ihr Geld arbeitet für Sie.

### Information

KA Direkt Hotline:

+43 (0)1/31 6 31-750

KA Direkt E-Mail:

[kadirekt@](mailto:kadirekt@kommunalkredit.at)

[kommunalkredit.at](http://kommunalkredit.at)

KA Direkt Web: [www.kadirekt.at](http://www.kadirekt.at)

E.E.



[www.fsb-cologne.de](http://www.fsb-cologne.de)

INTERNATIONALE FACHMESSE FÜR  
FREIRAUM, SPORT- UND BÄDERANLAGEN

KÖLN, 26 – 28 OKT 2011



### FREIRAUM – BETTER CITY, BETTER LIFE

Ganz im Sinne der Expo Shanghai 2010 weist die FSB 2011 neue Wege, um den aktuellen Herausforderungen für die Stadtentwicklung zu begegnen. Erleben Sie vielfältige und innovative Lösungen für die Zukunft in der Gestaltung von Erlebnis-, Begegnungs- und Erholungswelten im urbanen Raum.

### SPORT – SPORT GOES GREEN

Auf der FSB 2011 stehen nachhaltige Leitbilder und Konzepte für die Sportanlagen von Heute und Morgen im Fokus. Greenbuilding ist das zentrale Schlüsselthema für Materialien und Baustoffe, energetische Sanierung sowie umweltbewusstes Sportstättenmanagement mit positiven Öko- und Energiebilanzen.

### BÄDER – FREIZEIT FÜR GENERATIONEN

Die FSB 2011 stellt sich den gewandelten Ansprüchen durch die demographische Entwicklung. Zudem setzt Nachhaltigkeit für Freizeit- und Bäderanlagen einen besonderen Schwerpunkt. Darüber hinaus profitieren Sie von den einzigartigen Synergieeffekten mit der zeitgleich stattfindenden und räumlich angeordneten aquanale 2011.

**ZEIT SPAREN, GELD SPAREN!**  
Jetzt online Tickets kaufen! [www.fsb-cologne.de](http://www.fsb-cologne.de)



Besuchen Sie zeitgleich die aquanale,  
26. – 29. Oktober 2011. Weitere Infos  
unter [www.aquanale.de](http://www.aquanale.de)



Gesell GmbH & Co. KG  
Sieveringer Straße 153  
1190 Wien, Österreich  
Telefon +43 1 3205037  
Telefax +43 1 3206344  
[office@gesell.com](mailto:office@gesell.com)

koelnmesse



ÖVGW: Sichere Energie, jederzeit verfügbar – das ist unser Anliegen

## Erdgas: sicher, effizient, zukunftsorientiert

Prognosen zufolge wird der Energieträger Erdgas in den nächsten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewinnen. Der Einsatz von Erdgas birgt große Treibhausgas-Minderungspotenziale und ist ganz besonders dazu geeignet, den Weg in ein Zeitalter erneuerbarer Energieträger zu begleiten.

### Für künftige Generationen

Erdgas ist unter den fossilen Brennstoffen jener, der am saubersten und mit den geringsten CO<sub>2</sub>- und Treibhausgasemissionen verbrennt. Erdgas gelangt in einem unterirdischen Leitungsnetz zu den KundInnen und ist – im Gegensatz beispielsweise zur Kernenergie – risikoarm. Zudem lässt sich ein Bogen zu künftigen Trends wie Biogas oder erneuerbarem



Synthesegas spannen. Fahren mit Erdgas spart Kosten und kann einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung einer CO<sub>2</sub>-Reduktion im Verkehr leisten. Bei der Verbrennung von Erdgas fallen kaum feste Rückstände an, so dass auch die Feinstaubproblematik damit in den Griff zu bekommen wäre.

### Sicherheit an erster Stelle

Die heimischen Energieunternehmen tragen dafür Sorge, dass Erdgasleitungsanlagen regelmäßig gewar-

tet und instandgehalten werden. Dadurch wird ein sicherer, zuverlässiger und leistungsfähiger Betrieb ermöglicht. Für Bau und Betrieb von Erdgasleitungsanlagen gelten höchste Sicherheitsstandards. Darüber hinaus durchläuft der Großteil der heimischen Gasnetzbetreiber freiwillig ein umfassendes Zertifizierungsverfahren, das von der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) als unabhängige und staatlich aner-

kannte Stelle durchgeführt wird. Mit der Zertifizierung von Produkten ist zusätzlich sichergestellt, dass die eingesetzten Materialien auf hohe Lebensdauer, Zuverlässigkeit und österreichische Umweltstandards sowie auf beste Qualität getestet wurden. Regelmäßige Schulungen für die MitarbeiterInnen vervollständigen das umfassende Sicherheitsmanagement der Erdgasunternehmen.

### Weitere Infos

ÖVGW  
Schubertring 14  
1010 Wien  
Tel.: 01/513 15 88 – 0  
E-Mail: [office@ovgw.at](mailto:office@ovgw.at)  
Web: [www.ovgw.at](http://www.ovgw.at)

E.E.



[www.hyponoe.at](http://www.hyponoe.at)

## WIR FINANZIEREN AUTOS. UND DIE STRASSEN, AUF DENEN SIE FAHREN.

Als Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand bietet die **HYPO NOE GRUPPE** maßgeschneiderte und individuelle Lösungen. Der ganzheitliche Ansatz für öffentliche Auftraggeber beginnt bei einer umfassenden Bedarfsanalyse mit kompetenter Beratung und reicht bis zur **professionellen Abwicklung inklusive zuverlässiger Projektrealisation**.

Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand – für die öffentliche Hand – informiert Sie der Leiter Public Finance & Corporates Austria, Wolfgang Viehauser, unter +43(0)5 90 910-1551, [wolfgang.viehauser@hyponoe.at](mailto:wolfgang.viehauser@hyponoe.at)

 **HYPO NOE  
GRUPPE**

Um den Parkschein zu verlängern, muss man nicht mehr zum Auto gehen.



Auch Gemeinden profitieren vom A1 Handyparken

# Parkgebühren bequem mit dem Handy bezahlen

Das Bezahlen mittels Handy wird bei Autofahrern immer beliebter. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Man muss nicht mühsam eine Verkaufsstelle für Parkscheine suchen oder ist auf einen Automaten angewiesen, der möglicherweise gerade defekt ist. Das System nützt nicht nur Kunden, sondern auch den Gemeinden.

Monatlich werden in Österreich bereits 1,3 Millionen Parkscheine (über 15 Millionen im Jahr) mobil gelöst.

Das System ist bekannt und denkbar einfach: Nach einmaliger Registrierung – entweder per SMS oder im Internet auf [www.handyparken.at](http://www.handyparken.at) – kann der Kunde bereits in zehn Städten Österreichs (Wien, Bregenz, Gleisdorf, Gmunden, Mödling, Stockerau, St. Pölten, Villach, Wels und seit kurzem Klagenfurt) seine Parkgebühr bequem per SMS bezahlen.

Bereits mehr als vier Millionen private Vertragskunden österreichischer Handynetzbetreiber

können ohne Anmeldung über das Handy Parkscheine lösen. Für Kunden, die die Handy-Geldbörse paybox von A1 verwenden, erfolgt die Abrechnung bequem übers Handy.

## Besucher bleiben länger im Ort

Doch auch die Gemeinde profitiert, wenn die Parkgebühr mit dem Mobiltelefon bezahlt wird. Einerseits natürlich durch die Einnahmen, die aus der Parkraumbewirtschaftung lukriert werden, und andererseits durch die längere Verweildauer der Autofahrer.

Denn dadurch, dass man (innerhalb der maximal erlaubten Abstelldauer) den „Parkschein“ von unterwegs verlängern kann, ohne zum Auto gehen zu müssen, haben die Besucher mehr Zeit, um in den Geschäften im Ortszentrum Geld auszugeben.

## Keine Investitionskosten für Gemeinden

Beim A1 Handyparken fallen für die Gemeinde keine Investitionskosten an, und auch die laufenden Kosten sind denkbar gering. Parkautomaten dagegen müssen regelmäßig gewartet werden und verunstalten das Ortsbild.

A1 Handyparken umfasst die gesamte Dienstleistung der innovativen Parkraumbewirtschaftung mittels Handy – vom Buchen und Bezahlen des Parkscheins durch den Kunden bis hin zur professionellen Parkraumüberwachung und Strafdatenerfassung.



A1 Handyparken umfasst die gesamte Dienstleistung der innovativen Parkraumbewirtschaftung mittels Handy.

Für den Welser Finanzreferenten Hermann Wimmer ist ganz klar: „Es war eine absolut richtige Entscheidung, dass wir uns fürs Handyparken entschieden haben!“ Und das bereits vor fünf Jahren! Verständlich, denn das Handyparken sorgt auch für Zusatzeinnahmen, die das Gemeindebudget „beleben“. Immerhin ist in Wels seit Einführung die Zahl der Handyparker um 25 Prozent und die Anzahl der Parktickets sogar um 50 Prozent gestiegen.

Auch in Kärnten macht das Handyparken von sich reden: Überwachungsverantwortlicher Hannes Lagler ist von der Disziplin der Handyparker in seiner A1-Gemeinde Villach begeistert. Zudem beobachtet Lagler auch, dass sich Handyparker beim Bummeln in der Stadt länger

Zeit lassen. „Logisch, denn eine Erinnerungsnachricht verhindert, dass man vergisst, sein Parkticket mittels Handy zu verlängern.“

Lagler und Kollegen stellen auch fest, dass Handyparker dadurch länger beim Kaffeetratsch bleiben; er hält die Einführung des Handyparkens, für „die beste Idee der Stadt seit langem“. In jeder A1-Gemeinde ist das Handyticket-Programm kostenlos und kann auch von Kunden anderer Netzbetreiber genutzt werden. Dass Handyparken in Zukunft eine noch größere Rolle für lukrative Gemeindebudget-Einnahmen sorgen wird, liegt auf der Hand: Derzeit werden in den zehn A1-Gemeinden, in denen Handyparken angeboten wird, täglich 45.000 Tickets gelöst! – Tendenz stark steigend.

## Neu: Parken mit Apps

Mit der Handy-Parken-App können Kunden aller Mobilfunkbetreiber nun auch über ihr Smartphone Parkscheine lösen. Autokennzeichen, Stadt und Parkdauer werden bereits ab der ersten Bestellung mit nur wenigen Klicks ausgewählt. Das bevorzugte Kennzeichen sowie die



Stadt müssen nur einmal eingegeben werden und werden gespeichert. Später wählt man daher nur mehr die gewünschte Parkdauer und schon ist der Parkschein gelöst. Wie gewohnt, weist auch bei der App ein kostenloses Erinnerung-SMS zehn Minuten davor auf den Ablauf der Parkdauer hin.

## Handyparken – die Vorteile

### Für den Bürger

- ▶ Handy dabei – Parkschein dabei
- ▶ Keine Suche nach Kleingeld oder Automaten, um Parkscheine zu kaufen
- ▶ Bezahlung mittels Paybox. In allen Verträgen sämtlicher Mobilfunkbetreiber bereits inkludiert
- ▶ Einfaches Verlängern des Parkscheins
- ▶ Einfache Trennung von privaten und geschäftlichen Parkvorgängen möglich

### Für die Gemeinde

- ▶ Gesamtlösung aus einer Hand (die Gemeinde malt blaue Striche für die Kurzparkzone auf die Straße – A1 macht den Rest) und ein Ansprechpartner vor Ort
- ▶ Keine Investitionskosten
- ▶ Geringe nutzungsabhängige laufende Kosten
- ▶ Einsparungspotenzial bei herkömmlichen Parkautomaten (geringere Wartungskosten und Möglichkeit Automaten gänzlich einzusparen)
- ▶ Bürger/Kunden bleiben länger in der Stadt



## Information

Für weitere Infos kontaktieren Sie bitte Ihren Kundenbetreuer oder die A1 Service Line Public Sector unter 0800 664 828





Die Grafik verdeutlicht ein mögliches Vorgehen bei einer Bauhof-Kooperation zwischen zwei oder mehreren Gemeinden. Meist ist es sinnvoll, die Dokumentation nicht am Ende des Projektes zu verfassen, sondern bereits laufend mitzuführen.

Kooperationen sichern die Zukunftsfähigkeit von Kommunen

# Zusammenarbeit beim Bauhof auf kommunaler „Wunschliste“ ganz oben

Die Pflichtaufgabenzunahme von Gemeinden sowie begrenzte finanzielle, strukturelle und personelle Ressourcen führen dazu, dass der Spielraum für Kommunen, speziell im ländlichen Raum, zunehmend geringer wird. Vor diesem Hintergrund denken viele Gemeinden über eine Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit nach.

Peter Pilz

In vielen Gemeinden treten rund um das Thema Bauhof ähnliche Probleme auf:

- ▶ Mit Hilfe moderner Geräte und Fahrzeuge könnten Arbeitsaufträge effizienter und qualitativ hochwertiger abgewickelt werden. Diese können aber auf Grund einer zu geringen Auslastungsquote bzw. eines zu hohen Investitionsvolumens von einer einzelnen Gemeinde nicht angeschafft werden.
- ▶ Manche dieser Geräte und Fahrzeuge sind möglicherwei-

se in benachbarten Gemeinden vorhanden, dies ist aber den anderen Gemeinden nicht bekannt.

- ▶ Nicht alle benötigten Qualifikationen können innerhalb einer Gemeinde abgedeckt werden.
- ▶ Eine hohe Anzahl an Fremdvergaben, bei beispielsweise großen Instandhaltungsarbeiten, entsteht.
- ▶ Der Zukauf externer Experten ist für einzelne Kommunen zu kostenintensiv.

Durch eine Kooperation können viele dieser Probleme gemein-



tion  
se

Umsetzu

3

sam gelöst und in Vorteile umgewandelt werden:

- ▶ Optimierte Auslastung aller Geräte und Maschinen.
- ▶ Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung (Fixkostensenkung) für Kommunen und Land bei Geräten und Maschinen.
- ▶ Aufbau von Spitzen-Know-how an einem Standort sowie personeller Ressourcenausgleich (saisonale Spitzenzeiten können so besser abgedeckt werden).
- ▶ Bessere und schnellere Abwicklung von Projekten (z. B. Straßensanierung).

### Wie ist bei einer möglichen Kooperation vorzugehen?

Die nebenstehende Grafik verdeutlicht ein mögliches Vorgehen bei einer Bauhof-Kooperation zwischen zwei oder mehreren Gemeinden:

#### Schritt 1: Projektdetailplanung

In diesem ersten Schritt ist es besonders wichtig, in einem gemeinsamen Gespräch Projektauftrag, Umfang, Ziele bzw. Nicht-Ziele, Vorgehen, Kommunikation, Zeitplan sowie Projektleiter bzw. Projektteam zu klären. Bereits hier ist zu bedenken, dass ein Bauhof mit seinen vielen Mitarbeitern, seinen Maschinen, Geräten, Gebäuden und vielfältigen Aufgaben meist ein äußerst komplexes Beziehungsgeflecht darstellt, welches in Bezug auf Veränderungen einen hohen Reagibilitätsgrad aufweist. Zusätzlich ist zu bedenken, dass jede angedachte Veränderung bei den Betroffenen Unsicherheit oder Angst hervorrufen kann. Diesen beiden Aspekten kann mit der frühzeitigen

Im ersten Schritt „Planung“ ist es besonders wichtig, in einem gemeinsamen Gespräch Projektauftrag, Umfang, Ziele bzw. Nicht-Ziele, Vorgehen, Kommunikation, Zeitplan sowie Projektleiter bzw. Projektteam zu klären.

Einbindung der beteiligten Mitarbeiter entgegengewirkt werden. Einerseits kann die Fachexpertise genutzt und andererseits können Ängste verringert wer-

den. Die zeitgerechte Einbindung der Betroffenen stellt also einen wesentlichen Erfolgsfaktor für ein Projekt dieser Art dar.

#### Schritt 2: Analyse der Ist-Situation

In einem zweiten Schritt soll mit Hilfe mehrerer Workshops die Ist-Situation analysiert und bewertet werden. Dies hat sowohl qualitativ als auch quantitativ zu erfolgen. Die qualitative Analyse kann anhand einer Nutzwertanalyse erfolgen. Der Bewertungsraster oben würde sich für eine Analyse dieser Art eignen:

Von qualitativer Seite ist es in diesem Schritt wichtig, die Bauhöfe, basierend auf den mittelfristigen Finanzplänen (MFP) der Gemeinden, isoliert darzustellen. Wesentlich ist

dabei, dass sämtliche Ausgaben und Einnahmen erfasst werden. Sollte eine eigenständige Betrachtung der Bauhöfe mit Hilfe des MFP nicht möglich sein, so

ist dafür ein neuer Plan zu erstellen.

#### Schritt 3: Soll-Konzeption

In weiteren, gemeinsamen Sitzungen sind mit Hilfe des Nutzwertanalyserasters die Kooperationspotenziale zu ermitteln und im Detail auszuarbeiten. Auf mögliche Best-Practice-Beispiele soll dabei besonders geachtet werden. Grundsätzlich ist hier auch zu überlegen, ob weiterhin alle Leistungen durch die Gemeinden angeboten werden oder ob die Auslagerung gewisser Aufgaben eine Möglichkeit darstellt. Weiters beinhaltet dieser Schritt die Klärung der Aufbauorganisation sowie die Darstellung der notwendigen Ressourcen im Kooperationsmodell. Die möglichen Kooperationsauswirkungen sind in einer Planung darzustellen. Dabei fließen einerseits die Daten aus den isolierten Planungen der beiden Bauhöfe ein sowie andererseits die ermittelten Synergien. Die Planung der Kooperation dient dazu, die zukünftigen finanziellen Auswirkungen der Kooperation darzustellen. Um eine Ent-

## Die qualitative Analyse anhand einer Nutzwertanalyse

Leistungssynergiepotenzial	Leistung 1: Pflege der Grünflächen	L 2	...
Best-Practice	Ja, liegt bei...		
Skaleneffekte, gemeinsame Nutzung von Ressourcen	Personal: ... VZÄ, Verwaltung		
Ressourcenausgleich	Vertretungen, Personalkosten, gibt es Spitzenzeiten bzw. saisonale Schwankungen?		
Zugriff auf Spitzen-Know how	Ein Spezialist für ... bei ...		
Vertragliche Bindungen	Mit wem, wie lange, Ausstiegskosten		
POTENZIAL	Betrag in € pro Jahr im Normalbetrieb		
Mögliche Fixkostensenkung	... VZÄ		
Kosten der Umsetzung	Schulungen, Projektkosten, Investitionen		
Rahmenbedingungen	Welche Rahmenbedingungen sind zu schaffen?		



Dr. Peter Pilz ist Partner bei Bertl Fatterer & Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH und spezialisiert auf die Beratung öffentlich-rechtlicher Körperschaften und Vereine



scheidungsbasis zu liefern, muss die Planung der Gemeinde-Kooperation auf dem Gebiet des Bauhofs in umfassender Form erfolgen, um eine Beurteilung der potenziellen Synergieeffekte zu ermöglichen.

Hier sei noch einmal darauf hin-

Bei der Ermittlung der finanziellen Auswirkungen einer Kooperation wird der Barwert der Kooperation mit der Summe der Barwerte der isolierten Planungen der einzelnen Bauhöfe gegenübergestellt.

gewiesen, dass speziell in dieser Phase die Einbindung der betroffenen Personen essentiell ist.

#### Schritt 4: Vorteilhaftigkeitsvergleich

Der Vorteilhaftigkeitsvergleich der Gemeindekooperation mit der Fortführung der Bauhöfe in der bestehenden Struktur soll die finanzielle Bewertung der Synergieeffekte ermöglichen. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht muss im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsanalyse eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse gewährleistet sein. Daher erscheint die Ermittlung der finanziellen Auswirkungen einer Kooperation anhand eines Barwertvergleichs am geeignetsten. Dabei wird der Barwert der Kooperation mit der Summe der Barwerte der isolierten Planungen der einzelnen Bauhöfe gegenübergestellt. Die so ermittelte Differenz der Barwerte ergibt die finanziellen Auswirkungen der Kooperation und erlaubt eine finanzielle Quantifizierung der Synergieeffekte.

#### Schritt 5: Dokumentation der Ergebnisse

Die Ergebnisse sämtlicher Analysen sind in geeigneter Form darzustellen und an die Entscheidungsträger der beiden Gemeinden zu übermitteln. Der Bericht hat dabei neben den finanziellen und nutzwerttechnischen Aspekten der Kooperation auch eine verbale Beschreibung zu enthalten. Meist ist es sinnvoll, die Dokumentation nicht am Ende des Projektes zu verfassen, sondern bereits laufend mitzuführen.

## WIR VERMIETEN LÖSUNGEN



Wir gewährleisten  
die Einhaltung der  
IPAF-Qualitäts- und  
Sicherheitsstandards!



# MÄNNER WOLLEN HOCH HINAUS.

Und damit sie da auch ganz sicher hinkommen, vermietet MVS Zeppelin Arbeitsbühnen und Höhenzugangstechnik für jeden Einsatz.

[www.mvs-zeppelin.at](http://www.mvs-zeppelin.at)

**0800-1805 8888**

(kostenfrei anrufen)



**MVS ZEPPELIN**

**CAT** THE  
Rental  
STORE

Wasserreport 2011: Hohe Zufriedenheit mit Qualität, Preis und Service

# Gute Noten für Österreichs Wasserversorger

In Österreich ist man es gewohnt, den Wasserhahn aufzudrehen und Trinkwasser höchster Qualität nutzen zu können. In der bisher größten periodischen Studie „AQA Wasserreport“ der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) wurden in über 1000 Interviews Empfindungen und Wissensstand zum Trinkwasser abgefragt.

Wie sehr sich die ÖsterreicherInnen bewusst mit ihrem Wasser auseinandersetzen, wird in der periodischen Studie „AQA Wasserreport“ der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) erhoben. Repräsentativ für die österreichische Bevölkerung werden über 1000 Interviews zum Thema Trinkwasser vom Marktforschungsinstitut Hoffmann & Forcher geführt.

## Hohe Zufriedenheit

90 Prozent der ÖsterreicherInnen sind mit der Qualität ihres Trinkwassers „sehr zufrieden“ bzw. „zufrieden“. Mit dem Durchschnittswert von 1,5 (Schulnotenskala) wird ein absoluter Spitzenwert erreicht. Nahezu die gesamte Bevölkerung findet, dass die Qualität über die letzten Jahre konstant gehalten



Foto: ÖVGW/ Rita Newmann

Wasser ist zum Trinken da, finden 90 Prozent der ÖsterreicherInnen, die mit der Qualität zufrieden sind.

oder gar verbessert wurde. Aufgrund des hohen Vertrauens und der hohen Zufriedenheit machen sich 76 Prozent der Befragten auch nie oder kaum Sorgen um die Trinkwassersqualität. Den Wasserversorgern wird die Spitzennote 1,4 gegeben. Dabei werden vor allem die Attribute „verlässlich“, „verantwortungsbewusst“ und „hohe Serviceorientierung“ attestiert. Ein Drittel hatte auch schon aktiven Kontakt mit seinem Wasserversorger und dieser Kontakt ist bei 88 Prozent in sehr guter oder guter Erinnerung geblieben.

## Der Preis

Im Österreichdurchschnitt kosten 1000 Liter Trinkwasser inkl. MwSt. 1,30 Euro. Damit ist Trinkwasser nicht nur das wich-

tigste, sondern auch das günstigste Lebensmittel. 88 Prozent der Befragten finden den Wasserpreis „angemessen“ oder sogar „eher niedrig“. Ebenfalls gut wird das Preis-Leistungs-Verhältnis wahrgenommen, welches 1,8 in Schulnoten erreicht.

## Gut informiert

Gab es in den letzten Beobachtungsperioden noch ein gesteigertes Informationsbedürfnis der Bevölkerung über ihr Trinkwasser, fühlt sich nun mehr als die Hälfte über das Trinkwasser „sehr gut“ oder „gut“ informiert. Dieser Wert hat sich in den letzten Jahren signifikant gesteigert, worin sich eine aktivere Informationspolitik der Wasserversorger auch in der Studie positiv wiederfindet. Bei jenen, die noch Informationsbedarf haben, stehen Themen wie „Zusammensetzung des Trinkwassers“, „Reinheit“, „Herkunft“ und „Wasserhärte“ im Fokus des Interesses.

„Die ÖsterreicherInnen sind sehr stolz auf ihr Trinkwasser. Und das durchaus zu Recht: Sowohl die Trinkwasserqualität als auch der Wasserpreis und nicht zuletzt die Leistungen der Wasserversorger tragen dazu bei, dass sich die ÖsterreicherInnen – ohne groß Sorgen oder Gedanken machen zu müssen – auf eine Top-Trinkwasserversorgung in unserem Land verlassen können“, bringt Mag. Gabriele Hoffmann vom durchführenden Marktforschungsinstitut die Ergebnisse auf den Punkt.



Qualität ist der Hälfte der ÖsterreicherInnen wichtig.

## Information

ÖVGW  
Schubertring 14  
1010 Wien  
Tel.: 01/513 15 88 – 0  
E-Mail: [office@ovgw.at](mailto:office@ovgw.at)  
Web: [www.ovgw.at](http://www.ovgw.at)

Gewerkschaft startet Gemeinderesolution zur Unterstützung der Kommunen

# Sichert die Grundversorgung

Eine neue Initiative fordert die Sicherung der kommunalen Grundversorgung. Bürgermeister in ganz Österreich sind zur Unterschrift eingeladen.

Eine stetig wachsende Zahl der 2357 österreichischen Gemeinden gerät in finanzielle Schwierigkeiten. Fast jede dritte Kommune scheint mittlerweile von der Pleite bedroht. Hauptproblem: Den Kommunen wurden in den vergangenen Jahren immer mehr Aufgaben übertragen, gleichzeitig stehen ihnen aber immer weniger Mittel zur Verfügung.

Was explodiert, sind vor allem die Ausgaben für Sozialleistungen. Hier belastet in erster Linie die Pflege die Gemeindekassen immer stärker, ebenso die Ausgaben für die Spitäler. Exakte Zahlen nennt die Prognose des Zentrums für Verwaltungsforschung (KdZ): Allein die Budgetposten in diesen Bereichen werden in den kommenden drei Jahren um fast eine Milliarde Euro zunehmen.

Die Schulden der Gemeinden steigen dementsprechend an. Mehr als elf Milliarden Euro haben sie im Jahr 2009 bereits getragen, das sind um 20 Prozent mehr als zur Jahrtausendwende. Sieben von zehn Gemeinden sind bereits verschuldet, freie Mittel für Investitionen gibt es seit 2009 in Summe keine mehr. Dabei sind öffentliche Dienstleistungen ein wesentlicher Bestandteil des österreichischen Wirtschafts- und Sozialsystems. Die Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände spielen bei der Erbringung von Dienstleistungen zur Abdeckung kollektiver



Foto: Petra Spicola

Christian Meidlinger, Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB).

Bedürfnisse und Interessen eine bedeutende Rolle. Darüber hinaus hat sich die öffentliche Hand, hier vor allem die Kommunen, bei der Abfederung der Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgetan.

Schon bisher hat die kommunale Ebene versucht, ihrer verschärften finanziellen Lage durch Verwaltungs- und Personaleinsparungen zu begegnen. Da weitere Effizienzsteigerungen über Einsparungen kaum mehr realisierbar sind, stehen

Leistungseinsparungen für die Bevölkerung im Raum. Notwendig ist daher eine verteilungsgerechtere und breitere Finanzierung der Staatsausgaben durch den Ausbau vermögensbezogener Steuern.

## Neue Initiative Gemeinderesolution

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) hat gemeinsam mit der Allianz „Wege aus der Krise“ die Initiative ergriffen: Eine Gemeinderesolution fordert ausreichende Finanzierung der Gemeinden und Maßnahmen zur Absicherung der kommunalen Dienstleistungen für die BürgerInnen und Bürger. BürgermeisterInnen in ganz Österreich sind dazu aufgerufen, diese Petition mit ihrer Unterschrift zu unterstützen oder ihren GemeinderätInnen zum Beschluss vorzulegen.

Mit den aus diesen Maßnahmen resultierenden Einnahmen bzw. frei werdenden Mitteln sollen zahlreiche gesellschaftlich wertvolle Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, Kinderbetreuung, öffentlicher Verkehr, erneuerbare Energien, thermische Gebäudesanierung und Gemeindedienstleistungen finanziert werden.



## Information

[www.kommunale-grundversorgung-sichern.at](http://www.kommunale-grundversorgung-sichern.at)

[www.gdg-kmsfb.at](http://www.gdg-kmsfb.at)



Transparenz in den Gemeindehaushalten – als Basis einer Konsolidierung

## Umstellung von Kameralistik auf Doppik

Während sich der Bund gerade auf dem schwierigen Weg, die zweite Etappe der Haushaltsrechtsreform bis 1. 1. 2013 abzuschließen befindet, sieht man im Bereich der Länder und Gemeinden noch keine großen Fortschritte in diese Richtung, von etwaige Zeitplänen ganz zu schweigen.

Vorrangig ist die Darstellung der Änderung des Gemeindevermögens, die der Informationsgewinnung dient.

Vor ungefähr einem Jahr erschien an selber Stelle ein Artikel mit dem Thema „Die Haushaltsrechtsreform des Bundes: Wann ziehen Länder und Gemeinden nach?“

Dies war, wie im Titel angeführt, nicht vorhersagbar. Durch die momentan äußerst problematische Finanzlage der Gemeinden haben sich die Prioritäten etwas verschoben. Die Beantwortung der Frage „Wo kann ich sparen?“ ist untrennbar mit einer für die Gemeindeverantwortlichen

transparenten Ertrags-, Finanz- und Vermögensübersicht verbunden. Dabei ist die Erstbewertung des Vermögens einer Gemeinde nicht entscheidend. Vorrangig ist die Darstellung der Änderung des Gemeindevermögens, die der Informationsgewinnung dient.

Einher mit einer Umstellung des Gemeinerechnungswesens von der Kameralistik

auf die Doppik geht natürlich auch – und dies ist wesentlich – die mit dieser Umstellung einhergehende Etablierung von Managementinformationssystemen, vor allem eines Controllings. Nur so erhält man den notwendigen Überblick über die eigene Finanzlage, die dann auch als Argumentarium in der nächsten Finanzausgleichsdebatte verwendet werden können.

Abschließend soll unbedingt noch festgehalten werden, dass eine solche Umstellung des Rechnungswesens auch zur Anpassung der gemeindeeigenen Organisationsabläufe führen muss.

Solche Umstellungen und Anpassungen eröffnen viele Chancen, bergen jedoch

auch Risiken und sollten aus diesem Grund von erfahrenen Beratern unterstützt werden.

### Information & Kontakt

Mag. Rudolf Hoscher,  
Manager  
Public Sector  
PwC Österreich,  
Erdbergstraße  
200,  
1030 Wien  
Tel.: +43 1 50188 2957  
E-Mail: [rudolf.hoscher@at.pwc.com](mailto:rudolf.hoscher@at.pwc.com)  
Homepage: [www.pwc.at](http://www.pwc.at)



Die Post unterstützt Umstieg auf digitales Frankieren mit einem Prozent Porto-Rabatt

## Effizient und erfolgreich kommunizieren

Ob in kommunalen Einrichtungen oder in der freien Wirtschaft – effiziente Kommunikation zählt zu den entscheidenden Erfolgsfaktoren. Und dort, wo der Brief neben dem Telefon das Kommunikationsmittel Nr. 1 ist und ein hohes Postaufkommen anfällt, sorgt eine automatisierte Postlogistik für eine wettbewerbsfähige Kommunikation.

„Eine professionelle, also an das Unternehmen optimal angepasste Automatisierung sollte eine Kostenreduzierung mit sich bringen – oft bis zu 10 Prozent“, weiß Mag. Richard Zanki, Verkaufsleiter bei Neopost Österreich, aus langer Berufserfahrung zu berichten. Das sieht auch die Österreichische Post so und begrüßt den Umstieg

auf eine digitale Frankiermaschine mit einem Prozent Porto-Rabatt.

### Spitzenleistung für die Poststelle

Mit einer Frankierleistung von bis zu 220 Umschlägen pro Minute erfüllt die IJ-90 von Neopost die Ansprüche von Gemeinden und kommunalen Einrichtungen. Einfachste Bedienung und ein umfangreicher Online-Service für Prozess- und Portooptimierung unterstützen einen reibungslosen sowie kosteneffizienten Frankier-



Der Umstieg auf eine digitale Frankiermaschine wie die IJ-90 lohnt sich jetzt doppelt.



ablauf. Der Umstieg auf eine digitale Frankiermaschine wie die IJ-90 lohnt sich jetzt doppelt. Die Poststelle dankt es mit mehr Wirtschaftlichkeit, und die Einkäufer werden von der Österreichischen Post mit einem

Prozent Sofortrabatt bei jeder Portoladung belohnt.

Eine gute Sache!

### Information

neopost

Neopost Österreich  
0800 100 222  
[www.neopost.at](http://www.neopost.at)

WE VALUE YOUR MAIL

E.E.

# Energietrends in den Gemeinden



84 Prozent der kommunalen Entscheidungsträger stimmen der Aussage „Unsere Gemeinde sollte mehr in Energiesparmaßnahmen investieren“ zu.

Harald Pitters

Energie – kaum ein Begriff symbolisiert deutlicher das Zusammenwirken von Mikro- und Makroebenen, von kommunalen, nationalen und globalen Dimensionen. Im Zusammenhang mit Energie stellen sich bedeutende Fragestellungen für Politik und Ökonomie, für die Gesellschaft, aber auch für das einzelne Individuum. Wegen

seiner mannigfaltigen Bedeutung war der Terminus Energie bereits Thema der altgriechischen Philosophie. Aristoteles definierte Energie im Sinne von „innerer Wirksamkeit“. In dieser Kolumne sollten jedoch eher praktische Fragestellungen im Mittelpunkt stehen. Ohne zu sehr in technische Details abzudriften, wird mit Energieversorgung die Verwendung von unterschiedlichen Energien in für Menschen nutzbaren Formen bezeichnet. Zentrale Fragestellungen sind demzufolge die Energieform und die Frage nach Energieeffizienz. Die Ergebnisse der jüngsten Kommunal-

Das Thema Energie besitzt neben seiner weltpolitischen Relevanz längst höchste kommunale Priorität.



Dr. Harald Pitters ist Trendexperte und Kommunalforscher. E-Mail: [office@pitters.at](mailto:office@pitters.at) Web: [www.pitters.at](http://www.pitters.at)

trend-Umfrage in Österreichs Gemeinden bringen dabei aufschlussreiche Erkenntnisse zu Tage: 84 Prozent der kommunalen Entscheidungsträger stimmen der Aussage „unsere Gemeinde sollte mehr in Energiesparmaßnahmen investieren“ zu. Ebenfalls vier von fünf Befragten wünschen sich den Ausbau erneuerbarer Energieformen. Dies zeugt von hohem umweltpolitischem Bewusstsein, denn Energieeffizienz und erneuerbare Energie sind untrennbar mit dem Thema Klimaschutz verbunden. Dass es dabei nicht um ökologische Roman-

tik geht, zeigt, dass sogenannte „Green Jobs“ (Berufe in Umweltplanung und -verwaltung) vermehrt als Zukunftschance in den Gemeinden gesehen werden. Das Thema Energie besitzt neben seiner weltpolitischen Relevanz längst höchste kommunale Priorität. Gerade vor dem Hintergrund österreichischen Know-hows in diesem Feld lohnt sich die weitere Etablierung eines Belohnungssystems aus Energiesparmaßnahmen und nachhaltigen Energieformen.

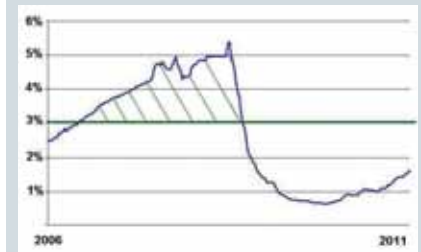
## Zinscap

# Absicherung gegen steigende Zinsen

Stefano Massera

Zinsrisiken lassen sich auf verschiedene Arten eingrenzen. Die häufigste Lösung, um dieses Risiko zu vermindern, ist der Kauf eines Zinscaps. Dabei handelt es sich um eine Zinsobergrenze, welche sowohl für Neukredite als auch für bereits bestehende Verbindlichkeiten Anwendung finden kann. Und das, ohne in den bestehenden, mit zumeist günstigen Margen ausgestalteten Kreditvertrag einzugreifen.

Ein Zinscap ist eine gesonderte Vereinbarung, wonach die Kommune immer dann, wenn der Zinssatz eine zuvor festgesetzte Schwelle überschreitet, von der Bank eine Ausgleichszahlung erhält. Beispielhaft wurde in der Grafik eine 3-Prozent-Zinsobergrenze (= Schwelle) auf den Drei-Monats-Euribor gewählt.



Bleibt der Euribor unter der Zinsobergrenze, partizipiert die Kommune weiterhin an den niedrigen Zinsen. Für diese „Versicherung“ zahlt die Kommune eine Prämie, welche wahlweise einmalig bzw. jährlich bezahlt werden kann. Durch das derzeit niedrige Zinsniveau (gerade im mittel- bis langfristigen Bereich) ergibt sich eine sehr interessante Konstellation, bei der Zinssteigerungsrisiken abgesichert werden können, ohne auf den Vorteil einer günstigen Finanzierung zu verzichten.



Mag. Stefano Massera leitet in der Erste Bank Österreich die Abteilung für Finanzierungen der Öffentlichen Hand

**Feuerwehr:** Vorsicht mit den Zwangszusammenlegungen

## „Dann hauen die Leute den Hut drauf“

**GRAZ**

Die rot-schwarze Landeskoalition in der Steiermark arbeitet emsig an einer Gemeindestrukturreform. Ende September werden die Bürgermeister über die Ergebnisse informiert. Unterm Strich soll es weniger als die derzeit 542 Gemeinden geben.

Dass weniger Gemeinden auch weniger Freiwillige Feuerwehren (aktuell 694) bedeuten, ist jedoch nicht gesagt. Kurt Kalcher, Leiter des Katastrophenschutzes im Land, warnt laut einem

Bericht in der „Kleinen Zeitung“ vor zwangsweisen Zusammenlegungen über die Köpfe der Freiwilligen hinweg. „Man darf das nicht dekretieren.“

Tue man es doch, dann „hauen die Feuerwehrleute den Hut drauf“. Das könne aus Kalchers Sicht nicht gewollt sein: „Das Personal ist wohl die wichtigste Ressource. Wir wollen die Leute nicht verlieren.“

Kalcher kann sich nicht erinnern, dass „es in den letzten 30 Jahren in den Gemeinden zu einer Zusam-



„Wir wollen die Leute ja nicht verlieren.“ Kurt Kalcher, Leiter des Katastrophenschutzes des Landes Steiermark (kleines Bild).

menlegung von Feuerwehren gekommen ist.“

Wo sich sehr wohl etwas tut, das ist auf Kooperationsebene. Ein gerne genanntes Beispiel: Die Freiwilligen von Oberschwarza

und Unterschwarza (Bezirk Radkersburg) haben beim Rüsthausbau gemeinsame Sache gemacht.

Regional wurde das damals als Sensation gefeiert.



Willkommen: Ab 2012 sind Migranten in allen Freiwilligen Feuerwehren Österreichs angekommen.

## Freiwillige Feuerwehr: Steirische Gesetzesänderung Landesweit löschen ohne Reisepass

**GRAZ/KLAGENFURT**

In der Steiermark sollen Migranten bald zum Löscheintritt antreten. Dies geht aus einer Gesetzesänderung hervor. Landeshauptmann Franz Voves, Steiermarks Integrationslandessekretärin Bettina Vollath und Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz nahmen an den Gesprächen teil. Auch in Kärnten nimmt die De-

batte Fahrt auf. FPK-Feuerwehrreferent Uwe Scheuch sprach sich nun doch für Migranten bei der Freiwilligen Feuerwehr aus. Frühester Termin ist 2012, weil der Landesfeuerwehrverband einbezogen wird. Mit der Zustimmung von Steiermark und Kärnten sind Migranten in allen Bundesländern bei der Freiwilligen Feuerwehr willkommen.

## Sicherheit: Neue Zentrale Gegen organisiertes Verbrechen

**WIENER NEUSTADT**

In Wiener Neustadt wurde am 30. August eine neue Zentrale zur Bekämpfung von Schlepperei, Suchtgiftschmuggel und Waffenhandel eröffnet. 60 Beamte sollen hier arbeiten. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner: „Gerade der Kampf gegen Illegale steht auf der Prioritätenliste ganz oben.“



**ÖAMTC-Statistik:** Anstieg bei Notfällen nach Insektenstichen um 300 Prozent

## Wespen bescheren Flugrettung arbeitsamen Sommer

**GRAZ**

Der Sommer geht zu Ende und mit ihm lästige Weggefährten, wie Wespen, Bienen oder Hornissen. Die

ÖAMTC-Flugrettung musste im Juli und August wegen 286 Notfällen nach Insektenstichen abheben. Dies ist ein Anstieg um 300 Prozent.

Gefährlich sind Insektenstiche für Allergiker, aber auch Stiche im Mund- und Halsbereich, weil hier Erstickungsgefahr droht.

**AMS:** Lage überschaubar

## Kein Ansturm nach Ostöffnung

**INNSBRUCK**

Auch in Tirol ist der befürchtete Ansturm östlicher Arbeitskräfte durch die Öffnung des Arbeitsmarktes Anfang Mai ausgeblieben. Laut Anton Kern, Landesgeschäftsführer des Tiroler Arbeitsservice, ist die Bewegung „überschaubar“. Bei Fachkräften gab es überhaupt keine Verdrängung.



**Vermögenssteuer:** „Kontraproduktiv“

## Steuerreform und Steueramnestie wären sinnvoller

Die Diskussion um die Vermögenssteuer ist 20 Jahre nach ihrer Abschaffung nicht nachvollziehbar, sagt Karl Bruckner, geschäftsführender Gesellschafter der Steuer- und Wirtschaftsprüfungskanzlei BDO Austria sowie Vizepräsident der Kammer für Wirtschaftstreuhänder (KWT) in der „Presse“.

„Zwei Milliarden Euro Vermögenssteuer sind eine reine Schimäre“, so Bruckner. Zudem werden viele „Reiche ihr Kapital ins Ausland transferieren sowie ihren Hauptwohnsitz ins benachbarte Bratislava, nach Mo-



Eine Steuerreform angehen statt politischen Aktionismus fordert Karl Bruckner, Vizepräsident der Kammer der Wirtschaftstreuhänder.

naco oder sonst wohin verlegen, wo es keine Vermögenssteuer gibt“, prophezeit Bruckner.

Viel mehr Potenzial sieht er im „Presse“-Beitrag hingegen in einer Steueramnestie. Sie könnte laut Bruckner etliche Österreicher dazu bewegen, ihr „Schwarzgeld“ zurückzuholen. 20 Milliarden Euro sollen

Österreicher in Liechtenstein und der Schweiz geparkt haben.

Und Bruckner fordert „die Steuerreform anzugehen statt politischen Aktionismus zu betreiben“. Anfang 2012 müsste die Reform verabschiedet werden, falls die Regierung ein positives Ergebnis für sich reklamieren will.

**Linzer Finanzdebakel**

## Wenig Neues nach Swap-Ausschuss

**LINZ**

Nichts Neues hat die erste Sitzung des Kontrollausschusses zum Swap-Geschäft der Stadt Linz gebracht. Bürgermeister Franz Dobusch und Finanzreferent Johann Mayr (beide SPÖ) blieben laut einem Bericht auf ORF-Online bei ihren Aussagen, sie hätten erst im März 2010 von der Sache erfahren.

Am 29. September findet die nächste Sitzung des Ausschusses statt, dann sind unter anderem Vizebürgermeister Erich Watzl (ÖVP) und der jetzige Klubobmann der ÖVP im Landtag, Thomas Stelzer, geladen. Stelzer war früher in Linz Kontrollausschuss-Vorsitzender.

**BLAHA INSTINCT®**  
**QUALITÄT AUS ÖSTERREICH**  
**MACHT STARK.**

**blaha**  
 OFFICE

www.blaha.co.at

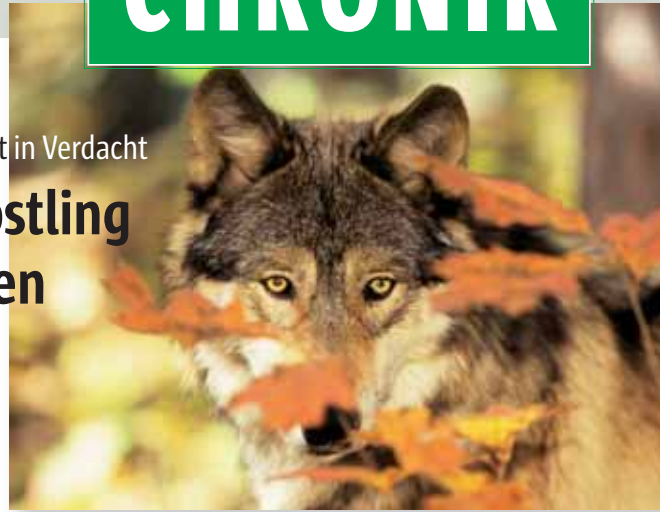
**DNA-Analyse:** Bär zu Unrecht in Verdacht

## Wolf hat bei Göstling ein Kalb gerissen

### GÖSTLING

Kein Bär, sondern ein Wolf hat Ende Juli ein Kalb auf der Schwarzalm bei Göstling (nö. Bezirk Scheibbs) gerissen. Das hat nun eine DNA-Analyse ergeben. Wissenschaftler sind überrascht, dass sich im Raum Göstling ein Wolf aufhielt.

Ende Juli fand der Vater der Skirennläuferin Kathrin Zettel auf der Schwarzalm ein gerissenes Kalb. Georg Rauer vom Forschungsinstitut für Wildtierkunde und Ökologie an der Veterinärmedizinischen Universität Wien nahm die DNA-Analyse vor. Er habe nicht vermu-



Auf der Schwarzalm bei Göstling war ein Wolf zuletzt 2007. Wissenschaftler vermuten ein einzelnes Tier.

tet, dass sich im Raum Göstling ein Wolf aufhält: „Der letzte Nachweis eines Wolfs in diesem Gebiet bzw. im niederösterreichisch-steirischen Grenzgebiet war 2007.“

„Die Wölfe, die jetzt da sind, sind junge Wölfe. Wir haben in Österreich keine Rudel und keine Wolfsfami-

lien. Solche einzelne Jungtiere sind auf der Suche nach einem Territorium oder einem Partner. Dabei können sie auch weite Strecken wandern“, so der Experte. Der Wolf, der derzeit am Schneeberg lebt, stammt aus dem Westen und hat ganz Österreich durchquert.

### Einkauf mit dem Auto

## Mehr Radwege zum Supermarkt

### WIEN

80 Prozent der Einkaufsfahrten sind kürzer als fünf Kilometer, und jeder zweite Einkauf wiegt weniger als fünf Kilogramm. Trotzdem wird jeder zweite Einkauf in Österreich mit dem Auto erledigt. Eine Hauptursache dafür ist, laut einer Studie des Verkehrsclub Österreich, dass die meisten Supermärkte an den Ortsrändern liegen und zwar zahlreiche Parkplätze für Autos haben, aber weder Geh- noch Radwege hinführen. Der VCÖ fordert deshalb verstärkte Maßnahmen zur Förderung des Einkaufens zu Fuß und mit dem Fahrrad, damit werde zudem die Nahversorgung gestärkt. Radfahrer und Fußgänger würden nämlich dort einkaufen, wo sie wohnen. Das sei vor allem für die Steiermark wichtig, da dieses Bundesland die meisten Gemeinden ohne Nahversorger habe, nämlich 221.

## Tirol: Neues Dienstrecht Amtstitel werden abgeschafft

### INNSBRUCK

Die Tiroler Landesregierung hat ein neues Dienst- und Besoldungsrecht für Landesbedienstete beschlossen. So werden demnach Amtstitel wie etwa der „Hofrat“ abgeschafft und der Kündigungsschutz weitgehend aufgehoben. Kernpunkt des neuen Dienstrechtes ist die weitgehende Gleichstellung von Beamten und Vertragsbediensteten. So bringt das neue Gesetz eine gemeinsame „Besoldungsgrundlage“. Auch ein Entlohnsystem mit Leistungsprämien soll eingeführt werden. Im neuen Dienstrecht des Landes Tirol ist auch der sogenannte „Papa-Monat“ verankert. Ab 1. Jänner 2012 können Väter nach der Geburt eines Kindes für einen Monat unbezahlten Karenzurlaub nehmen, wie es in anderen Bundesländern schon länger möglich ist.

### Gesundheit: Mehrwert

## „ELGA“ verknüpft Landeskliniken

### ST. PÖLTEN

In den nächsten acht Monaten wird in allen niederösterreichischen Landeskliniken die elektronische Gesundheitsakte („ELGA“) eingeführt. In ihr sind alle Patienteninformationen, vom Laborwert bis zum Röntgenbild, verzeichnet. Wenn der Patient einverstanden ist, kann die Akte von einem Landeskrankenhaus zum nächsten verschickt werden. Laut LH-Stv. Sobotka profitieren die Patienten von der Vernetzung, weil Doppeluntersuchungen vorgebeugt wird und Wartezeiten reduziert werden können.



Oberösterreich setzt auf Tagesbetreuung und Kurzzeitpflege.

**Oberösterreich:** Land will Familien bei Pflege helfen

## Angehörige entlasten

### LINZ

Bis zum Jahr 2030 soll die Zahl der Pflegebedürftigen im Land Oberösterreich auf mehr als 100.000 Personen steigen. „Es ist wichtig, genau diesen Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen“, sagte Landeshauptmann Josef Pühringer laut einem Bericht der „Oberösterreichischen Nachrichten“. Um mit den demografischen Entwicklungen zurechtzu-

kommen, will das Land gewisse Maßnahmen setzen: Da der größte Teil der Pflege von Angehörigen geleistet wird, sollen diese besonders entlastet werden. Methoden wären hier beispielsweise die Tagesbetreuung sowie die Kurzzeitpflege. Zusätzlich sollen Pflegeeinrichtungen wie das betreute Wohnen weiterentwickelt werden und auch der Bereich der ehrenamtlichen Dienste wird ausgebaut.





# Beton, entdecke die Möglichkeiten.

## „Fertigmachen zum Entern!“

Keine Sorge! Selbst eine Bande kleiner Piraten kann modernen Betonsteinen in öffentlichen Anlagen nichts anhaben. Das Pflaster für kreative Gestaltung und Lebendigkeit im Ort passt sich historischen Plätzen an und schafft kostengünstig Sicherheit – und das nachhaltig!

[www.platz-gestalten.at](http://www.platz-gestalten.at)

**beton**<sup>®</sup>  
Werte für Generationen





Oben: Die Bürgermeisterinnen ließen den Abend in der Gasthausbrauerei „Zum Alfons“ in Rutzenham bei Schwanenstadt ausklingen. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer präsentiert das Gemeindewappen.

Links: Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer im Kreise der Organisatorinnen des 5. Österreichischen Bürgermeisterinnentreffens Christine Eisner, Pauline Sterrer und Ulrike Hille aus den Gemeinden Ohlsdorf, Rüstorf und Desselbrunn.

Frauen an der Macht: Bürgermeisterinnentreffen im Salzkammergut

# Größte Hürde ist nach wie vor Vereinbarkeit Familie und Beruf

Im wunderschönen Salzkammergut versammelten sich Österreichs Bürgermeisterinnen, um im gemeinsamen Austausch die Kolleginnen kennenzulernen und neue Kraft für die Arbeit in den Gemeinden zu gewinnen. Auch Bundeskanzler Faymann und Gemeindebund-Präsident Mödlhammer bestärkten die Frauen in ihrem politischen Engagement.

Bürgermeisterin Ulrike Hille aus Desselbrunn, Bürgermeisterin Christine Eisner aus Ohlsdorf und Bürgermeisterin Pauline Sterrer luden Ende August 2011 zum Treffen der Bürgermeisterinnen nach Regau im Bezirk Vöcklabruck ein. Von den 114 amtierenden „Frauen an der Macht“ machten sich 42 auf, um drei Tage zusammen mit ihren Kolleginnen bei einem abwechslungsreichen Programm Erfah-

rungen auszutauschen und sich gegenseitig in der verantwortungsvollen Rolle zu bestärken.

## Überparteilichkeit erwünscht

Absichtlich gab es keine Fachvorträge bei der Zusammenkunft, auch die Politik sollte ein paar Tage keine Rolle im Leben der sonst so politisch engagierten Damen spielen – allein die Über-

parteilichkeit und der Erfahrungsaustausch standen im Mittelpunkt. Derzeit sind nur rund fünf Prozent aller Ortschefs österreichweit Frauen. Ein große Hürde – da waren sich alle einig – sei die schwere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der politischen Tätigkeit. Niederösterreichs Landesrätin Barbara Schwarz, die bis vor kurzem noch selbst Bürgermeisterin von Dürnstein war, wollte mit ihrem Besuch die Bürgermeisterinnen in ihrem politischen Engagement stärken. Innsbrucks Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer sieht einen weiteren Grund, warum so wenige Frauen dieses hohe Amt in der Gemeinde übernehmen: „Frauen hinterfragen viel öfter, ob sie das auch wirklich können. Männer sind da nicht so selbstkritisch.“



Oben: Keine Spur von Nervosität zeigten die Bürgermeisterinnen, als sie auf der wohl spektakulärste Aussichtsplattform der Alpen für die Fotografen posierten: der Dachstein Aussichtsplattform „Five Fingers“.

Rechts: Abfahrt zur großen Traunsee-Schiffahrt: Kapitän Karlheinz Eder, Sonja Ottenbacher, Bürgermeisterin von Stuhlfelden, Martina Klaunzer, Bürgermeisterin von Gaimberg und Uli Böker, Bürgermeisterin von Ottensheim.



Auch Bundeskanzler Werner Faymann und Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer sprachen den Damen ihre Anerkennung für ihr Engagement aus. „Es gibt noch weniger Bürgermeisterinnen als ich befürchtete. Meine Damen, ich schätze Ihre engagierte Arbeit, gerade im sozialen Bereich ist Ihr Tun besonders wichtig“, so Faymann.

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer ließ es sich nicht entgehen, der Damenrunde am ersten Abend seine Anerkennung zu zeigen. „Da ich selbst Bürgermeister bin, weiß ich, wie viele Entbehrenungen man hinnehmen muss, wenn man dieses Amt bekleidet“, so Mödlhammer, der selbst Bürgermeister der salzburgerischen Gemeinde Hallwang ist. Umso wichtiger ist es für ihn, die Frauen auf ihrem Weg zu ermutigen,

damit noch mehr den Schritt in dieses Amt machen.

### Schokolade und Traunseeschiffahrt

Durch das Programm bekamen alle Anwesenden einen sehr guten Eindruck der Region Salzkammergut, denn gleich am ersten Abend besuchten sie die Schokoladenmanufaktur Kibler in Frankenmarkt, die Firma „Tostmann-Trachten“ in Seewalchen und den Abend ließen sie in der Gasthausbrauerei „Zum Alfons“ ausklingen. Der zweite Tag begann mit einem „Aktivprogramm“, stand doch eine Wanderung zum Krippenstein oder eine

Besichtigung von Bad Ischl und Hallstadt auf dem Programm. Den Abschluss des Tages bildete der Empfang von Landeshauptmann Josef Pühringer im Rahmen einer Schiffahrt auf dem idyllischen Traunsee. Ganz ohne Politik ging es dann doch nicht, denn am Rande nutzten die Teilnehmerinnen die zahlreichen Besucher für Treffen mit

Frauen hinterfragen viel öfter, ob sie das auch wirklich können. Männer sind da nicht so selbstkritisch.

Innsbrucks Bürgermeisterin  
Christine Oppitz-Plörer



Es gibt noch weniger Bürgermeisterinnen als ich befürchtete. Meine Damen, ich schätze ihre engagierte Arbeit, gerade im sozialen Bereich ist ihr Tun besonders wichtig.

Bundeskanzler Werner Faymann



Vertretern der Wirtschaft, des Gemeindebundes und der Politik. Nach dem Frühstück brachen die Damen am Sonntag noch zur Besichtigung der Altstadt Gmundens und der berühmten Gmundener Keramik auf, um anschließend mit neuer Kraft und mehr Selbstbewusstsein den Heimweg in ihre Gemeinden anzutreten.

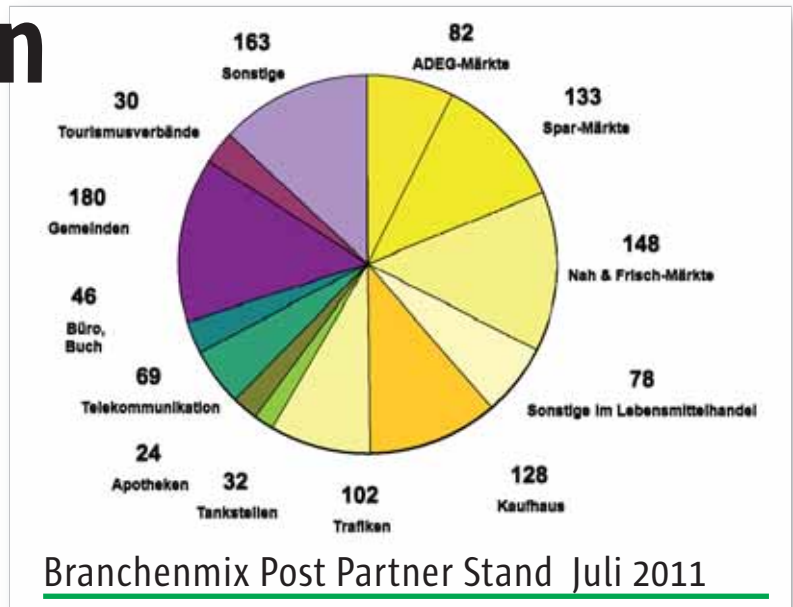
Carina Rumpold ist  
Redakteurin bei Kommunalnet



Bürgerbeteiligung bei der Suche nach Post Partnern

# Klagenfurt und Post arbeiten eng zusammen

In der Kärntner Landeshauptstadt Klagenfurt wird das Postnetz komplett neu aufgestellt. Post- und BAWAG P.S.K.-Filialen werden vereint, zusätzliche Post Partner verdichten das Angebot von Post-Geschäftsstellen. Bei der Suche nach Post Partnern arbeiten die Stadt und die Post eng zusammen.



Derzeit gibt es in der Landeshauptstadt Klagenfurt 13 Poststandorte, davon zehn Postfilialen und bereits drei Post Partner.



Eine optimale, komfortable und gut erreichbare Postversorgung ist für die Bevölkerung wichtig.

Klagenfurts Bürgermeister Christian Scheider und Wolfgang Lesiak von der Österreichischen Post AG

In Zukunft sollen es in Summe in Klagenfurt zwei Geschäftsstellen mehr sein – insgesamt also 15, davon acht Post Partner und sieben gemeinsame Post BAWAG P.S.K.-Filialen.

## Bewährter Standort Domplatz

Der erste gemeinsame Standort von Post und BAWAG P.S.K. am Klagenfurter Domplatz hat sich bereits bestens bewährt – in den Schalterräumlichkeiten des Bankinstituts ist auch ein großer Schalter- und Servicebereich der Post untergebracht. „Die Postversorgung ist ein sensibles und wichtiges Thema“,

betont Bürgermeister Christian Scheider, der in intensiven Verhandlungen mit Vertretern der Post um bestehende und künftige Poststandorte für Klagenfurt war. „Eine optimale, komfortable

und gut erreichbare Postversorgung ist für die Bevölkerung wichtig“, so Scheider, der den Klagenfurterinnen und Klagenfurtern jetzt bei der Wahl zweier

neuer Poststandorte in Klagenfurt ein Mitspracherecht gibt. Unter der E-Mail-Adresse [postamt@klagenfurt.at](mailto:postamt@klagenfurt.at) können die Bürger der Stadt ihre Wün-

sche bekannt geben, in welchem Klagenfurter Bezirk oder in welcher Straße eine weitere Postfiliale entstehen soll. „Wir werden dann Häufigkeiten und Standorte evaluieren und anhand der Einsendungen ersehen, in welcher Gegend der Bedarf am größten ist“, so Wolfgang Lesiak von der Österreichischen Post AG.

Erstmals kommt es so zu einer direkten Mitsprachemöglichkeit der Bevölkerung bei der Suche nach geeigneten Standorten für Post Partner. Lesiak: „Dadurch erhöhen wir die Akzeptanz der Partner einerseits und können andererseits auch sicherstellen, dass wir die Partner genau dort in Betrieb nehmen, wo sie gewünscht und gewollt werden.“

## Entwicklung Post Partner in Österreich





Leserbriefe helfen, Zeitungen attraktiver zu gestalten – also:

## Reaktionen erwünscht ...

Wer wollte noch nie seine große Entrüstung (oder seine grenzenlose Begeisterung) über einen Artikel in einem Medium äußern? (Auch KOMMUNAL würde sich über mehr Leserreaktionen freuen.) Es gibt einige nützliche Kriterien, wie diese Reaktionen am besten umzusetzen sind.

Gerald Freihofner

Alle Leserumfragen der Zeitungen und Zeitschriften ergeben, dass die Rubrik „Leserbriefe“ – oder wie immer sie genannt wird – in den Printmedien mit besonders großem Interesse gelesen wird. Auch in den Redaktionen von Zeitschriften, Magazinen und Tageszeitungen wird den Stellungnahmen der Leserinnen und Leser ein besonders hoher Wert beigemessen. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass sich fast alle Chefredakteure die Durchsicht der Leser-Reaktionen vorbehalten haben. Sie vermitteln Journalisten und Redakteuren einen direkten Eindruck von der Meinung des Lesers. Diesen Eindruck würde die Redaktion ohne Leserbriefe schwer bekommen, denn schließlich liest man die Zeitungen oder andere Printmedien eher alleine. So sind Leserbriefe etwas, anhand dessen die Redakteure ihre Arbeit überprüfen können. Sind die Leser mit den Artikeln zufrieden? Interessieren sie die gewählten Themen?



Prof. Gerald Freihofner ist freier Journalist in Wien und Chefredakteur von NotaBene

Was wünschen sie sich von ihrer Zeitung? Somit können Leserbriefe mit dazu beitragen, die Zeitung für den Leser attraktiver zu gestalten.

### Was zu tun ist

Beim Verfassen des Leserbriefes sollte der Schreiber jedoch einige Dinge berücksichtigen. Auch in diesem Bereich gilt allerdings das Wahrwort, dass all zuviel kontraproduktiv ist.

► Leserbriefe können vom Leser direkt an die Redaktion gerichtet werden. Die Adresse der Redaktion findet man im Impressum der Zeitung oder Zeitschrift. Oft gibt es auch die Möglichkeit, einen Leserbrief an die E-Mail-Adresse des Verlages zu senden. Dies ist ideal, weil eine Rückmeldung so sehr zeitnah erfolgen kann.

► Wählen Sie ein Thema, das im aktuellen Trend liegt, aber nicht unbedingt einen „Dauerbrenner“, über den alle Argumente pro und kontra schon bis zum Überdruß geäußert wurden.

Auch elegante Richtigstellungen oder Gegendarstellungen eignen sich trefflich für Leserbriefe.

► Wenn Sie unbedingt einen „Dauerbrenner“ wählen müssen, behandeln Sie einen neuen Gesichtspunkt.

► Je schneller Sie auf einen Artikel oder eine Meldung reagieren, desto größer ist die Chance des Abdrucks. Bei aktuellen Artikeln und Ereignissen gilt, dass der Leserbrief spätestens drei Tage nach Erscheinen des Artikels in der Redaktion eintreffen sollte.

► Bei sehr komplexen Themen beschränken Sie sich auf einen – höchstens auf zwei – Gesichtspunkte. Wenn Sie viele Aspekte aufzeigen, wird die Redaktion einen oder zwei Punkte herausgreifen – vielleicht nicht unbedingt die für Sie wichtigsten.

► Formulieren Sie knapp und präzise. Ein Leserbrief ist keine Stilübung, sondern ein Statement in einer Diskussion. Die Sätze sollten im Schnitt nicht mehr als 15 Worte haben. Vermeiden Sie Schachtelsätze, lange Absätze und lange, zusammengesetzte Wörter. Als Grundsatz gilt, dass ein Leserbrief 500 Zeichen nicht überschreiten sollte.

► Haben Sie Verständnis, wenn die Redaktion Leserbriefe kürzen muss. Je kürzer ein Brief ist, desto eher wird er vollständig abgedruckt – und auch in der Zeitung wirklich gelesen.

► Deklarieren Sie Ihr Schreiben

klar als Leserbrief, damit Ihr Schreiben – oder Ihr E-Mail – aus der Redaktionspost gleich richtig zugeordnet wird.

► Ein Leserbrief ist kein Aufsatz. Deshalb vermeiden Sie umständliche, allgemeine Einleitungen. Auch eine abschließende Zusammenfassung ist in der Regel entbehrlich.

► Erklären Sie im ersten Satz, wovon Sie sprechen, und zwar auch für Uneingeweihte verständlich. Beziehen Sie sich auf einen bestimmten Artikel, eine TV- oder Radio-Sendung, dann halten Sie gleich eingangs fest: „Zum Artikel ... vom ... (Datum)“.

► Stimmen Sie – bei Schreiben an Publikumszeitungen oder Fachzeitschriften – das Niveau Ihres Briefes auf das Printmedium ab.

► Präzise Angaben, insbesondere bei Zahlen, sind unerlässlich. Statt „gestern“, „morgen“ und dergleichen geben Sie das genaue Datum an.

► Unterlassen Sie auf jeden Fall Kraftausdrücke und vage Beschuldigungen. Haben Sie an jemandem massive Kritik zu üben, so führen Sie Namen, Zeit, Ort und Umstände genau an, um eine allfällig erforderliche Überprüfung zu ermöglichen.

► Ein Leserbrief sollte immer mit vollem Namen gezeichnet sein. Bei einer anonymen Zuschrift müssen Sie damit rechnen, dass Ihr Brief unveröffentlicht bleibt. Wenn Sie sich vor empörten Telefonreaktionen oder anderen Konsequenzen fürchten, schreiben Sie lieber keinen Leserbrief. Möchte sich ein Leser zu einem bestimmten Sachverhalt äußern, sieht jedoch seine Integrität, Sicherheit oder seinen Status hierdurch gefährdet, bietet es sich an, die Redaktion um eine anonyme Veröffentlichung zu bitten. Solche Beiträge sind dann mit dem Zusatz gekennzeichnet: „Der Name des Verfassers ist der Redaktion bekannt.“ Das kann der Fall sein, wenn eine Zeitung negativ über ein Unternehmen berichtet hat und ein Arbeitnehmer die angeprangerten Missstände bestätigen möchte, ohne sich dabei erkennen geben zu wollen, um

mögliche Nachteile wie Kündigung oder Mobbing am Arbeitsplatz zu vermeiden.

► Bedenken Sie, dass inkriminierbare Äußerungen geklagt werden können. Diffamierungen, Diskriminierungen und ein übertrieben umgangssprachlicher Stil („Die Talkshow ‚Stöckl am Samstag‘ ist ja der größte Scheiß, den ich je gesehen habe!“) sind bei einem Leserbrief fehl am Platz und werden in aller Regel auch nicht veröffentlicht, zumindest nicht in Print-Medien, die einer strengeren redaktionellen Kontrolle unterliegen als viele Internet-Foren.

► Wollen Sie sich telefonisch in der Redaktion erkundigen, ob Ihr Brief gedruckt wird bzw. warum er nicht gedruckt wurde, nennen Sie nicht nur Ihren Namen, sondern auch das Thema bzw. den Inhalt Ihres Briefes. Warten Sie mit solchen Anfragen bis etwa 14 Tage nach dem Absenden Ihres Briefes.

► Da Leserbriefe kostenlos veröffentlicht werden, ist es nicht möglich, ein bestimmtes Erscheinungsdatum zu verlangen. ► Fordern Sie mit dem Leserbrief kein Belegexemplar an. Dadurch würde dokumentiert, dass Sie das Medium nicht oder nur sporadisch lesen.

► Es kommt zwar nicht so häufig vor, aber teilweise verfassen manche Redaktionen ihre Leserbriefe selbst, um den Eindruck zu erwecken, dass besonders viele Leser sich für ihre Publikation interessieren. Legendar ist da der – mittlerweile verstorbene – Herausgeber eines reichweiten Boulevardblattes (für den allerdings auch posthum die Unschuldsvermutung gilt). Häufiger sind fingierte Reaktionen in Online-Redaktionen zu finden.

► Mit Humor geht im Leben vieles leichter. Leserbriefe mit Witz und Piffigkeit werden besonders gerne veröffentlicht.

► Wollen Sie im ORF zu einem Beitrag des Hörfunks oder des Fernsehens Stellung nehmen, dann tun Sie dies unter der Kundenservice-Nummer 01/50170-371 (Ö1), 0800/600600 (Ö3), 01/899953 (Radio Wien) oder 01/87070-30 (TV).

Michael Mühlbeck

**W**ie viele andere österreichische Gemeinden steht auch die Stadt Mödling vor der Herausforderung, mit immer knapperen Budgetmitteln umfassende Leistungen in hoher Qualität zur Sicherung der öffentlichen Interessen und der Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger zu erbringen. Die Mödlinger Stadtregierung hat nun im aktuellen Koalitionsübereinkommen festgelegt, die Gemeindeverwaltung kostengünstiger, effizienter und bürgerfreundlicher zu machen. Ziel des Projektes „Verwaltungsreform Mödling 2015“ war es daher, einen nachhaltigen Entwicklungsprozess zur Verwaltungsoptimierung der Stadtverwaltung Mödling einzuleiten. Im Interesse der Objektivität und der Nutzung externen Know-hows hat man mit der act Management Consulting GmbH ein erfahrenes Beratungsunternehmen für dieses Projekt beauftragt.

Mittels detaillierter Aufgaben- und Kapazitätsanalyse in allen Bereichen der Stadtverwaltung wurde erhoben, welche Aufgaben in den einzelnen Organisationseinheiten der Stadt Mödling geleistet werden.

Mittels detaillierter Aufgaben- und Kapazitätsanalyse in allen Bereichen der Stadtverwaltung wurde erhoben, welche Aufgaben in den einzelnen Organisationseinheiten der Stadt Mödling geleistet werden. In einem zweiten Schritt wurden die dafür eingesetzten Personalkapazitäten und sowie die Schnittstellen zwischen den einzelnen Organisationseinheiten erhoben. In einer Aufgabenkritik wurden Notwendigkeit und Effizienz jeder Aufgabe geprüft. Aus dieser Beurteilung ergaben sich vielfältige Veränderungspotenziale zur nachhaltigen Leistungssteigerung der Mödlinger Gemeindeverwaltung. So werden einzelne Aufgaben in Zukunft nicht mehr wahrgenommen, einzelne Aufgaben werden in anderer Zusammenstellung durchgeführt oder es wird die Effizienz der

Mödling: Umfassende Reform der Gemeindeverwaltung durchgeführt

# Ergebnis: Mehr Bürgerservice und straffe Verwaltungsabläufe

Neben der grundsätzlichen strategischen Ausrichtung und Zielsetzung der Stadtverwaltung Mödling wurde vor allem die Frage diskutiert: Wer sind unsere Kunden? Was erwarten diese von der Stadtverwaltung? Was ist ihnen besonders wichtig?



Stadtamtsdirektor Mag. Raimund Schneider, Stadträtin Dipl.-Päd. Franziska Olischer, Bürgermeister LABg. Hans Stefan Hintner, der Autor, Stadträtin Mag. Ulla Binder, Vizebürgermeister Mag. Gerhard Wannemacher, Obfrau der Personalvertretung Edith Mayer.

Aufgabenerfüllung bei zumindest gleicher Qualität gesteigert. Aus der Bewertung der Ist-Situation und den identifizierten Potenzialen wurden die künftigen Tätigkeiten (Soll-Aufgabenkatalog) abgeleitet sowie Schwerpunktthemen zur weiteren Bearbeitung vorgeschlagen. In gemeinsamen Workshops mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden Lösungsansätze zur Nutzung der identifizierten Potenziale erarbeitet und als Basis für die Umsetzungsplanung dokumentiert. Im Rahmen des Projekts wurden die Voraussetzungen für ein umfassendes Bürgerservice geschaffen, das künftig für alle Anliegen von Bürgern und Wirtschaftstreibern die erste Ansprechstelle sein wird. Durch diesen „Single Point of Contact“ wird die Bürgernähe der Stadtverwaltung weiter ausgebaut. Intern können damit Effizienzsteigerungseffekte erzielt werden, die wiederum den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen bzw. das Gemeindebudget entlasten. Dafür sind Aufgabenverlagerungen in nahezu allen Abteilungen

erforderlich, die sorgfältig zu planen und mit den Betroffenen abzustimmen sind. Sobald die räumlichen Voraussetzungen geschaffen sind, wird das Bürgerservice den Bürgerinnen und Bürgern Mödlings zur Verfügung stehen.

Eine nachhaltige Leistungssteigerung wird auch in den Infrastrukturbereichen durch die Bündelung gleichartiger Tätigkeiten zu „Experten-Pools“ und die Nutzung von Synergien durch optimierte Fahrzeug- und Maschinenauslastung erwartet. Die Infrastrukturdienstleistungen (Stadtreinigung, Gärtnerei, Wirtschaftshof, etc.) werden künftig gemeinsam geführt, so dass bei gleichem Aufwand mehr für die Sicherung der Lebensqualität geleistet werden kann. Bewährte, zukunftssichere Konzepte wie Shared Services, mobile Einsatztruppen und flexibler Personaleinsatz ermöglichen dies.

Im Zuge des Projekts wurden auch Möglichkeiten der gemeindeübergreifenden Nutzung von Ressourcen geprüft. Dabei sollen die bereits bestehenden Aktivitäten der interkommunalen Zusammenarbeit gestärkt und neue Themenfelder aufgegriffen werden.

Aus der Bewertung der Ist-Situation und den identifizierten Potenzialen wurden die künftigen Tätigkeiten (Soll-Aufgabenkatalog) abgeleitet sowie Schwerpunktthemen zur weiteren Bearbeitung vorgeschlagen.

Insgesamt ist man in der Stadt Mödling mit den Ergebnissen und der Roadmap für die Umsetzung des Projektes sehr zufrieden. Nun geht es in die Umsetzung, die auch weiterhin professionell begleitet wird. Bürgermeister LABg. Hans Stefan Hintner ist sicher, dass die geplanten Maßnahmen für die Bürger, aber auch für das Gemeindebudget bald spürbare positive Auswirkungen haben werden.



Mag. Michael Mühlbeck ist Mitglied der Geschäftsleitung der act Management Consulting





Geschafft: Pause im berühmten „Castello di Roncade“.

Mit von der Partie: Die Hurlacher Multi-Kulti-Staffel.



Staffelübergabe von Imst an Mils.



Der Meilenstein Meitingen.

## 2. Auflage der Radstaffel von 130 Gemeinden quer durch Europa

# 700 Kilometer mitten durch die Donau-Alpe-Adria-Region

Die 2. Radstaffel Via Claudia Augusta 2011 ist ein starker Beweis, dass Europas Kulturachse „Via Claudia Augusta“ lebt: 130 Gemeinden, rund 5000 direkt involvierte Akteure, 700 km Donau-Alpen-Adria.

Mit einem Grande Finale endete im Frühjahr in Altino bei Venedig (dem historischen Ausgangspunkt der Via Claudia Augusta) die zweite Auflage der Via Claudia Augusta-Radstaffel. Sie ist ein starker Beweis, dass die Via Claudia Augusta mehr als eine

Insgesamt trugen Radler-Delegationen von 130 Gemeinden eine lateinische Botschaft von Ort zu Ort, insgesamt 700 km von der Donau über die Alpen an die Adria.

erfolgreiche touristische Route ist – sie wird als ein bedeutendes Stück Geschichte betrachtet, die die Orte entlang verbindet. Sie wird auch mehr und mehr zur gemeinsamen Identität. Besonders stark war das in den

letzten fünf Gemeinden an der Strecke zu spüren. In Villorba, Treviso, Silea, Roncade und Quarto D'Altino sind jedes Jahr besonders viele Bürger auf dem Rad mit dabei. Insgesamt trugen Radler-Delegationen von 130 Gemeinden eine lateinische Botschaft von Ort zu Ort, insgesamt 700 km von der Donau über die Alpen an die Adria. Letztes Jahr gaben die Delegationen die Botschaft mündlich weiter. Heuer ritzte Donauwörth's Bürgermeister Armin Neudert die Nachricht an die anderen Gemeinden in ein Wachstäfelchen, wie es in römischer Zeit üblich war. In dieser Form macht die Botschaft den 700 km langen Weg von Bayern durch Tirol nach Oberitalien – auf Europas Kulturachse Via Claudia Augusta. Jede der

130 Gemeinden empfing die Vorgemeinde und trug die Botschaft ein kleines Stück des langen Weges von ihrem Gemeindezentrum ins nächste. Die Gemeinden wurden dabei von ganz unterschiedliche Radler-Delegationen vertreten: Repräsentanten der Gemeinden, Sport- und Kulturvereine, Schulen, interessierte Gemeindebürger. Viele Gemeinden nahmen die Radstaffel zum Anlass für einen Informationsabend oder sogar ein Fest zum Thema Via Claudia Augusta. Der nördlichste und der südlichste Ort, Donauwörth und Quarto D'Altino, informierten bei einem großen Fest eine Woche vor der Radstaffel über die Via Claudia Augusta. Neumarkt feierte ein Römerfest im mittelalterlichen Marktzentrum und lud alle ein, mitzufeiern. Wen die Begeisterung gepackt hat, der kann die Via Claudia Augusta auch auf eigene Faust bereisen ... Mehr auf [www.viaclaudia.org](http://www.viaclaudia.org)



Die ehrenamtlichen Helfer mit dem längsten Atem sind die sieben Freiwilligen, die in der Pfarre dafür sorgen, dass alles picobello aussieht. All das organisiert Mathilde Wurz seit 14 Jahren freiwillig.

2011: Europas Jahr der Freiwilligkeit geht in die zweite Halbzeit

# „Ohne Freiwillige wäre gar nix möglich“

Tief in den Wäldern der Mühlviertler Alm liegt die kleine Gemeinde Kaltenberg. Dass die Größe nicht immer entscheidend ist, beweist dieser Ort. Er zeigt nämlich, was man alles auf die Beine stellen kann, wenn die Bürger sich aktiv in der Gemeinde engagieren.

Mit 635 Einwohnern zählt Kaltenberg ja nicht gerade zu den Großstädten Österreichs, und trotzdem lässt sich dort alles finden, was es für eine funktionierende Gemeinde so braucht: Einen Nahversorger, eine Kirche, einen Kindergarten, eine Volksschule und noch vieles mehr. Dass es diese tolle Infrastruktur gibt, fiel für die Kaltenberger nicht vom Himmel, denn sehr viel wurde durch die Kraft der Freiwilligen bewältigt. So wurden alleine im Rahmen des Audits familienfreundliche Gemeinde im Jahr 2010 ein Kindertanzplatz saniert, ein Schulspielplatz neu gestaltet, eine Spielgruppe und ein Jugendtreff sowie ein Nahversorger errichtet. Insgesamt waren dabei 77 freiwillige Helfer mit mehr als 1070 Stunden beteiligt. Auch ein Unionsgebäude konnte

durch 6140 freiwillige Stunden eröffnet werden. Insgesamt zählt Kaltenberg stolze 18 Vereine. Die ehrenamtlichen Helfer mit dem längsten Atem sind jedoch die sieben Freiwilligen, die in der Pfarre dafür sorgen, dass alles picobello aussieht. Immerhin soll der Friedhof ordentlich aussehen, der Pfarrer ein zusammengeräumtes Pfarrhaus vorfinden, der Pfarrgarten gepflegt und die Kirche zu den Gottesdiensten geschmückt werden. All das organisiert Mathilde Wurz seit 14 Jahren freiwillig. Auf ihr angesprochen, gibt sie sich gelassen: „Die Arbeit muss ja

getan werden.“ Begonnen hat sie, weil der Friedhof sehr verkommen und ungepflegt aussah. Heute ist die Ruhestätte sicher ein ansehnlicher Flecken in Kaltenberg. Kann man dort doch noch die wunderschönen schmiedeeisernen Kreuze vorfinden und hat einen wunderbaren Ausblick auf die Gegend. Um auch in dieser kleinen Gemeinde eine große Bandbreite

Die Arbeit muss ja getan werden.

Mathilde Wurz organisiert die Friedhofspflege seit 14 Jahren

an Infrastruktur gewährleisten zu können, scheint auf die Kaltenberger der Spruch „Hilf dir selbst, sonst hilft dir keiner“ zuzutreffen. Bürgermeister Josef Hinterreither

ist sich dieser Besonderheit bewusst: „Ohne unsere Freiwilligen wäre gar nix möglich.“ Gedankt werden soll den Freiwilligen heuer besonders im Europäischen Jahr der Freiwilligenarbeit. Wie genau, will sich der Bürgermeister noch überlegen.

Carina Rumpold ist Redakteurin bei Kommunalnet



## Burgenland

Vier neue Projekte gestartet

### Beschäftigung von Frauen steigern

#### EISENSTADT

Mit vier neuen, im Oktober beginnenden Projekten soll ein weiterer Schritt zu mehr Frauenbeschäftigung gemacht werden, kündigte Frauenlandesrätin Verena Dunst (SPÖ) an. Die vier neuen Projekte verteilen sich auf das gesamte Bur-

genland. Im Südburgenland gibt es beispielsweise das Projekt „Zielgruppe 45 plus“, das Frauen schrittweise in den Arbeitsmarkt re-integrieren soll. Im Norden des Burgenlands sollen wiederum niedrig qualifizierte Frauen angesprochen werden.



Frauen sollen u. a. zu Büro- oder Verkaufsassistentinnen ausgebildet werden.

Bank Burgenland

### EU ließ Klage fallen

#### EISENSTADT

Die EU-Kommission zog die Klage gegen das Land Burgenland und gegen die Republik Österreich wegen des Verkaufs der Bank Burgenland zurück. 2008 hatte die Kommission entschieden, dass die Grazer Wechselseitige Versicherung (GraWe) 55 Millionen Euro nachzahlen muss. Grund war die Klage eines österreichisch-ukrainischen Konsortiums gewesen, laut dem die GraWe eine illegale Beihilfe erhalten hatte. Dagegen hatten das Burgenland, die Republik Österreich und die GraWe vor dem EU-Gericht auf Aufhebung der Kommissionsentscheidung geklagt.

Feuerbeschau NEU

### Mehr Sicherheit für alle Betroffenen

#### EISENSTADT

Im derzeit geltenden burgenländischen Feuerwehrgesetz mit der Feuerbeschauordnung 1995 wird geregelt, dass Bauwerke umfassend auf ihre Brandsicherheit überprüft und festgestellte Mängel beseitigt werden müssen. Nach den Bundesländern Niederösterreich und Steiermark soll nun auch im Burgenland die Regelung zur Feuerbeschau vereinfacht und erneuert werden, so LHStv. Franz Steindl. Gemeindegewerkschaftspräsident Leo Radakovits, Bürgermeister von Güttenbach, begrüßt den Vorschlag.



## Kärnten

Kärntner Landesbudget 2012 beschlossen

### Ausgabenseitig massive Einsparungen

#### KLAGENFURT

Das Budget für 2012 wurde am 15. September mehrheitlich von der Kärntner Landesregierung in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen. LH Gerhard Dörfler bezeichnete es in einer ersten Aussendung als „maßvolles, gutes und sinnvolles Budget“, das man trotz schwieriger Rahmenbedingungen erzielt habe. Wie Dörfler ausführte, würden die Mittel für den Sozialbereich und Wohnbau weiter steigen, leicht steigend seien sie im Gesundheitsbereich. Investiert werde auch in mehrere wichtige Infrastrukturprojekte. Einen enormen Spareffekt erziele das Land durch die Verwaltungsreform, die

Schaffung der zehn Kompetenzzentren und die Abschaffung der Pragmatisierung. Durch den selektiven Einstellungsstopp seien zudem bereits 188 Dienstposten eingespart worden. Das Budget 2012 sieht Einnahmen von 1,975 Milliarden und Ausgaben von 2,138 Milliarden Euro vor. Finanzreferent Dobernig verweist auf die großen Verluste beim Einnahmenvolumen. „2012 haben wir noch immer um 283,4 Millionen Euro weniger an Einnahmen als im Jahr 2009. Dafür ist es uns mit einer Vielzahl an Maßnahmen gelungen, ausgabenseitig massiv einzusparen.“

Mehr auf [www.ktn.gv.at](http://www.ktn.gv.at)

Raserbilanz

### Kontrollen zeigen Wirkung

#### FELDKIRCHEN

Im Zeitraum von 1. Jänner bis 31. August dieses Jahres wurden in Feldkirchen 1078 Raser von der Polizei angezeigt. „Das sind um 390 mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres. Ein Grund dafür sind unsere Schwerpunktkontrollen im Bezirk“, erklärt Chefinspektor Reinhold Feichter.



Tourismus

### Kärnten setzt auf Mountainbike

#### KLAGENFURT

Kärnten hinkt in Sachen Mountainbikewege anderen Bundesländern hinterher. Daher sollen in den kommenden Jahren flächendeckend 3000 Kilometer Mountainbikestrecken erschlossen werden. Das wären etwa doppelt so viele wie bisher. Derzeit gibt es nur regional ein gut ausgebautes Mountainbike-Streckennetz, wie zum Beispiel in den Nockbergen und in der Karnischen Region. Die Forstwege in Kärnten gehören 23.000 verschiedenen Besitzern, und etliche sind gegen neue Mountainbikewege.





## Niederösterreich

Umstrittener Vorschlag zur Verwaltungsreform

### Regionen mit eigenem Statut?

**WIENER NEUSTADT/  
ST. PÖLTEN**

Nach dem Vorbild von Städten mit eigenem Statut, wie etwa Wiener Neustadt oder Krems, schlägt der Wr. Neustädter Bürgermeister Bernhard Müller (SPÖ) ganze Regionen mit eigenem Statut vor. Die einzelnen Orte sollen zwar ihre Namen und Gemeindevertretungen behalten, die zentrale Verwaltung sollte aber von einem gewählten Oberbürgermeister übernommen werden. Für



Bgm. Bernhard Müller.

die Finanzen solle es pro Region ein Zentralbudget geben, das in Verhandlungen an die Gemeinden verteilt wird. Dadurch könnten Synergien besser genutzt werden, meint Müller. Der Chef des GVV der ÖVP Niederösterreich, Alfred Riedl, kann dem Vorschlag nichts abgewinnen. Mit den BHs gebe es im wesentlichen bereits eine Einrichtung, die die übergeordneten Verwaltungstätigkeiten erfüllt. Riedl schlägt im Gegenteil vor, dass die Bezirkshauptmannschaften die Agenden der Magistrate mitübernehmen könnten.

Über 300 Teilnehmer kamen

### Umwelt-Gemeinde-Tag 2011



Landesrat Stephan Pernkopf mit den Referenten.

**ST. PÖLTEN**

Am 9. September fand im Landtagssitzungssaal in St. Pölten der Umwelt-Gemeinde-Tag 2011 statt. Ziel der Veranstaltung für Gemeindevertreter war die Vernetzung und der Austausch von Informationen. Über 300 Teilnehmer folgten der Einladung und diskutierten

über Handlungsalternativen im Angesicht knapper werdender Ressourcen. Umwelt- und Energielandesrat Stephan Pernkopf: „Um auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet zu sein, müssen wir die gute Zusammenarbeit von Land und Gemeinden fortsetzen.“



## Oberösterreich

Energiespargemeinde

### Mehr als 200 Orte am Weg

**LINZ**

Derzeit sind mehr als 200 der 444 oö. Gemeinden am Weg zur Energiewende, indem sie den Prozess zur Energiewendegemeinde E-GEM gestartet haben bzw. den Umstieg auf Energieeffizienz und Erneuerbare maßgeschneidert für ihre Gemeinde planen und verwirklichen. In Summe sind bereits über 10.000 Bürger aktiv für die Energiewende engagiert. Die Energiewendegemeinden sind – so LR Rudi Anschober – die wirkksamste regionale Marktstimulierung, weil bei deren Umsetzung die Nachfrage nach Ökoenergieprodukten in der jeweiligen Gemeinde massiv steigt.

Pilotprojekt

### Bodenfunktionskarte ab 2013

**THALHEIM**

Oberösterreich bekommt als erstes Bundesland eine flächendeckende Bodenfunktionskarte. Sie zeigt, wie produktiv die Böden sind und welchen Lebensraum sie für welche Organismen und Pflanzen bieten. Diese Karten sollen ab 2013 für alle im Internet abrufbar sein und vor allem Gemeinden eine Entscheidungshilfe bei Bauprojekten und Ortsentwicklung bieten. Ein Pilotprojekt gibt es bereits in der Gemeinde Thalheim. Dort überarbeitet man bereits das örtliche Entwicklungskonzept und die Flächenwidmungspläne.

Zusammenlegung von drei Gemeinden geplant

### Diskussion um „Stadt Aist“

**PREGARTEN/HAGENBERG/WARTBERG**

Schon lange gibt es Diskussionen rund um eine Zusammenlegung der Gemeinden Pregarten, Hagenberg und Wartberg zu einer „Stadt Aist“. Während Pregartens Bürgermeister Anton Scheuwimmer seit Jahren dafür plädiert, waren die beiden anderen Gemeinden – vor allem Hagenbergs Bürgermeisterin Kathrin Kühtreiber – bis jetzt nicht so euphorisch. Sie setzt eher auf Kooperation statt Fusion. Der Linzer Volkswirtschafts-



Hagenbergs Bürgermeisterin Kathrin Kühtreiber ist gegen die Fusion.

ter Friedrich Schneider errechnete, dass die neue Stadt aufgrund des abgestuften Bevölkerungsschlüssels mit einer Million Euro an Mehreinnahmen rechnen könnte als wenn die drei Gemeinden nicht zusammengelegt würden. „Das ist falsch oder nicht nachvollziehbar“, sagt dazu der oö. Gemeindebund-Präsident Johann Hingsamer. Er rechnet nur mit Mehreinnahmen von 200.000 Euro.



## Salzburg

Neues Umweltförderungsprogramm

### Willkommen im KLUP!

#### SALZBURG

Der Klima- und Umwelt-pakt – kurz KLUP – ist das neue Förderungsprogramm des Umweltressorts im Land Salzburg. Der KLUP fördert Projekte zur verstärkten Anwendung neuer Technologien im Klimaschutz und in der Luftrein-

haltung. Die KLUP-Förderung richtet sich an Einrichtungen der öffentlichen Hand und Gebietskörperschaften, gemeinnützige Vereine, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Großunternehmen und Privatpersonen.

[www.klup-salzburg.at](http://www.klup-salzburg.at)

Grundbesitzer warten oft jahrelang

### Bauland wieder rückwidmen

#### SALZBURG

Baugründe sind im Land Salzburg im Vergleich zum Vorjahr um knapp ein Zehntel teurer geworden. Die Folge sind entsprechend teure Miet- und Eigentumswohnungen. Viele Besitzer von Bauland

nutzen die Entwicklung aus und warten oft jahrelang, bevor sie bauen oder verkaufen. Gemeinnützige Wohnbauträger fordern daher, dass die Möglichkeit, unbebautes Bauland nach zehn Jahren rückzuwidmen, öfters genutzt wird.

Private „Westbahn“ startet im Dezember

### 18 x von Salzburg nach Wien

#### SALZBURG/WIEN

Die private „Westbahn“ wird ab 11. Dezember auf den ÖBB-Gleisen zwischen Wien und Salzburg verkehren. Damit erhalten die ÖBB erstmals private Konkurrenz auf ihrem Schienennetz. Die Westbahn will Salzburg mit Wien 18 Mal

täglich verbinden.

Zwischen Klagenfurt, Salzburg und München wird auch eine private Busverbindung, der „Westbus“, eingerichtet. Zweimal täglich soll auch die Linie Wien–Klagenfurt angeboten werden.

[www.westbahn.at](http://www.westbahn.at)



Foto: H. Murakami

## Steiermark

100 Jahre Feistritzalbahn

### „Rote Glut unter schwarzer Haut“

#### STAINACH

Ende August wurde in Birkfeld das 100-Jahr-Jubiläum der Feistritzalbahn gefeiert. Landeshauptmann Franz Voves hob in seiner Ansprache hervor, wie sehr die Menschen in der Region der Bahn gegenüber verbunden sind, und sicherte der Bahn Unterstützung zu. Der Betreiber der Feistritzalbahn, Christian Faul hatte sogar einen Vergleich „seiner“ Bahn mit der Landespolitik parat: „Wenn sich eine starke schwarze Haut, die alles zusammenhält, und eine infernale rote Glut, die alles antreibt, zusammentun, dann kann nur viel Kraft herauskommen!“

Gemeinsames Nutzen des Verkehrsraumes ohne Ampeln

### Shared Space feiert Geburtstag



Foto: Marktgemeinde Gleinstätten

Bis auf Probleme mit der Pflasterung ist man mit den gewonnenen Erfahrungen zufrieden.

#### GLEINSTÄTTEN

Vor einem Jahr wurde das erste Shared Space-Projekt Österreichs gestartet. Das aus Holland stammende Verkehrskonzept des „gemeinsamen Raums“ mit der gegenseitigen Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer – und zwar ohne Ampeln, Verkehrszeichen oder Schutzwege – hat sich bewährt, sagt Bürgermeister Gottfried Schober.

In den Sommermonaten habe sich zwar ein gewisser Gewöhnungseffekt bei den Autofahrern gezeigt, so dass diese wieder schneller fahren. Seit Schulbeginn werde aber wieder langsamer gefahren. Ein Wermutstropfen ist für Schober aber, dass die

Pflasterung auf der Sulmtal Bundesstraße nicht gehalten hat. Die Sanierung ist zwar ein Gewährleistungsfall und kostet die Gemeinde nichts. „Die Anrainer sind aber trotzdem verärgert, dass schon wieder gebaut werden muss“, sagt Schober.

In der Steiermark werden derzeit noch zwei weitere Shared Space-Projekte umgesetzt: In Feldkirchen bei Graz möchte man spätestens 2012 fertig sein, und in Graz wird gerade der Sonnenfelsplatz vor der Universitäts-Mensa umgebaut. Bei beiden Projekten kann man auf die Erfahrungen aus Gleinstätten zurückgreifen.





## Tirol

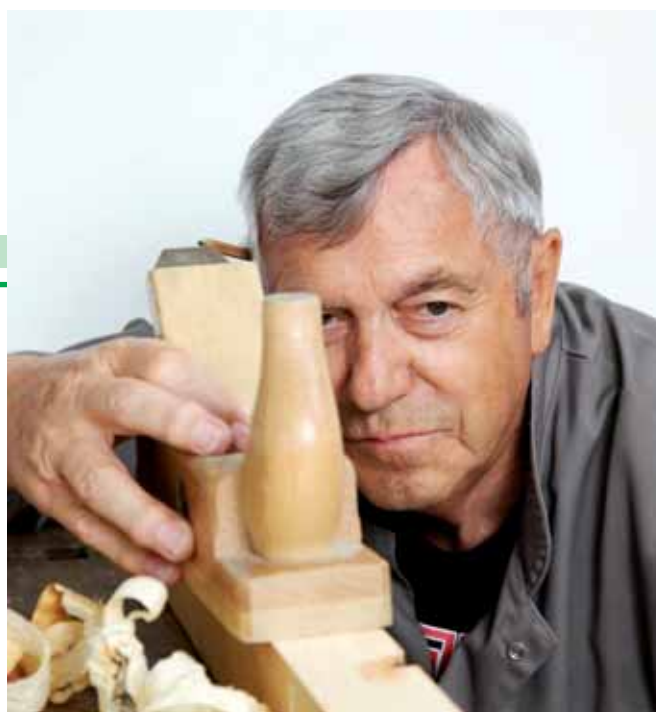
Stadtpolitiker drängen

### Stadtrechtsreform gefordert

#### INNSBRUCK

Innsbrucker Stadtpolitiker aller Fraktionen haben an die Tiroler Landesregierung appelliert, die Stadtrechtsreform samt Bürgermeisterdirektwahl in Innsbruck schnell durchzuziehen. Die Stadtpolitiker fürchten, dass der Beschluss des neuen Stadtrechts und der Bürgermeisterdirektwahl auf Landesebene weiter verzögert wird.

Die Reform muss vom Landtag abgesegnet und spätestens im November beschlossen werden, damit es sich noch für die nächste Gemeinderatswahl in Innsbruck ausgeht. Diese soll im Frühjahr stattfinden.



Die Mentoren sind meist berufs- und lebenserfahrene Pensionisten.

Erfahrene Mentoren unterstützen Poly-Schüler

### Senioren helfen bei Jobsuche

#### SCHWAZ/KUFSTEIN

Beim Projekt „Mei Vor >> Sprung“ helfen berufserfahrenen Erwachsenen, meist sind es Senioren, Schülern der Polytechnischen Schule, eine passende Lehrstelle zu finden. Vor dem Projekt

werden die ehrenamtlichen Mentoren in einer kostenlosen Schulung in ihre Aufgabe eingeführt. Die Mentoren treffen sich dann einmal pro Woche mit den Jugendlichen, um ihnen unter die Arme zu greifen.

Gemeinderat lehnt ab

### Kein türkisches Gymnasium

#### RUM

Die Gemeinde Rum hat sich gegen ein von türkischen Unternehmern geplantes Privatgymnasium ausgesprochen. Bürgermeister Edgar Kopp erklärte, dass Integration nicht gelingen könne, wenn einzelne Kulturgruppen sich spezialisieren. Der zuständige Ausschuss habe ausführlich alle Für und Wider diskutiert und sei einhellig zu dem Schluss gekommen, dass man generell gegen die Errichtung von Privatschulen jeder Art sei. Die Betreiber des Projekts wollen diese Entscheidung nicht hinnehmen und weiterkämpfen.



## Vorarlberg

Plattform stellte sich der Öffentlichkeit vor

### Mehr direkte Demokratie gefordert

#### BREGENZ

Die Plattform „Mehr Demokratie für Vorarlberg“ will das Initiativrecht der Bürger stärken, um mehr Volksabstimmungen zu ermöglichen. In Zukunft sollten weniger Unterstützungsunter-

schriften nötig sein als bisher. Bei der Plattform handelt es sich um eine überparteiliche Initiative mit bisher 100 Teilnehmern. Die Initiative ist auch mit Salzburger und bayerischen Gruppen vernetzt.

Schwere Vorwürfe der Grünen

### Diskussion über Gemeindeaufsicht

#### BREGENZ

Die Vorarlberger Grünen erheben den Vorwurf, Beschwerden gegen Bürgermeister würden von Bezirkshauptmannschaften und Landesregierung meist nicht sachlich behandelt. In zahlreichen Fällen sei die Aufsichtsbehörde immer den Argumenten der Bür-

germeister gefolgt. Die Aufsicht arbeite mit juristischen Spitzfindigkeiten zu Gunsten der Bürgermeister, sagt der Grüne-Klubchef Johannes Rauch, Oppositionsparteien und Bürger würden im Regen stehen gelassen. LH Sausgruber weist den „Pauschalvorwurf“ zurück.

Bürgermeister beweist Zivilcourage und Fitness

### Randalierer gestoppt

#### GASCHURN

Nicht nur Zivilcourage, sondern auch seine körperliche Fitness bewies der Bürgermeister von Gaschurn in



Foto: Gemeinde Gaschurn

Gaschurns Bürgermeister Martin Netzer

Nachdem er eine Gruppe randalierender Jugendlicher entdeckte, nahm der Hobbysportler und ehemaligen Berufsoffizier im Anzug die Verfolgung der flüchtenden Rowdys auf – und war erfolgreich und erwischte zwei Burschen. Nachdem Netzer den beiden ins Gewissen redete, riefen die Teenager schließlich ihre

drei beteiligten Freunde an und forderten sie auf, wieder zurückzukommen. Als auch die Polizei eingetroffen war, räumten die Jugendlichen ihre Scherben noch in der selben Nacht auf. Für den sportlichen Ortschef ist die Tat unbegreiflich: „Die Gemeinden bemühen sich mit aller Kraft, dass die Jugendlichen ordentliche Jobs

bekommen, und dann beschädigen sie Gemeindeigentum.“ Die Burschen zeigten sich reumütig; ob sie tatsächlich ihre Lehren daraus gezogen haben, wird sich zeigen.



## Südtirol

Führungskräfte der Verwaltungen in Südtirol bilden sich weiter

## Themen waren „Erfolgreiche Kommunikation und Sozialkompetenz“

### BOZEN

Die Erwartungen an Mitarbeiter hinsichtlich ihrer Sozialkompetenzen sind in den letzten Jahre stetig gestiegen. Jeder Mitarbeiter sollte sich in ein Team einfügen, angemessen kommunizieren können und ein gewisses Maß an Konfliktfähigkeit besitzen. Dies gilt besonders für die Führungskräfte, denn sie tragen als Vorgesetzte eine besondere Verantwortung dafür, dass sich die Potenziale ihrer Mitarbeiter voll entfalten. Sie müssen also neben ihrer fachlichen Qualifikation über eine hohe soziale Kompetenz verfügen. Die Sozial-

lich abschließen zu können. Die Verwaltungsschule des Südtiroler Gemeindenverbandes hat sich diesem Thema angenommen und bietet Seminare zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Führungskräften und Mitarbeitern an. Den Auftakt macht die Veranstaltung „Erfolgreiche Kommunikation“, um den Teilnehmern Instrumente in die Hand zu geben, die dabei helfen, das Gespräch in ein Führungswerkzeug zu verwandeln und damit in der eigenen Gemeinde oder Bezirksgemeinschaft eine zielorientierte Gesprächskultur aufzubauen.

Möglichkeit, eigene praktische Erfahrungen damit zu sammeln.

Der Abschluss der Seminarreihe steht unter dem Motto „Wirksam führen“.

Führungsprozesse sind überwiegend Kommunikationsprozesse und erfordern ein hohes Maß an sozialer Kompetenz und Kreativität. Erfolgreiche Führungskräfte sollten daher in der Lage sein, tragfähige Beziehungen zu Mitarbeitern und Vorgesetzten aufzubauen. Dr. Arno Kompatscher, Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, zeigt sich überzeugt vom großen Nutzen dieser Veranstaltungsreihe und unterstreicht: „In jedem Betrieb sollte die direkte Begegnung sowie der persönliche Kontakt und der Austausch in Form von Gesprächen zwischen den Führungskräften und den Mitarbeitern im Mittelpunkt der Kommunikation stehen. Letztendlich hängt der Erfolg des Unternehmens Gemeinde immer auch von dem positiven Zusammenspiel zwischen den Führungskräften und den Mitarbeitern ab.“



Letztendlich hängt der Erfolg des Unternehmens Gemeinde immer auch von dem positiven Zusammenspiel zwischen den Führungskräften und den Mitarbeitern ab.

Arno Kompatscher, Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes

kompetenz von Führungskräften zeigt sich darin, dass sie fair, zielgerichtet, konsequent und transparent mit ihren Mitarbeitern umgehen und langfristige, positiv gestaltete und belastbare Beziehungen aufbauen. Zu einer der wichtigsten Merkmale einer gut entwickelten Sozialkompetenz von Führungskräften zählt eine ausgeprägte Kommunikationsfähigkeit. Diese zeigt sich durch eine klare und verständliche Ausdrucksfähigkeit der eigenen Gedanken, dem aktiven Zuhören und der Fähigkeit, Gespräche konstruktiv, ziel führend und einvernehm-

Verhandlungen sind ein ständiger Begleiter des beruflichen und privaten Lebens. Die Grundlage des Seminars „Erfolgreich verhandeln nach dem Harvard-Konzept“, eine weltweit anerkannte und erfolgreich praktizierte Verhandlungstechnik, zielt darauf ab, möglichst viele der eigenen Interessen und die wichtigsten Belange des Verhandlungspartners zufrieden zu stellen und mit zwischenmenschlichen Differenzen besser umgehen zu lernen. Die Teilnehmer erlernen die Grundlagen und Methodik dieser Art des Verhandeln und erhalten die



Herbert Katzengruber

## Personalia

Niederösterreich

### Herbert Katzengruber tritt zurück

#### AMSTETTEN

Der Amstettener Bürgermeister Herbert Katzengruber hat Ende August überraschend angekündigt, aus dem Amt scheiden zu wollen. Der 59-jährige Katzengruber hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht und „lange überlegt“ – aber jetzt ist es fix: Der Langzeit-Stadtchef von Amstetten wird sich Ende September vom Bürgermeisteramt zurückziehen. Der geplante Abgang des hochverdienten und überaus angesehenen Kommunalpolitikers löste eine Welle des Bedauerns und jede Menge Lob für seine Leistungen aus, so der Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Niederösterreich.

Gemeindebund-Vizepräsident und SP-GVV-Chef Bgm. Rupert Dworak: „Ich habe Herbert Katzengruber vor vielen Jahren im Rahmen unserer Tätigkeiten als Bezirksgeschäftsführer kennen und bald auch überaus schätzen gelernt. Katzengruber hat in seiner mehr als 23-jährigen Amtszeit als Bürgermeister Amstetten zu einer modernen und gut funktionierenden Kommune mit hohem Lebensstandard gemacht und Amstetten als eine der Top-Städte Österreichs etabliert. Selbst eine Ausnahmesituation, wie sie der Kriminalfall Fritzl, gebracht hat, hat Katzengruber mit Menschlichkeit und Bravour gemeistert.“

### Kontakt



Südtiroler  
Gemeindenverband  
Genossenschaft,  
Kanonikus-Michael-  
Gamper-Straße 10,  
I-39100 Bozen  
Tel.: 0039-0471-304655,  
Fax: 0039-0471-304625  
E-Mail: [info@gvcc.net](mailto:info@gvcc.net)  
Web: [www.gvcc.net](http://www.gvcc.net)



## Personalia

Burgenland

### Michaela Raber neu im Amt

#### RAUCHWART

In Rauchwart (Bezirk Güssing) hält künftig eine Frau die Zügel in der Hand: Michaela Raber wurde am 11. September 2011 zur neuen Bürgermeisterin gewählt und wird künftig die Amtsgeschäfte der 450-Einwohner-Gemeinde führen. Die SPÖ-Kommunalpolitikerin, die seit 2007 im Gemeinderat vertreten ist, ist damit die erste Ortschefin im Südburgenland. Die Neuwahl wurde durch das Ableben ihres Vorgängers Willibald Höchtel notwendig, der seit 1993 an der Spitze des Ortes stand. Die Kindergarten- und Hortpädagogin möchte sich vor allem um den Hochwasserschutz kümmern, der nach Überschwemmungen im Jahr 2009 ein zentrales Thema ist. Außerdem sollen, neben der Sanierung der Güterwege, Attraktionen am Badensee und Wohnraum für Jungfamilien geschaffen werden. Trotz absoluter Mehrheit – die SPÖ hält acht von elf Mandaten – will die neue Bürgermeisterin auch zukünftig mit der ÖVP zusammenarbeiten, da dies auch bisher gut funktioniert hat. Michaela Raber ist verheiratet und Mutter einer erwachsenen Tochter.

Um das Bürgermeisteramt voll auszufüllen, möchte sie die Arbeitszeit in ihrem Zivilberuf künftig um einige Stunden reduzieren.



Michaela Raber.

## Aus dem Gemeindebund



Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und „General“ Walter Leiss bei der neuen Gemeindeministerin Johanna Mikl-Leitner, einer langjährigen KOMMUNAL-Freundin.

Kommunale Anliegen an höchster Stelle deponiert

### Antrittsbesuche mit Wirkung

#### WIEN

Diesen Sommer absolvierte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer eine Reihe von „ministeriellen Antrittsbesuchen“. So besuchte er Anfang August 2011 die „neue“ Ministerin in der ÖVP-Regierungsrunde, **Innenministerin Johanna Mikl-Leitner**. Er nutzte das Gespräch, um die Anliegen der Gemeinden auch bei der neuen Ministerin vorzustellen. Ein zentrales Anliegen ist, die verpflichtende Öffnung an Samstagen vor Wahlen zur Einsicht in das Wählerverzeichnis abzuschaffen, weil Aussagen und Beschwerden etlicher Bürgermeister und Amtsleiter vielerorts seit Jahren bestätigen, dass nicht ein einziger Bürger die Möglichkeit der Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis genutzt hat. Auch bei Volksbegehren sorgt der Eintragungszeitraum nicht nur in der Haupturlaubszeit immer wieder für Ärger. Denn im Zeitraum der Eintragung muss acht Tage hindurch (auch am Wochenende) das Gemeindeamt offenstehen, was einerseits zu unnötigen Kosten in der Verwaltung führt und andererseits auch durch die Bevölkerung nicht dementsprechend angenommen wird. Mödlham-

mer bekräftigte im Zuge des Besuchs abermals die lange Forderung des Gemeindebundes, das zentrale Personenstandsregister rasch umzusetzen.

Beim Kurzbesuch bei Vizekanzler und **Außenminister Michael Spindelegger** Mitte August (*Bild unten*) bedankte sich Mödlhammer für die gute Zusammenarbeit bei den Bürgermeisterreisen, bei denen der Außenminister die Patronanz übernommen hat. Beide Politgrößen waren sich einig, dass das erfolgreiche Projekt der EU-Gemeinderäte fortgeführt und erweitert werden müs-



se. In Form des Lehrgangs „Europäische Integration“ wird bereits ab Herbst ein langgehegter Wunsch der EU-Gemeinderäte verwirklicht.

Wenig überraschend standen Integrationsthemen im Mittelpunkt des Arbeitsgesprächs zwischen **Staatssekretär Sebastian Kurz** und dem Gemeindebund-Chef (*Bild ganz unten*). Unter anderem wurde dabei auch der Zugang von Migranten zu Freiwilligen-Organisationen, wie etwa der Feuerwehr, diskutiert. Im weitaus größten Teil der Gemeinden funktioniere Integration gut, betonte Mödlhammer.

„Schwierig wird es vorwiegend in den Ballungszentren, wo die Anonymität immer größer wird. In den kleinen und mittleren Gemeinden werden Migranten über ihre Leistung beurteilt. Die Integrationsmöglichkeiten sind zudem über die Vereine und die dörflichen sozialen Strukturen erheblich einfacher zu bewerkstelligen.“ Am wichtigsten sei, so Mödlhammer und Kurz übereinstimmend, dass die Migranten auch den Willen haben, sich ins soziale Leben zu integrieren.

Mehr auf

[www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at)

## KOMMUNAL – International

**Italien:** Gemeinde in Latium will Fürstentum werden

### Ort druckt eigenes Geld

#### FILETTINO

Filettino, ein kleiner Ort in der Mitte Italiens mit 550 Einwohnern, will den Euro abschaffen und druckt seine eigene

Währung. Das Gebirgsnest in der Provinz Frosinone in Latium will sich außerdem – nach dem Vorbild San Marinos – zum Fürstentum erheben, um bei den Sparmaßnahmen Italiens nicht seine kommunale Unabhängigkeit zu verlieren.



In Österreich würde man „Chuzpe“ sagen: Der Bürgermeister von Filettino ließ sein Bild auf die Banknoten drucken.

Und statt Euro kann man in Filettino nun mit dem „Fiorito“ bezahlen. Die Banknoten zeigen übrigens das Konterfei des Bürgermeisters.

**Deutschland:** Stadt erschließt neue Einnahmequelle

### Ticketautomat für Prostituierte

#### BONN

Wie viele andere deutsche Städte steht man auch im früheren deutschen Regierungssitz in Bonn vor finanziellen Problemen. Nun hat man dort eine neue Einnahmequelle gefunden: Prostituierte, die dort am

Straßenstrich ihre Dienste anbieten wollen, müssen nun jeden Tag an einem Automaten um sechs Euro ein Ticket kaufen.

Das System könnte Nachahmer finden, meint der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

**Südtirol:** Drei Millionen Euro Ersparnis

### Briefwahl bei Landtagswahlen geplant

#### BOZEN

In Südtirol will man bei Landtagswahlen die Möglichkeit der Briefwahl einführen. Bisher mussten außerhalb Südtirols lebende Stimmberechtigte nach Hause kommen, um zu wählen. Dafür gab es einen Fahrtkostenzuschuss vom Land. Insgesamt wurden dafür bis zu drei Millionen Euro ausgegeben, sagte Landeshauptmann Luis Durnwalder. Die Landesre-



In Südtirol wurde bisher die Heimfahrt zur Stimmabgabe bezahlt.

gierung erhofft sich nun Einsparungen in der Höhe von drei Millionen Euro.

## Buch-Tipps

### Das Standardwerk zum guten Benehmen

Wie deckt man eine Festtafel? Was beachtet man bei der Taufe, der Hochzeit und bei einem Begräbnis? Wie findet man sich im österreichischen Titeldschungel zurecht? Wie geht man korrekt mit behinderten Menschen um? Und wie gelingt der Smalltalk bei einer Cocktailparty?

Der „Elmayer“ ist DER Maßstab, wenn es in Österreich um Fragen des guten Benehmens geht. Der aus den Medien bekannte Thomas



Schäfer-Elmayer hat das Standardwerk jetzt neu überarbeitet. Dabei wurde Althergebrachtes

entstaubt, aktualisiert oder aber bestätigt. Aufbauend auf den Traditionen der Vermittlung bester Manieren von Generationen seiner Familie, ist der Chef der international bekannten österreichischen Tanz- und Benimmschule der ideale Vermittler praxisnaher, moderner Umgangsformen. Mit seiner Ausbildung an den Wirtschaftsuniversitäten in Wien und St. Gallen und seiner globalen Managementenerfahrung verfügt Schäfer-Elmayer über umfassendes Wissen zum taktvollen Benehmen.

#### Das Buch

Thomas Schäfer-Elmayer: Alles, was Sie über gutes Benehmen wissen müssen. Ecowin Verlag, 384 Seiten ISBN: 978-3-7110-0010-1 [www.ecowin.at](http://www.ecowin.at)

### Professionelle Immobilienbewirtschaftung

Dieses Buch widmet sich dem Immobilienrehandlungsbetrieb und setzt sich im Kontext auch mit organisatorischen Themen, die der Verwaltungsbetrieb benötigt und mit sich

bringt, auseinander. Weiters erfährt der Leser etwas über die Rechte und

Pflichten des Immobilienverwalters.

Die Schaffung der organisatorischen Rahmenbedingungen, damit die Abläufe im Verwaltungsbetrieb nicht zu plötzlichen Überraschungen führen, runden das Thema Organisation ab. Praktikerhinweise erlauben einen authentischen Vergleich mit den eigenen Strukturen.

Die Ausführungen gewährleisten eine Umsetzung in der Praxis.



#### Das Buch

Otto Bammer / Karin Fuhrmann / Rupert Ledl; „Handbuch Immobilienbewirtschaftung“, Linde Verlag 2011, 88 Euro ISBN: 9783707307375 Linde Verlag, Scheydgsasse 24 1210 Wien Tel.: 01/24 630 - 0 Fax: 01/24 630 - 23 E-Mail: [office@lindeverlag.at](mailto:office@lindeverlag.at) Web: [www.lindeverlag.at](http://www.lindeverlag.at)

## Termine

Konferenz über Sicherung von Gemeindevermögen

### Forum Gemeinde Innovativ

Die Donau-Universität Krems veranstaltet in Kooperation mit der Kommunalakademie NÖ und der HYPO NOE GRUPPE am 18. Oktober eine Konferenz unter dem Motto „Forum Gemeinden Innovativ (FGI) 2011 – Sicherung und Fi-

nanzierung des Gemeindevermögens: eine Herausforderung für jede Gemeinde“. Ort: Donau-Universität Krems, Audimax. Beginn: 18. 10., 9 Uhr. Kosten: 70 Euro/Person. Anmeldeformular auf [www.donau-uni.ac.at](http://www.donau-uni.ac.at).

Fünf Prozent Bürgermeisterinnen sind nicht genug

### Workshop für Frauen in der Politik

Die Frauenquote in der heimischen Politik und Verwaltung ist recht gering: Nur fünf Prozent aller Bürgermeister sind weiblich. In der ersten Ebene der Verwaltung ist nur jeder fünfte Beamte eine Frau.

Das KDZ Zentrum für Verwaltungsforschung lädt am 12. Oktober Frauen in Politik und Verwaltung zu einem Frauen-Positionierungs-Seminar in Linz ein. „In diesem Ganztages-Seminar arbeiten wir an den Stärken der Frauen und schärfen sie. Jede Teilnehmerin erarbeitet einen individuellen Plan, der konkret ihr notwendiges berufliches Netzwerk, ihre Auftritte und ihre Botschaften beschreibt“, so die beiden Trainerinnen Gerhild Deutinger und Gabriele Strodl-Sollak.

#### Anmeldung

Mag. Michaela Bareis, M.A., [bareis@kdz.or.at](mailto:bareis@kdz.or.at)  
Gabriele Strodl-Sollak: Tel.: 0664/434 428 64, [office@sollak.at](mailto:office@sollak.at)  
Mag. Gerhild Deutinger: Tel.: 0664/266 55 15, [gerhild.deutinger@impulsbuero.at](mailto:gerhild.deutinger@impulsbuero.at)



Gabriele Strodl-Sollak und Gerhild Deutinger

Familienpolitische Fachtagung der SPES Akademie

### Lebenswerte Gemeinde für alle

In den Gemeinden vor Ort entscheidet sich, wie Kinder, Familien und Senioren leben. Die Fülle der Möglichkeiten, familien-, kinder- und seniorenfreundliche Angebote in der Gemeinde zu schaffen, ist groß. Was kann eine Gemeinde leisten? Wie sollte moderne Gemeindefamilienpolitik gestaltet werden? Wie können Bürger-

meister, Amtsleiter und Familienbeauftragte die Gemeinde so gestalten, dass Familien sich wohlfühlen und im Gemeindeamt eine Anlaufstelle für ihre Anliegen haben? Antworten gibt die Familienpolitische Fachtagung der SPES Familien-Akademie von 3. bis 4. November in Schlierbach. [www.spes.co.at](http://www.spes.co.at)

## Ausschreibung Oberösterreich

HENRY – Der Freiwilligenpreis für Gemeinden 2011

### Einreichfrist ist der 31. Oktober 2011



Henry-Preis 2011: Heuer wird in Oberösterreich erstmals ein eigener Preis exklusiv für Gemeinden ausgeschrieben, um das Engagement dieser Gruppe noch stärker hervorheben zu können.

Sie haben den Mehrwert Freiwilliger für Ihre Gemeinde schon lange erkannt? Sie schätzen diesen Idealismus, unterstützen die Interessen dieser BürgerInnen und fördern damit die Freiwilligkeit? Dann sagen Sie uns einfach „wie“ und bewerben Sie sich für den „HENRY – den Freiwilligenpreis für Gemeinden 2011“.

„Als eine der größten Freiwilligenorganisationen unseres Landes ist es uns ein besonders großes Anliegen, die Freiwilligkeit zu fördern und entsprechende Rahmenbedingungen langfristig zu sichern. Durch diese Ausschreibung sollen all jene Gemeinden, die konsequent daran arbeiten, das freiwillige Engagement zu begünstigen, vor den Vorhang geholt und entsprechend honoriert werden. Wir wollen diese beispielgebenden Bemühungen einer breiten Öffentlichkeit präsentieren und dadurch das Bewusstsein für die Relevanz der Freiwilligkeit stärken“, betont Rotkreuz-Prä-

sident Kons. Leo Pallwein-Prettner.

In Oberösterreich gibt es bereits zahlreiche Gemeinden, die die Freiwilligkeit des Roten Kreuzes, der Freiwilligen Feuerwehr, Sport- oder Musikvereinen etc. durch unterschiedliche Initiativen fördern. Dieser Preis soll auch dazu verhelfen, weitere Gemeinden anzuregen, sich aktiv diesem Thema zu widmen.

Die Idee zum Freiwilligenpreis wurde bereits 2008 geboren und jährlich umgesetzt. Teilnahmeberechtigt am Freiwilligenpreis waren bisher Unternehmen aus dem Profit- wie auch dem Non-Profit-Bereich und dem öffentlichen Sektor.

Teilnahmeberechtigt ist jede oberösterreichische Gemeinde. Die Einreichung muss in Form des ausgefüllten Fragebogens erfolgen, der auf [www.rotkreuz.at/henry-preis](http://www.rotkreuz.at/henry-preis) zur Verfügung gestellt wird. Einreichfrist ist der **31. Oktober 2011**.



## KOMMUNALE BAUTEN

Vorschau auf Ausgabe 11/2011 (November):



## Kommunaler Wohnbau ist kommunale Kernpolitik

Eine nachhaltige und fundierte Wohn-(Bau-)Politik ist das Um und Auf einer prosperierenden Gemeinde. So weit, so klar.

### E-GOVERNMENT



#### ► Wie wird sie aussehen, die digitale Zukunft der Gemeinden?

Twittern wird niemals eine Sprechstunde ersetzen, kein Facebook kann einen Stammtisch ablösen und keine noch so raffinierte E-Government-Lösung kann die zahllosen sozialen Aufgaben der Gemeinde gefährden. Aber all diese Programm und technischen Arbeitsbehelfe haben ihren Platz und ihren Sinn. Die Frage ist nur, wie werden sie so eingesetzt, dass sowohl die Gemeinde als auch die Bürgerinnen und Bürger den bestmöglichen Nutzen davon haben? Die Frage ist, wie wird sie aussehen, die „digitale Zukunft der Gemeinden“?

KOMMUNAL versucht im November eine Antwort zu geben.

Wohnbaupolitik ist heute aber viel mehr. Ob Förderungen für klimatechnisch optimierte Bauten, thermische Sanierungen oder Investitionen in alternative Energiequellen oder innovative Nutzung der kommunalen Infrastrukturen: das alles sind nur Aspekte des Themas „Kommunale Bauten“.

In diesen Investitionsblock sind auch die Ausgaben für Kindergärten und Pflegeheime zu rechnen.

Und letztlich stellen klug aufgestellte kommunale Bauten auch eine der letzten Chancen im Kampf gegen die verödenen Ortszentren dar – in Summe sind es mehr als 1,6 Milliarden Euro, die die Gemeinden laut Gemeindefinanzbericht 2010 für das alles aufwenden.

### KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL  
Löwelstraße 6, 1010 Wien  
Fax: 01/532 23 77  
Web: [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)

Mag. Sabine Brüggemann  
Tel.: 01/532 23 88 – 12  
[sabine.brueggemann@kommunal.at](mailto:sabine.brueggemann@kommunal.at)

Mag. Alexander Palaschke  
Tel.: 01/532 23 88 – 14  
[alexander.palaschke@kommunal.at](mailto:alexander.palaschke@kommunal.at)

In dieser Ausgabe:

### Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

► A1 Telekom Austria AG	64
► Andreas Aigner Urnengräber	61
► BAWAG PS.K.	54
► Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	34
► Bundesministerium für Finanzen	36
► Bundesministerium für Inneres	33
► Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG	73
► Erste Group Immorent AG	53
► Familienfreundliche Gemeinde	32
► Gewerkschaft der Gemeindebediensteten	71
► GRABKULT Technisches Büro für Innenarchitektur	45
► Neopost GmbH & Co. KG	72
► Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach	63 & 70
► PWC Österreich GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	72
► RIS GmbH Internet-Lösungen und Dienstleistungen	44
► Stangl Reinigungstechnik GmbH	61
► UniCredit Bank Austria AG	51

Vorschau auf Ausgabe 10/2011 (Okt.):

### SICHERHEIT IN GEMEINDEN

#### ► Sicherheit: Auf den Straßen, vor der Schule, im Amt – was die Gemeinden tun können

Nach der jüngsten Novelle der Straßenverkehrsordnung soll es den Kommunen wieder erlaubt werden, selbstständige Radarkontrollen durchzuführen. Damit sollten wenigstens die unfallträchtigsten Stellen in den Gemeinden entschärft werden.

Aber „Sicherheit in den Gemeinden“ geht weiter: Ob es ein gut organisierter Winterdienst ist, ob mehr Ordnung vor der Schule die Kinder oder etwas mehr Sicherheit im Amt die Mitarbeiter schützen soll – die Gemeinden sind gefordert.

### FREIZEIT- UND TOURISTIKEINRICHTUNGEN

#### ► Gemütliche Promenade oder sportliche Laufbahn: Wer braucht was?

Für alle Gegebenheiten gerüstet sein, ist gerade für jene Gemeinden eine Herausforderungen, die beispielsweise um Betriebsansiedlungen kämpfen. Braucht man nun als Anreiz für eine etwas ältere Klientel eine ruhige Promenade und „leichte“ Wanderwege – oder sollte man doch eher junge Familien ansprechen und daher in „trendige“ Sportanlagen und „Adventure-Spielplätze“ investieren?

Manche Empfehlungen  
sind kurzsichtig.



Wir setzen  
auf Weitblick.

Was auch immer Sie in Ihrer Gemeinde vorhaben: Wir unterstützen Sie dabei. Unsere langjährige Erfahrung bei der Finanzberatung des Public Sectors sowie die spezialisierten regionalen Betreuungsteams machen uns zum ersten Ansprechpartner für maßgeschneiderte und weitsichtige Lösungen.  
[www.bankaustria.at](http://www.bankaustria.at)

Das Leben ist voller Höhen  
und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der  
**Bank Austria**  
Member of **UniCredit**

# DAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH.

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalcredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.

**WASSERKRAFT**  
als sauberer Stromlieferant



**NACHHALTIGE ENERGIE**  
ohne Umweltbelastung



**MODERNE GESUNDHEITZENTREN**  
für Bürgerinnen und Bürger



©DKH SCHLADMING

**KADERSCHMIEDEN**  
für unsere Jugend



©ZAHA HADID ARCHITECTS/HEILAND

**SOZIALE INFRASTRUKTUR**  
für eine funktionierende Gesellschaft



**VERKEHRSWEGE**  
für rasche und sichere Verbindungen



**ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR**  
[www.kommunalkredit.at](http://www.kommunalkredit.at)

**KOMMUNAL  
KREDIT**